



BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS

**Inklusive Sonderteil
GZ-Energiefachforum**

Klimaschutz in der Region

Mühlendorf am Inn präsentiert sich im „Haus der bayerischen Landkreise“ in München

„Natur und Lebensqualität im Landkreis Mühlendorf a. Inn – wo sonst?“ – unter diesem Motto präsentiert sich der Landkreis Mühlendorf im Rahmen seiner zwei Monate andauernden Ausstellung im „Haus der bayerischen Landkreise“ in München. Bei der offiziellen Eröffnung ließ es sich auch Staatsminister Dr. Marcel Huber nicht nehmen, sich als einer der ersten die Ausstellung seines „Heimatlandkreises“ anzusehen. Auch der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Dr. Jakob Kreidl, gratulierte dem Landkreis Mühlendorf und Landrat Georg Huber zur Ausstellung im Haus der bayerischen Landkreise, da diese die Vorreiterrolle der Landkreise in den Themenbereichen Umweltschutz und Energieversorgung eindrucksvoll zeigt.

Von Energie- und Umweltschutzprojekten, über Informationen zur Geothermie in Waldkraiburg oder der Darstellung der zukunftsorientierten Abfallwirtschaft im Landkreis Mühlendorf informiert die Ausstellung umfassend über das zukunftssträchtige Regionalentwicklungsfeld „Natur und Lebensqualität“. „Natur und Klimaschutz ist für uns im Landkreis Mühlendorf nicht erst seit Fukushima ein Thema. Seit 2005 haben wir unsere Aktivitäten auf dem Feld der Energieversorgung verstärkt und ständig dynamisch weiterentwickelt.“, so Landrat Georg Huber in seiner Eröffnungsansprache.

Regionalentwicklung

Kern der Regionalentwicklung ist deshalb nicht das Verharren bei Problemen, sondern das Aufzeigen von zukunftsorientierten Lösungsansätzen um eine nachhaltige, sichere und bezahlbare Energieversorgung sicherzustellen. „Gerade im Klimaschutz nehmen die Kommunen und Landkreise eine besonders wichtige Rolle ein. Klimaschutz fängt im regionalen Umfeld an.“, betont Landrat Huber die Notwendigkeit kommunaler Klimaschutzprojekte. Mittelpunkt der Klimaschutzbemühungen des

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Postvertriebsstück - Gebühr bezahlt - B 1578
Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH,
Postfach 825, 82533 Geretsried



Im Haus der bayerischen Landkreise in München (v. l.): Landrat Georg Huber, Dr. Jakob Kreidl (Präsident Bayerischer Landkreistag) und Staatsminister Dr. Marcel Huber.

gieberater, welche vom Landkreis wöchentlich im Landratsamt und den Bürgerbüros angeboten wird, ist der Schlüssel zu mehr Nachhaltigkeit bei der Energieeinsparung. Seit der Einführung der Energieberatung konnten in knapp 600 Beratungsstunden mehr als 11,7 Millionen Euro an daraus resultierenden Investitionen generiert werden – ein Spitzenwert in der Region 18 und in ganz Oberbayern.

Kreislaufwirtschaft

Neben dem Themenfeld Energie und Klimaschutz zeichnet die Ausstellung auch den Weg von der Abfall- zur Kreislaufwirtschaft im Landkreis Mühlendorf nach. Die Verwertung von Abfällen ist ein wichtiger Baustein im Regionalentwicklungsbereich „Natur und Lebensqualität“ und trägt mit ho-

hen Recyclingquoten von über 70 Prozent und einer chip-unterstützten Abfallentsorgung erheblich zum Umweltschutz bei.

Tourismus

Schließlich ist der Landkreis Mühlendorf als Natur- und Kulturerlebnis natürlich auch touristisch attraktiv und hat mit traditionellen Volksfesten, ausgedehnten Radwanderwegen oder eiszeitlichen Fossilienfunden für jeden Geschmack etwas zu bieten. Auch dieser Aspekt findet in der Ausstellung, die noch bis Mitte September im „Haus der bayerischen Landkreise“ zu sehen ist, seinen Platz. Die Landkreisausstellung ist Teil einer Reihe, in deren Rahmen sich die Landkreise in der „Botschaft des ländlichen Raumes“ in München präsentieren können.

Fachkonferenz der Bundes-SGK:

„Zukunft Stadt“

Zahlreiche ehren- und hauptamtliche Kommunalpolitiker sowie Experten aus Ministerien, Wissenschaft, Unternehmen und Verbänden trafen sich vor kurzem zur Fachtagung „Zukunft Stadt“ der Bundes-SGK in Berlin-Adlershof. In seiner Begrüßung wies der stellvertretende Vorsitzende der Bundes-SGK, Frank Baranowski, Oberbürgermeister von Gelsenkirchen, darauf hin, dass über allen Themen der Stadtentwicklung immer auch die Frage der Kommunalfinanzien berücksichtigt werden müsse. Wer eine gestaltende Politik wolle, müsse Städte und Gemeinden auch mit den dafür notwendigen Mitteln ausstatten. „Dafür brauchen wir Steuern und dafür brauchen wir auch die Solidarität der Stärkeren mit den Schwächeren.“

Der stellvertretende Parteivorsitzende und regierende Bürgermeister von Berlin, Klaus Wowereit, unterstrich diese Position: „Vor Ort entscheidet sich das Gemeinwohl. Hier muss der Staat handlungsfähig bleiben, damit er die Daseinsvorsorge für seine Bürgerinnen und Bürger sicher stellen kann. Wer in der aktuellen Lage über Steuersenkungen philosophiert, setzt den sozialen Zusammenhalt aufs Spiel.“

Gestaltungsanspruch

Einen weiteren Höhepunkt der Veranstaltung bot Prof. Dr. Julian Nida-Rümelin mit seinem philosophischen Vortrag, der in dem Appell an die sozialdemokratischen Kommunalpolitiker mündete, ihren politischen Gestaltungsanspruch wahrzunehmen und den Mut für neue Ideen und Visionen nicht zu verlieren.

Stephan Weil, Vorsitzender der Bundes-SGK und Oberbürgermeister von Hannover, stellte in seinem Vortrag über sozialdemokratische Politik für große Städte vier Bereiche heraus, in denen ein besonderer Bedarf für politische Steuerung bestehe: Bildung, Teilhabegerechtigkeit, Heimatpflege und Arbeitsplatz.

Schließlich unterstrich er das im Hamburger Grundsatzprogramm der SPD beschlossene Ziel des vorsorgenden Sozialstaates als Leitbild für das sozialdemokratische Handeln in den Städten und zitierte: „Übergeordnete Aufgabe des vorsorgenden Sozialstaates ist die Integration aller Menschen in die Gesellschaft. Die zentralen Ziele des vorsorgenden Sozialstaates sind Sicherheit, Teilhabe und Emanzipation.“

Die Schwerpunkte sozialdemokratischer Stadtentwicklungspolitik sind in einem Positionspa-

pier der Bundes-SGK festgehalten, das im Rahmen der jüngsten Delegiertenversammlung in Bremen verabschiedet wurde. Darin heißt es: „Die Stadt der sozialen Teilhabe will den sozialen Zusammenhalt in den Kommunen stärken. Sie wirkt der Auseinanderentwicklung der verschiedenen sozialen Gruppen entgegen. Wir wollen in den Kommunen einen Beitrag leisten, Armut und Ausschluss zu verhindern. Daraus resultiert der Anspruch auf Stärkung von Stadtteilen mit einer hohen Konzentration sozial schlechter gestellter Bevölkerungsgruppen. Die Stärkung erfolgt über die Verbesserung der Bildungsinfrastruktur und der sozialen Infrastruktur, Maßnahmen zur Verbesserung der Wohnungen und des Wohnumfeldes, dem Ausbau der lokalen Ökonomie sowie die Einbeziehung der Bewohnerinnen und Bewohner.“

„Stadt der Toleranz“

Die Stadt der Toleranz sei die Kommune, in der alle, unabhängig von Religionszugehörigkeit, ethnischer Herkunft, Hautfarbe, Geschlecht oder sexueller Orientierung diskriminierungsfrei leben und sich in öffentlichen Räumen sicher fühlen können. Stadt der Toleranz heiße auch, dass jeder Form von Gewalt und öffentlichen Vandalismus entgegengetreten wird. „Toleranz und Sicherheit sind zwei Seiten einer Medaille.“ (Fortsetzung auf Seite 4)

Deutscher Landkreistag:

Ruf nach aktiver Rolle

Der Deutsche Landkreistag begrüßt, dass die Bundesregierung gesetzgeberische Maßnahmen vorbereitet, um dem Ärztemangel auf dem Land entgegenzuwirken. Nach einer Sitzung des DLT-Präsidiums im Saarpfalz-Kreis forderte Präsident Landrat Hans Jörg Duppré Bundesregierung und Bundestag auf, die Landkreise dabei wirkungsvoll einzubinden.

„Ärztemangel auf dem Land darf nicht zu einer chronischen Erscheinung werden, sondern muss konzeptionell kuriert werden. Bislang gibt es eher punktuelle Ansätze, nicht jedoch ein kraftvolles gemeinsames Vorgehen in dieser wichtigen Frage“, stellte Duppré fest. Eine qualitativ hochwertige, flächendeckende medizinische Versorgung gehöre zu den Grundanliegen der Menschen. Als kommunale Gebietskörperschaften könnten es die Landkreise nicht hinnehmen, wenn sich medizinische Versorgungsprobleme abzeichnen oder bereits realisieren.

Duppré: „Zwar liegt die politische und rechtliche Verantwortung ganz überwiegend bei anderen Akteuren des Gesundheitswesens. Allerdings sehen es die Landkreise als ihre ureigene Aufgabe an, dem berechtigten Anspruch ihrer Bürger auf eine gute Gesundheitsversorgung zur Durchsetzung zu verhelfen. Die Landkreise müssen daher bei der Gestaltung der medizinischen Versorgungsstrukturen zukünftig eine deutlich aktivere Rolle spielen können als bislang.“

Wichtiger Schritt

Der Deutsche Landkreistag hält die Einigung von Bund und Ländern im Rahmen der Kommission zur Sicherstellung der medizinischen Versorgung wie auch den Gesetzentwurf des Bundesgesundheitsministeriums für einen wichtigen Schritt in die richtige Richtung. Allerdings bestehe noch Nachbesserungsbedarf: „So müssen Ländern und Kommunen Mitgestaltungsbe-fugnisse in den Landesausschüssen der Ärzte und Krankenkassen eingeräumt werden. Auch bedarf es eines Landesgremiums für die sektorenübergreifende Versorgungsplanung, in das die Kommunen in angemessener Weise einzubinden sind“, skizzierte der Präsident.

Seine Bereitschaft zur engen Kooperation mit der Bundesregierung und dem zuständigen Bundesamt betonte der Deutsche Landkreistag auch beim Thema Bundesfreiwilligendienst. Allerdings wies der Verband auch darauf hin, dass die gesellschaftlichen Folgen des Wegfalls des Zivildienstes enorm sein werden. Laut Duppré „erbringen die bisherigen Zivildienstleistenden einen sozial wie finanziell nicht vollständig zu kompensierenden Beitrag für unser Gemeinwesen. Die Folgen werden vor allem auf kommunaler Ebene, in öffentlichen und freigemeinnützig getragenen Einrichtungen und Diensten zu spüren sein, da ein Ersatz durch den Bundesfreiwilligendienst nicht annähernd möglich sein wird. Gerade deshalb unterstützen wir alle Maßnahmen, die zur Stärkung des neuen Bundesfreiwilligendienstes beitragen.“

Wie der Verbandschef berichtet (Fortsetzung auf Seite 4)

Neues von **Sabrina**

Inmitten all derjenigen, die immer und überall erreichbar sind, ist der Bürgermeister eine angenehme Ausnahme. Er ist so wichtig, dass er es sich leisten kann, sein Mobiltelefon auch einmal kurz auszuschalten. Davon profitiert auch die Vorzimmerperle, schließlich ist auch sie dann keine „Marionette am Telefondraht“ mehr. Seite 11

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Kommunalwahlrecht auf dem Prüfstand	2
GZ-Kolumne Stefan Rößle: Plädoyer für die Mittelschule	3
DStGB-Fachkonferenz: Sichere Kommunikation	4
GZ-Fachthemen: Kommunales Verkehrswesen · ÖPNV	5-6
Kommunalfahrzeuge	6-7
Literatur · Rechtsfragen	8
Aus den bayerischen Kommunen	9-12
GZ-Dokumentation: 4. Energiefachforum Garching 2011	..II/1-II/12

Landtag geht in die Sommerferien

Seehofer will über PKW-Maut reden

Ein arbeitsreiches Halbjahr sei beendet, ein noch intensiveres stehe bevor. Mit diesem Fazit haben Landtagspräsidentin Barbara Stamm und Ministerpräsident Horst Seehofer in der letzten Plenarsitzung vor der Sommerpause Bilanz gezogen. Der Regierungschef hat dabei durch unvorhergesehene Redebeiträge und Anmerkungen am Rande der Sitzung nicht nur Widerspruch bei der Opposition, sondern auch Verwirrung in der Koalition ausgelöst.

In einem eiligen Treffen des Ministerpräsidenten mit den Fraktionsvorsitzenden Georg Schmid (CSU) und Thomas Hacker (FDP) einigte man sich, mit Entscheidungen bis zum Herbst zu warten. Die Missverständnisse reichten von der Verkehrsentwicklung bis zu den Studiengebühren. Seehofer forderte vom Landtag, angesichts der bayerischen Vorrangstellung im Ländervergleich selbstbewusster zu handeln.

Positives Signal erwartet

Am Ende einer von den Freien Wählern beantragten Aktuellen Stunde zur Frage, wie es mit dem oberbayerischen Verkehrsausbau nach dem Nein des IOC zur Münchner Winterolympiade weitergehe, versicherte der Ministerpräsident, die Staatsregierung werde alles tun, dass der Bund die für Olympia vorzeitig in Aussicht gestellten Mittel zum Ausbau von Straße und Schiene nicht zu lange aufschiebe. Die von Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) angedeuteten Verzögerungen bis weit über 2018 werde er nicht hinnehmen und erwarte „ein positives Signal“. Die Projekte betreffen nicht nur Oberbayern, sondern auch Bayerns Schienenverbindung nach Italien. Die Verkehrsinfrastruktur sei ein Thema von außerordentlicher Wichtigkeit für die Zukunft. Überraschung in der Koalition löste Seehofer durch die Ankündigung aus, das werde ohne Einführung einer Maut für Bundesfernstraßen nicht zu bezahlen sein. Zunächst müsse die Maut-Vignette für Ausländer eingeführt werden. Seehofer will in Berlin „ernsthaft darüber reden“.

Den größten Wirbel lösten die Gedanken des Ministerpräsidenten zu den Studiengebühren aus. Neben Bayern werden sie nur noch in Niedersachsen erhoben.

Seehofer beanstandete, dass die Landeshochschulen derzeit rund 100 Mio. Euro in den Kassen hätten, die Studenten als Zahler jedoch auf Verbesserungen in Hörsälen und Seminaren warten müssten. Die SPD forderte, die Uni-Maut sofort auszusetzen. CSU-Fraktionsvorsitzender Georg Schmid sah sich genötigt, allen Fraktionsmitgliedern per Eilrundschrift klar zu machen, eine Abschaffung der Studiengebühren sei nicht beabsichtigt. Seehofer interpretierte seine missverständlichen Worte: Es gehe ihm um eine sofortige und gerechte Verteilung von Geld, das nicht auf der hohen Kante liegen dürfe. Über die Uni-Maut müsse auch in den Verhandlungen über eine Neuregelung des Länderfinanzausgleichs gesprochen werden. Es gehe nicht an, dass die kostenlosen Studien in anderen Ländern aus bayerischen FAG-Mitteln mitfinanziert werden. Für die FAG-Reform sei er sich einig mit Baden-Württembergs Grünen-Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann, was Spekulationen um eine bayerische schwarz-grüne Koalition auslöste, die sofort beiderseits als Luftnummer abgetan wurde.

Studiengebühren

In einem Gespräch während der Plenarsitzung einigte sich der Ministerpräsident mit seinem Wissenschaftsminister Dr. Wolfgang Heubisch (FDP), über die Studiengebühren im Herbst weiter zu reden. Der Minister hatte versichert, die 100 Millionen würden laufend für die Studenten eingesetzt. In der FDP gab es Verärgerung, weil Generalsekretärin Miriam Groß gefordert hat, die Studiengebühren möglichst noch in dieser Legislaturperiode abzuschaffen. Nach einer Sondersitzung der FDP-Fraktion teilte Landtagsvizepräsident Jörg Rohde mit, man sehe keinen Grund,

an den Gebühren zu rütteln. Der Generalsekretärin habe man die „gelbe Karte“ gezeigt.

Im Grundsatz einig waren sich alle Fraktionen, die erst 2008 eingeführte Ministerbefragung so nicht weiterzuführen. Die Möglichkeit, einzelne Ressortchefs im Plenum herauszufordern, habe nichts gebracht. Die Idee der Grünen, vorgetragen von Ulrike Gote, die Befragung in ein Oppositionsrecht umzuwandeln, lehnte die CSU ab. Alexander König erhob verfassungsrechtliche Bedenken, weil die Gleichstellung aller Abgeordneten verletzt werde. Harald Güller (SPD) bedauerte, die CSU habe „uns nur vor die Wahl gestellt: Ja oder Nein“ und Variationen ausgeschlossen. Die FDP stimmte schließlich mit ihrem Koalitionspartner für die radikale Streichung aus der Geschäftsordnung. Fraktionschef Thomas Hacker regte aber an, sich nach der Sommerpause erneut interfraktionell zusammenzusetzen.

Als Seehofer zum Schlusswort ans Rednerpult trat, gab es noch eine Irritation. Mit Zurufen und Gelächter verwies Abgeordnete von rechts bis links auf die erstmalige Tatsache, dass der Regierungschef „oben ohne“ stand. Schon zwei Tage zuvor auf dem Sommerempfang der Landtagspräsidentin im Schloss Schleißheim war er mit Gattin, aber ohne Krawatte erschienen: Seehofer begründete es als Zeichen seines Willens, mit den Menschen zu sprechen.

Am Tag nach der letzten Landtagsitzung hatte die Landtagspräsidentin 160 Grundschüler aus allen sieben Regierungsbezirken zum ersten Kinderparlament ins Maximilianeum eingeladen. Dies in der Absicht, „das Parlament für die junge Generation zu öffnen und insbesondere auch den Jüngsten unter uns eine politische Stimme zu verleihen“.

LfA-Halbjahresbilanz:

Förderkredite für Mittelstand auf Rekordkurs

Eine Milliarde Euro für 3.400 Unternehmen

Im ersten Halbjahr 2011 flossen so viele Förderkredite wie nie zuvor an mittelständische Firmen in Bayern. Die LfA Förderbank Bayern hat nach dem bisherigen Höchstwert von rund 800 Millionen Euro im Vorjahreszeitraum nun über eine Milliarde Euro zugesagt. Die starke Kreditnachfrage ist Folge der guten Geschäftslage und regen Investitionstätigkeit in allen Branchen des bayerischen Mittelstands.

Bayerns Wirtschaftsminister Martin Zeil: „Über 3.400 Unternehmen haben die zinsgünstigen Kredite der LfA beantragt - zu meist für nachhaltige Investitionen wie Betriebserweiterungen und Modernisierungen. Das beweist, dass die bayerische Wirt-



Martin Zeil.

schaft trotz der Schuldenprobleme einiger Euroländer weiterhin optimistisch nach vorne blickt und konsequent in ihre Wettbewerbsfähigkeit investiert.“

Lebendige Gründerszene

LfA-Chef Michael Schneider: „Erfreulich ist auch die Belebung der Gründerszene: Unsere Startkredite in Höhe von 175 Millionen Euro – ein Plus von 20 Prozent – halfen rund 800 Jungunter-

„Inklusive Schulen“ kommen auf die Kommunen zu

Umsetzung der UN-Behindertenkonvention erfordert mehr Geld

Einstimmig hat der Landtag das Erziehungs- und Unterrichtsgesetz geändert. Damit wird die UN-Behindertenkonvention in Kraft gesetzt, die Chancengleichheit Behinderter auch im Bereich der schulischen Bildung zu sichern. Staat und Kommunen werden gleichermaßen verpflichtet, einem „inklusiven System“, das den gemeinsamen Unterricht ermöglicht, die notwendige Unterstützung zu gewährleisten. Das wird zu erhöhten finanziellen Leistungen zwingen. Wie hoch sie insbesondere für die Kommunen sind, sei zurzeit noch nicht konkret zu beziffern, heißt es in der Begründung des Gesetzes.

Im Ergebnis werde es zu einer tatsächlichen Verlagerung von Kosten auf die kommunalen Schulaufwandsträger kommen. Das hängt von der Zahl behinderter Schüler ab und betrifft sowohl die Einrichtung von Kooperations- und Partnerklassen als auch die Zahl von Schulbegleitern, die im Rahmen der Eingliederungshilfe von den Bezirken oder den kommunalen Trägern der öffentlichen Jugendhilfe zu verantworten sind. Für Bürger und Wirtschaft entstehen keine Kosten. Ob es zu entsprechenden „offenen Klassen“ kommt, für die zusätzliches Personal gebraucht wird, ist die Entscheidung der kommunalen Schulträger. So sieht es das Gesetz vor.

Angemessener Beitrag

Die Sprecher aller Fraktionen bekundeten ihren Willen, eine für die Kommunen akzeptable Lösung und Finanzierung zu finden. SPD und Freie Wähler haben bereits Dringlichkeitsanträge eingebracht. Das Land solle einen angemessenen Beitrag leisten, forderte Helga Schmitt-Bussinger (SPD). Nur mit einem

klaren, verbindlichen Signal an die Kommunen sei zu gewährleisten, dass es nicht zu einer Aufspaltung zwischen armen

und reichen Kommunen komme. Die Freien Wähler verlangen, die zusätzlichen Ausgaben binnen eines Jahres zu ermitteln und dem Landtag einen Bericht des Kultusministeriums vorzulegen. Dementsprechend nahmen weder die Koalitionsfraktionen noch das Ministerium zunächst Stellung.

In Gesprächen mit den kommunalen Spitzenverbänden soll die Finanzierung geklärt werden. **rm**

Kommunalwahlrecht auf dem Prüfstand

Landtag plant Anpassung im Herbst Bis zum 73. Lebensjahr Bürgermeister und Landrat

Das bayerische Kommunalwahlrecht von 2006 besser den Realitäten anzupassen, ist Ziel des Landtags. Dem Erfahrungsbericht des Innenministeriums nach der Wahl 2008 folgend, soll heuer bis zum Jahresende eine Reihe von Änderungen gesetzlich verankert werden. Es geht um noch mehr Bürgernähe. Der Ersten Lesung im Plenum folgt nach der Sommerpause die Beratung der Gesetzentwürfe von Staatsregierung, SPD und Freien Wählern im Kommunalausschuss.

Zu den übereinstimmenden Zielen gehört, dass Wahlkandidaten bereits mit 18 Lebensjahren antreten können und berufsmäßige (Ober-)Bürgermeister sowie Landräte über das 65. Lebensjahr hinaus wählbar bleiben. Ob es eine Altersgrenze von 67 oder keine mehr gibt, bleibt strittig; ebenso ob eine Änderung bereits zur Kommunalwahl 2014 wirksam wird - wie es die kommunalen Spitzenverbände fordern - oder erst 2020. Einig war sich der Landtag, sachlich und nicht parteipolitisch zu entscheiden.

Kandidatenalter

Innenminister Joachim Herrmann (CSU) plädierte für seine vom Kabinett gebilligten Gesetzesänderungen mit dem Kandidatenalter 67 ab der Wahl 2020. Das würde bedeuten, dass ein Gewählter bis zum 73. Lebensjahr im Amt bleiben könnte. Dem pflichtete der CSU-Innenexperte Christian Meißner bei. So werde aktuellen parteitaktischen Überlegungen der Wind aus den Segeln genommen. Jörg Rohde (FDP) zeigte sich zwar nicht in allen Einzelheiten mit dem Regierungsentwurf in voller Übereinstimmung, seine Fraktion werde die Änderungen jedoch „in großer Gemeinsamkeit mit der CSU“ zur Entscheidung bringen.

Hauptwohnsitznachweis

Joachim Hanisch (FW) war entsprechend dem Gesetzentwurf seiner Fraktion für eine völlige Aufhebung der Höchstaltersgrenze, ebenso Helga Schmitt-Bussinger (SPD). Susanna Tausendfreund (Grüne) legte die Haltung ihrer Fraktion noch nicht fest. Sie kündigte eigene Geset-

zesinitiativen für die Ausschussberatungen an.

Das Wahlalter des Bürgermeisters oder Landrats ist nur ein Punkt der Änderungen des Kommunalwahlrechts. Es geht auch darum, ob ein Bürgermeisterkandidat einen Hauptwohnsitz in seiner Stadt oder Gemeinde nachweisen muss. Auch ein Zweitwohnsitz soll künftig ohne weitere Nachweise der Bindung zum Wahlort akzeptiert werden, sofern er drei Monate bestand. Für die Wähler wird die Zeit des Mindestaufenthalts auf drei Monate verkürzt.

Vereinfachung der Briefwahl

Der Realität näher kommen soll auch eine Vereinfachung der Briefwahl, die man künftig ohne Angabe von Gründen beantragen kann. Angesichts der zunehmenden Mobilität sei der Schwerpunkt Wohnsitz aufzuheben, erläuterte Herrmann. Auch der Rücktritt vom Kommunalmandat soll künftig ohne Begründung möglich sein. Für verfehlt erachtete der Minister die von Freien Wählern und SPD verlangte Herabsetzung des aktiven Wahlalters vom 18. auf das 16. Lebensjahr - was Helga Schmitt-Bussinger mit den guten Erfahrungen in Bremen begründete. Sie zeigte sich in anderen Punkten nicht einig mit den Vorschlägen der Freien Wähler. Christian Meißner warb zusammenfassend für den Regierungsentwurf, er zeigte sich jedoch weiteren Verhandlungen im Landtag und mit den kommunalen Spitzenverbänden im Interesse der Sache aufgeschlossen. Das Kommunalwahlrecht zu ändern, sei „eine Operation am offenen Herzen der Demokratie“. **rm**

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Landrat Bernd Hering
95032 Hof
am 2.8.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeisterin
Marianne Krohnen
63826 Geiselbach
am 1.8.

Bürgermeister Wolfgang Back
97708 Bad Bocklet
am 5.8.

Bürgermeister Edwin Mahr
96191 Viereth-Trunstadt
am 7.8.

Bürgermeister Josef Zeislmeier
87459 Pfronten
am 9.8.

Bürgermeister Peter Paul
97785 Mittelsinn
am 27.7.

Bürgermeisterin
Anna-Maria Wöhl
91590 Bruckberg
am 29.7.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Bruno Kellner
96179 Rattelsdorf
am 1.8.

Landrat Gottlieb Fauth
85560 Ebersberg
am 1.8.

Bürgermeister Quirin Krötz
86935 Rott
am 2.8.

Bürgermeister
Karlheinz Escher
91287 Plech
am 29.7.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Günter Ströbel
91723 Dittenheim
am 2.8.

Bürgermeister Jan Neusiedl
82031 Grünwald
am 6.8.

Bürgermeister Martin Seitz
85302 Geroltsbach
am 30.7.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Daniel Sporer
84109 Wörth a. d. Isar
am 27.7.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister Hansjörg Durz
86356 Neusäß
am 29.7.

Hinweis in eigener Sache:

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

den Straßenschäden“, weiß Hanisch, selbst stellvertretender Landrat im Landkreis Schwandorf. Zuschüsse müssen deshalb „jetzt erst recht schnell und unbürokratisch fließen“.

Hanisch nennt konkrete Maßnahmen: „Wir brauchen mehr Pauschalbeträge für die Kommunen, der Bürgermeister vor Ort weiß am besten, was er braucht“. Der Innenausschussvorsitzende weiter: „Wenn es gerade nur Geld für eine Schulsanierung gibt, stattdessen aber die Kläranlage marode ist, dann muss es möglich sein, das umzugestalten“. **□**

Innenausschussvorsitzender Joachim Hanisch bittet Bürgermeister um Hilfe

„Da blickt doch kein Mensch mehr durch und dann dauert es noch zu lange“ - MdL Joachim Hanisch will, dass „staatliche Zuschüsse schneller und unbürokratischer bei den Bürgerinnen und Bürgern ankommen“.

Der Innenausschussvorsitzende hatte dazu im Juni eine Anhörung in „seinem“ Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit angeordnet. Vertreter der Landwirtschafts-, Wissenschafts-, Sozial-, Umwelt- und Finanzminister-

ums und Experten der kommunalen Spitzenverbände diskutierten, wie das Förderwesen für die Kommunen vereinfacht werden kann und Städte und Gemeinden schneller an Geld kommen.

Joachim Hanisch will nun in die Details gehen und bittet die Kommunen und ihre Bürgermeister, ihm konkrete Erfahrungen und Verbesserungsvorschläge mitzuteilen.

„Bei den Städten und Gemeinden ist das Geld knapp, gerade nach dem harten Winter mit all

112. Verbandstag der bayerischen Genossenschaften:

Vorsprung durch Bildung!

Präsident Götzl: Flächendeckendes Angebot bei Berufsschulen erhalten

Die bayerischen Genossenschaften sind einer der größten Ausbilder der bayerischen Wirtschaft. Rund 3.200 junge Menschen haben dort derzeit einen Ausbildungsplatz. Jährlich können wiederum 800 Jugendliche darauf bauen, eine qualifizierte Ausbildung bei genossenschaftlichen Unternehmen zu starten, sagte Prof. Dr. h.c. Stephan Götzl, Präsident des Genossenschaftsverbands Bayern (GVB). Genossenschaften seien damit ein starker Partner in der bayerischen Ausbildungslandschaft. Götzl: „Sie sorgen ganz wesentlich dafür, dass interessante Berufschancen auch außerhalb von Ballungsräumen geboten werden.“

In seiner Grundsatzrede anlässlich des 112. Verbandstags der bayerischen Genossenschaften machte Götzl an die Adresse der Politik deutlich, dass eine qualifizierte Ausbildung in den ländlichen Räumen dauerhaft allerdings nur funktionieren könne, wenn es eine wohnort- und unternehmensnahe Bildungsinfrastruktur gibt. „Bei allem Verständnis für die Notwendigkeit von Flexibilität und Mobilität: Auch hier gibt es eine Zumutbarkeitsgrenze für die Auszubildenden. Deswegen brauchen wir weiterhin ein flächendeckendes Angebot an Berufsschulen“, so der Verbandspräsident.

Verbundstudium

Regionale Ausbildung ist nach wie vor ein Erfolgskonzept. Dies zeigt auch das seit dem Jahr 2005 von der genossenschaftlichen Organisation angebotene Verbundstudium. Es kombiniert die Ausbildung bei einer Kreditgenossenschaft mit dem Stu-

dium an einer Hochschule. Als Kooperationspartner konnten mittlerweile 17 Hochschulen für angewandte Wissenschaften und Universitäten bayernweit gewonnen werden. Inzwischen leben in Bayern jedes Jahr über 40 Nachwuchskräfte mit ihrem Verbundstudium den Grundstein dafür, dass sie später verantwortungsvolle Tätigkeiten in der Genossenschaftsorganisation übernehmen.

Humankapital

Götzl sieht in Zeiten des World-Wide-Web als wichtigsten Leistungsfaktor einer Volkswirtschaft vor allem das Humankapital - Qualifikationen, Fähigkeiten und Kenntnisse. Je effektiver und verantwortungsvoller die Menschen einer Nation mit dem weltweit verfügbaren Wissen umgehen können, um so größer seien die Erfolgsaussichten; wobei Herzens- und Charakterbildung, die Erziehung zu Selbstständigkeit, Lern- und Leis-

tungsbereitschaft sowie Kreativität unabdingbare Voraussetzungen seien.

Schnelle Anpassung an ständig neue Rahmenbedingungen und laufende Weiterbildung jedes Einzelnen definiert Götzl als Indikator für die Bildungsdynamik einer Volkswirtschaft.

„Bildung ist für unser Land überlebenswichtig. Sie ist die einzige Ressource, die wir haben“, betonte der Präsident. In ihr sieht er die Voraussetzung für Innovation und Fortschritt, der wiederum zur Steigerung der Produktivität und damit des Wachstums unabdingbar sei.

Integrationsangebote

Nicht nur in Anbetracht der demographischen Entwicklung appellierte der Präsident für den Erhalt des Erfahrungsschatzes der älteren Generation für die Arbeitswelt. Hierfür sei eine Verbesserung der Integrationsangebote in den Arbeitsmarkt vonnöten.

Die Notwendigkeit eines Verständnisses für unterschiedlichste Kulturen sei auch eine Folge der fortschreitenden Globalisierung. Es gelte, sich eine Art „Weltkulturwissen“ anzueignen. Innerhalb des Genossenschaftswesens sei Bildung ein unentbehrliches Werkzeug für nachhaltige Wertschöpfung. Jedoch ende der Bildungsauftrag

gelten würde, würde binnen kurzem alle Ordnung verloren. Massen haben nur flüchtige Strukturen und haben keine Dauer. „Eignigkeit und Recht und Freiheit“, sind die hohen Werte unseres Staates. Sie gehören zusammen. Recht und demokratische Meinungsbildung dürfen keine feindlichen Brüder werden.

Informatives Beteiligungsprinzip

Der so genannte Wutbürger ist ein emotionales Ergebnis momentan gefühlter Empfindlichkeit. Emotionen sind nicht geeignet, den Staatswillen zu bilden. Die bloße Subjektivität, oft aus höchst persönlichen Gründen, braucht die Ergänzungen durch die sachliche Mitentscheidung des Bürgers im Sinne des Gemeinwohls. Das bedeutet für den Gesetzgeber nicht, dass es bei den angestrebten Großprojekten schon genügt, sich mit einem bloßen „Weiter so“ zu begnügen. Es gilt verstärkt das informative Beteiligungsprinzip. Die verantwortlichen Projektsteuerer und Planungsbehörden müssen künftig in möglichst frühen Verfahrensstadien die Öffentlichkeit sachlich und umfangreich im Sinne der Transparenz informieren. „Die Bevölkerung soll rechtzeitig mitgenommen werden“, hört man als Parole. Die Planungsgesetze sollten deshalb durch frühe Beteiligungsmöglichkeiten ergänzt und verbessert werden.

Neutraler Mediator

Allerdings ist zu beachten, dass seit Jahrzehnten angesichts der jetzigen Verfahrensdauer Tendenzen zur Beschleunigung und Vereinfachung der Planungsverfahren gefordert werden. In der Abwägung zwischen brauchbaren Planungszeiten und den Demokratiegrundsätzen muss bedacht werden, ob nicht eine Vorwegschlichtung durch einen

GZ

Kolumne
Stefan Rößle

Liebe Leserinnen und Leser,

Wohnortnahe individuelle Förderung ist das Markenzeichen bayerischer Schulpolitik.

Mit dem dreigliedrigen Schulsystem bietet Bayern seinen Schülern durch gezielte und begabungsgerechte Förderung die Möglichkeit, persönliche Talente zu entfalten.

Erhebungen wie die im Jahre 2010 veröffentlichte repräsentative Studie des Instituts zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen oder der Bildungsbericht belegen den Erfolg des bayerischen Schulsystems: Die bayerischen Schülerinnen und Schüler



Mit der Weiterentwicklung der Hauptschule zur Mittelschule - 95 % der Hauptschulen starten 2011 als Mittelschule - und der Organisation von Schulverbänden sichern wir ein differenziertes wohnortnahe Bildungsangebot mit unterschiedlichen Schwerpunkten.

Die Mittelschule bietet zusätzlich zum Erwerb der Ausbildungsreife eine wesentlich vertiefte Berufsorientierung, die den Schülern neben praxisorientierten Projekten bei der Berufswahl hilft. Unsere bayerischen Unternehmer honorieren die Neuerungen mit hoher Akzeptanz.

Darüber hinaus wird die Ganztagsbetreuung an Mittelschulen kontinuierlich ausgebaut. An 400 Standorten gibt es bereits gebundene Ganztagszüge, weitere 25 starten im Schuljahr 2011/2012.

Damit werden die besten Voraussetzungen für einen erfolgreichen Einstieg in Ausbildung und Beruf geschaffen.

Wie man in Bayern so schön sagt: „Never change a running system.“

Ich sehe keinen Grund, den erfolgreichen Weg im bayerischen Schulsystem zu verlassen.

Ihr Stefan Rößle

Plädoyer für die Mittelschule

schneiden beispielsweise in der Sprachkompetenz in Deutsch und Englisch am besten ab. In Bayern ist der Anteil der Schulabgänger ohne Schulabschluss am geringsten. Auch die Arbeitslosigkeit unter Jugendlichen ist mit 2,5 % im Freistaat wesentlich geringer als im Bund und am niedrigsten in Europa.

des Genossenschaftsverbandes Bayern keineswegs bei den eigenen Mitgliedern. Deshalb engagiere sich der Verband auch dort, wo jungen Menschen täglich Bildung vermittelt wird: an Schulen und Hochschulen. Bei Fortbildungsveranstaltungen mit bayerischen Lehrern stünden neben Wirtschaftsthemen auch Fragen der richtigen Berufsvorbereitung und Berufswahl auf der Tagesordnung.

Bildungs eG

Derzeit planen der bayerische und der baden-württembergische Genossenschaftsverband gemeinsam eine „Bildungs eG“. So sollen durch Bündelung der Kräfte die Unterstützungsleistungen für die Mitglieds-genossenschaften beider Verbände weiter verbessert und Synergieeffekte erzielt werden.

Große Gefahren bergen nach Prof. Götzl die Bildungsdefizite; insbesondere auch mangelhafte Kompetenzen in der Wirtschaftsbildung. Mit neu zu entwickelnden Instrumenten und Verfahren solle das Informations- und Lernbedürfnis breiter Bevölkerungsschichten bedient werden.

neutralen Mediator noch vor der öffentlichen Anhörung Zeit und Kosten für Umplanungen dadurch erspart, dass die Bedenken der Bürger möglichst früh erkannt werden. Mancher mag dazu einwenden, ob dann nicht gleich der Bürger entscheiden soll. Dagegen gibt es beachtliche Einwände. Umfangreiche Infrastrukturprojekte taugen im Allgemeinen nicht für eine Volksabstimmung. Kern jeder Planung ist die Einzelabwägung widerstreitender Belange von Fachmeinungen, Prognosen, überörtlichen Interessen und Bürgermeinungen. Beachtlich im Sinne des Schutzes der Bürger ist mittlerweile auch, dass die Stellung der Umweltverbände durch den Europäischen Gerichtshof in Luxemburg gestärkt wurde, indem ihnen eingeräumt ist, aus eigener Position die Verletzung von Umweltvorschriften geltend zu machen, überall da, wo die Umweltverträglichkeit geprüft werden muss.

Der Wutbürger kann nicht der neue Weg zum mündigen Bürger der Zukunft unseres Staates sein. Wir brauchen den aufgeklärten Bürger, der seine Rechte auf dem kräftigen Fundament unserer rechtsstaatlichen Demokratie gesichert sieht. □

Wie mit dem Tagungsthema in der Praxis umgegangen wird, referierte der Präsident der Universität Hamburg, Prof. Dr. Dieter Lenzen, der sich auch als Vorsitzender des Aktionsrates Bildung einen Namen gemacht hat.

Er erörterte „Entwicklungen im deutschen Bildungswesen und Anforderungen an moderne Bildungsinstitutionen“. Nach einem historischen Rückblick auf die drei Bildungsreformen in der Bundesrepublik ging es vor allem um den Status quo und eine „To-Do-Liste“ für die Zukunft.

Einen besonderen Mangel sieht Lenzen darin, dass das unzureichend finanzierte bundesdeutsche Bildungssystem die Leistungsorientierung von Lernenden und Lehrenden schleichend zerstört habe. Außerdem diskriminiere es zu Unrecht einen ökonomischen Umgang mit Ressourcen.

Qualitätssicherung schon in frühester Kindheit

Als ganz wichtig betrachtet der Wissenschaftler schon in der frühen Kindheit innerhalb eines ganzheitlichen Bildungsverständnisses die Qualitätssicherung der Bildung mit entsprechenden Plänen, Sprachstandserhebungen und Sprachförderprogrammen. Auch der Kindergarten sei als Bildungseinrichtung zu professionalisieren. Gütesiegel und länderübergreifende Standards, Kinder- und Familienzentren, akademische Ausbildung des Personals, Bildungsbeziehung der Migrantinnen und Migranten stehen auf Lenzens Prioritätenliste ganz weit oben.

Die Rhythmisierung des Schulvormittags müsse unbedingt vorangetrieben werden. Ein integrierter Bildungsbeginn schon in der Vorschule im Alter von vier bis sechs Jahren sei für viele Kinder ebenso von großem Vorteil wie der Besuch einer Ganztagsgrundschule. Der Männeranteil des Grundschulpersonals müsse dringend steigen.

Podiumsdiskussion

Lenzen erörterte im Anschluss die Anforderungen an ein modernes Bildungssystem in einer Podiumsdiskussion unter der Leitung von SZ-Redakteurin Dr. Jeanne Rubner. Den kurzfristig verhinderten Kultusminister Dr. Ludwig Spaenle vertrat der Amtschef seines Hauses, Dr. Peter Müller, der einmal mehr eine Lanze für die bayerischen Mittelschulen brach und die Qualität

der beruflichen Bildung im Freistaat lobte. Regina Pötke steuerte ihre Erfahrungen als Vorstandsmitglied der Roland-Berger Stiftung bei, Randolph Menna als Vorstandsvorsitzender der Raiffeisen-Volksbank Bad Staffelstein eG und Axel Kehl als Vorstandsvorsitzender der Akademie Deutscher Genossenschaften vertraten die genossenschaftlichen Verbandspositionen.

Insbesondere Regina Pötke verwies sehr eindringlich darauf, dass die Bildungs- und Sozialpo-

Bankenabgabe betrifft VR-Banken kaum

Die bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken bleiben weitgehend von der Bankenabgabe verschont. Rund 98 Prozent der Kreditgenossenschaften im Freistaat müssen keine Bankenabgabe zahlen. „Klar, ordnungspolitisch sauber wäre es gewesen, wenn Regionalbanken komplett von der Bankenabgabe befreit worden wären. Aber mit dem jetzt gefundenen Kompromiss können wir leben“, kommentiert Stephan Götzl, Präsident des Genossenschaftsverbands Bayern, die Entscheidung des Bundesrats zur Bankenabgabe. Die Länderkammer hat für kleinere Kreditinstitute eine Bagatellgrenze bei der Bankenabgabe in Höhe von 300 Millionen Euro auf die Bemessungsgrundlage beschlossen. □

litik sich nicht derart vehement auf Migranten fokussieren dürfe. Die Erfahrungen ihres Hauses zeigten vielmehr, dass die Kinder aus deutschen Prekariatsfamilien häufig viel schlimmer benachteiligt seien und deshalb eine trostlose Zukunft zu erwarten hätten. Für jedes Kind müsse ein Profil erstellt werden, anhand dessen eine individualisierte Förderung möglich wird.

Randolf Menna wiederum beklagte Bildungsdefizite, die junge Menschen beim Berufseintritt in die Banken noch zu verarbeiten hätten. Mangelhafte ökonomische Kenntnisse stellten neben restrigiertem Sprachverhalten die häufigsten Probleme dar. Axel Kehl erläuterte anhand vielfältiger Beispiele das Bildungsangebot seines Hauses, das dank neuer Medien und Internet weltweit abrufbar sei und auf das sehr viele Interessenten gerne und zahlreich zugreifen.

Informationen zum Verbandstag unter: www.gv-bayern.de □

Der Wutbürger

Von Dr. Georg Sinnacher, Altlandrat und Altbezirkstagspräsident

Bis vor kurzem war der Bürger in Planungsverfahren eine kalkulierbare Schätzgröße. Sein unmittelbarer Einfluss war mäßig. Doch seit die Wutbürger bei großen Infrastrukturprojekten wie beim Stuttgarter Bahnhof unüberhörbar wurden, scheint unsere Bundesrepublik den Bürger wiederentdeckt zu haben.

Die Frage der Stellung des Bürgers im Obrigkeitsstaat ist nicht nur in Deutschland, sondern in den meisten europäischen Staaten seit der Aufklärung von hoher staatsrechtlicher Aktualität. Die stärksten westlichen Demokratien sind nicht auf dem Fundament des Gehorsams, sondern aus dem Widerstandsrecht entstanden.

Doch die angestrebte Freiheit des einzelnen kann schnell die Grenze der Freiheit des anderen treffen. Bloßer Mehrheitswille, im Aufstand demonstriert, kann außerhalb einer geregelten staatlichen Ordnung bald zur rechtlichen Unordnung führen. Deshalb darf die gesetzliche Freiheit nur dann zur persönlichen werden, wenn auch die persönliche Freiheit rechtlich gebunden ist.

Grundrechte des Menschen

Demokratische Willensbildung allein kann nur dann zum Inhalt der staatlichen Gemeinschaft werden wenn sie, wie unsere jüngste Geschichte uns lehrt, als lebende Tradition des Rechtsstaats die Grundrechte des Menschen in seiner Personenwürde schützt und sich als prägende Kraft des staatlichen Lebens erweist. Eine Demokratie ohne den Rechtsstaat führt ins Chaos.

Es war das wichtige Ergebnis der Erkenntnisse nach der Diktatur des Nationalsozialismus, dass die Verfassungsgeber der Nachkriegszeit in Land und Bund dem Rechtsstaatsprinzip in der Bayerischen Verfassung wie im Grundgesetz hohen Rang einräumten. Es sollte die Rückkehr zu den besseren Traditionen des Rechtsstaats aus der Zeit vor 1933 gewährleisten wie auch dessen Weiterentwicklung ermöglichen.

Artikel 19 Abs. 4 GG eröffnet dem Bürger den Rechtsweg gegenüber Staatseingriffen. Die Staatsgewalt muss sich rechtlich gegenüber den Bürgern ausweichen. Des Bürgers Gegenleistung ist die Achtung des Rechts. Die Rechtssicherheit erhielt durch unsere Verfassung klare Gestalt. Dabei ist die Einheit der Rechtsordnung im bürgerlichen wie im öffentlichen Bereich geschützt.

Repräsentative Demokratie

Das Demokratieprinzip regiert Bund, Länder und Kommunen nicht ohne den gleichwertigen Rechtsstaatsgrundsatz. Auch der zweite Reformakt des Bonner Grundgesetzes muss beachtet werden: die Entscheidung für die repräsentative Demokratie. Der unseren deutschen Staat tragende Föderalismus begrenzt die unmittelbare demokratische Mitbeteiligung auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene höchst unterschiedlich.

Der staatliche Verfassungsgeber, der die menschliche Freiheit in ihren Grundrechten schützt und garantiert, hat das Recht, diese Freiheit der Staatsbürger bei der politischen Mitgestaltung zu regeln. Rechtlich eingeräumte kommunale Bürgerentscheide auf lokaler Ebene können auch nicht Landes- und Bundeskompetenzen verlagern.

Das Rechtsstaatsprinzip ist deshalb so herausragend, weil es als normativer Begriff erst in unseren heutigen Verfassungen gewährleistet ist. Wir freuen uns zwar über die Revolutionsparole: „Wir sind das Volk.“ Als abschließliche Verfassungsmaxime wäre sie eher ein Spiegelbild totalitärer Staaten. Wenn aufgrund des ungeordneten Mehrheitsprinzips der Sieg der Massen

DStGB-Fachkonferenz:

Sichere Kommunikation

„Bürgernahe Sicherheitskommunikation für Städte und Gemeinden“ lautete das Thema einer Fachkonferenz des Deutschen Städte- und Gemeindebunds und der Alcatel-Lucent Stiftung für Kommunikationsforschung in Berlin. Experten aus Politik, Wissenschaft und Praxis nahmen dabei zu den unterschiedlichen Aspekten der sicheren Kommunikation Stellung.

Im Zentrum standen Vorträge zu Themen der Notfallkommunikation und des Notrufs, wobei hierzu neben der Technischen Richtlinie Notrufverbindungen auch europäische Initiativen auf aktuellstem Stand vorgestellt wurden. Praktikerberichte zu Notruf-Clearingstellen, zu einem Kommunalruf für Ordnung und Sicherheit und zu einer zusammen mit Hilfsorganisationen durchgeführten „Sicherheitswoche“ rundeten die Tagung ab.

Hans Meierhofer, Erster Direktor der Bundesnetzagentur, berichtete über eine Aktualisierung der Technischen Richtlinie Notrufverbindungen (TR Notruf), die folgende Ziele verfolgt:

- ▶ 112 überall in Europa (gebührenfrei)
- ▶ Netzbetreiber und Telefondiensteanbieter müssen Zugang zum Notruf gewährleisten
- ▶ angemessene Behandlung des Notrufs
- ▶ gleichwertiger Zugang zum Notruf für Behinderte
- ▶ Übermittlung der Standortinformationen (gebührenfrei)
- ▶ Genauigkeit und Zuverlässigkeit der Standortinfo sollen festgelegt werden.

Bei Bedarf würde die Bundesnetzagentur laut Meierhofer technische Maßnahmen festlegen und parlamentarische Diskussionen bei Novellierungen von Telekommunikationsgesetz und Netzregelverbund unterstützen.

Konsens

Staatssekretär a. D. Hans-Jürgen Hohnen betonte, dass Bevölkerungsthemen in Deutschland trotz Föderalismus weitgehend im Konsens geregelt werden konnten und die Herausforderung für die Leitstelle weniger in der Gesetzgebung, sondern vielmehr darin liege, sich gleichermaßen für den Alltag wie für den Krisenfall optimal aufstellen zu müssen. Durch personelle und sachliche Ausstattung sowie Schulungen müsse auf die Krisensituation hinreichend vorbereitet werden. In der Leitstelle müssten Fragen zum Übergang in die Stabslage, die Stabsgliederung, die Nutzung von Fachleuten und Verbindungen sowie Einzelfragen von der Dokumentation über die Besucherbetreuung bis zur Nachbetreuung vorab geklärt sein.

Albrecht Broemme, Präsident

Finanzstaatssekretär Franz Josef Pschierer zum Ehrenamt:

Anerkennung im Steuerrecht

„Ohne Ehrenamt wäre gesellschaftliches Leben in Bayern um vieles ärmer. Bürgerschaftliches Engagement ist unverzichtbar für ein freihetliches, demokratisches, soziales und lebendiges Gemeinwesen. Die Vereine leisten einen wichtigen Beitrag für das Gemeinwesen. Dies findet auch eine Anerkennung im Steuerrecht“, stellte Finanzstaatssekretär Franz Josef Pschierer bei der Informationsveranstaltung „Besteuerung der Vereine“ in Memmingen fest.

Pschierer: „Ehrenamtliche Funktionen haben zu Recht Vorteile und Vergünstigungen auf vielen Rechtsgebieten! Steuerliche Freiräume sind erfreulich, machen das Steuerrecht aber komplizierter“. Deshalb sollen mit Informationsveranstaltungen wie in Memmingen die Verantwortlichen der Vereine informiert werden.

Die Europäische Union habe das Jahr 2011 zum Jahr der freiwilligen Tätigkeit erklärt. Über ein Drittel der Deutschen engagierten sich ehrenamtlich. In Bayern seien rund 4,5 Millionen

der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk, hob die Erfolge des 20-jährigen Prozesses zur europaweiten Einführung der 112 hervor und forderte, dass der Umgang mit dem Notruf auch hierzulande immer wieder geschult wird. Diverse Medien und Aktionen machten sich stark für die Verbreitung des Wissens um die adäquate Notrufmeldung und auch die Mitarbeiter in den Leitstellen würden immer besser geschult, insbesondere auch, um Notrufe von Menschen entgegen nehmen zu können, die nicht der deutschen Sprache mächtig sind.

Dennoch, so Broemme, könnte noch mehr – auch von kommunaler Seite – getan werden. So plädierte der THW-Präsident dafür, in den Wartebäumen der Bürgerämter diesbezügliches Info-Material auszulegen und die Erreichbarkeit des Bürgermeisters auch am Wochenende zu verbessern. Im Krisenfall gehöre regelmäßig der Bürgermeister zu den Personen, die zu allererst angesprochen würden.

Clearingstelle

Knut Schneidmesser, Bosch Sicherheitssysteme GmbH, stellte im Anschluss die Praxis einer Notruf-Clearingstelle vor, die im Falle einer Störung des Zugangs zur Leitstelle als „redundantes Element“ eingreifen und durch Vermeidung von Routineaufgaben zu einer Entlastung der Leitstelle beitragen könne. Heinz Georg Kuhlemann aus Menden/Lendringen, Gründer der Initiative proSOS, berichtete seinerseits von einer gemeinsam mit Einzelhandel und Hilfsorganisationen durchgeführten „Sicherheitswoche“, die unter dem Motto „Sicherheit für daheim und unterwegs“ im Februar 2011 dabei half, die Bevölkerung von Lendringen für Sicherheitsfragen zu sensibilisieren. Anlass war der Tag zum „EU Notruf 112“, der zu diversen Informationsaktivitäten geführt habe und als Pilotprojekt für andere Gemeinden anzusehen ist, aktiv vor Ort zu einer bunten Woche mit allerlei Nützlichem sowie zur Mitarbeit in den Hilfsorganisationen zu animieren.

Stephan Boy, Kompetenzzentrum Kritische Infrastrukturen KKI e.V., berichtete schließlich von der Initiative seines Vereins, der Beteiligte zu Fragen der Not-

fallabwehr an einen Tisch gebracht und dort das Konzept eines Kommunalrufs für Ordnung und Sicherheit erarbeitet habe, der ganzjährig rund um die Uhr zu Fragen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung erreichbar ist. Gegründet wurde der Verein im Oktober 2010 von Experten für den Netz- und Infrastrukturbetrieb aus der Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg.

Wie Boy betonte, würden die alltäglichen Kernprozesse des öffentlichen Lebens zunehmend komplexer und voneinander abhängig. Die Kommunen seien einer immer weiter wachsenden Erwartungshaltung ausgesetzt. Nicht erwartungsgemäßes Handeln verzeihe die Öffentlichkeit nicht mehr. Einer unverzüglichen, transparenten, nachvollziehbaren und strukturierten Kommunikation komme eine immer größere Bedeutung zu. Die neuen Herausforderungen könnten nur auf Basis einer kooperativen Vernetzung gemeinsam bewältigt werden.

Versorgungssicherheit

Konkrete Ziele des KKI sind Boy zufolge, die Versorgungssicherheit im Bereich kritische Infrastrukturen zu stärken, auf Gefahrenpotentiale der kritischen Infrastrukturen aufmerksam zu machen und ein Bewusstsein für die Notwendigkeit von verbindlichen Vorgaben für Prävention und Bewältigung von problematischen Ereignissen zu schaffen. Außerdem gehe es um die Vernetzung der wichtigen Akteure aus Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Energiewirtschaft. Darüber hinaus nehme die Informations- und Dialogplattform Anregungen und Bedürfnisse von in Verantwortung stehenden Akteuren auf. DK

Ruf nach aktiver...

(Fortsetzung von Seite 1) tete, werden das Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben und der Deutsche Landkreistag eine Vereinbarung zur Koordinierung im Rahmen des neuen Freiwilligendienstes unterzeichnen. „Wir sind der Überzeugung, dass es auf dieser Grundlage möglich sein wird, viele Freiwillige von einem Engagement zu überzeugen. Hierauf sind wir dringend angewiesen, um die Lücken möglichst klein zu halten, die der Wegfall des Zivildienstes reißt“, so Duppré. Die Landkreise würden alles in ihrer Macht stehende tun, um Freiwillige zu gewinnen und für den Dienst am Menschen, der Natur, der Kultur und am Gemeinwesen insgesamt zu begeistern.

Unterstützungsleistungen

Fast zwei Drittel der Zivildienstleistenden seien in Pflege und Behindertenhilfe beschäftigt. Darüber hinaus würden Defizite auch in Kinderbetreuungseinrichtungen, im Katastrophenschutz oder Rettungsdienst entstehen. „Daher ist es sinnvoll, dass das Bundesamt für die Landkreise eine Zentralstelle einrichtet und Unterstützungsleistungen im Bereich der Administration, Gewinnung von Freiwilligen, Beratung und weiteren Dienstleistungen für die Landkreise erbringen wird.“ Eine Vollkompensation des Engagements der Zivildienstleistenden werde es ohnehin nicht geben. Duppré forderte Bund und Länder auf, noch im Laufe dieses Jahres mit den Kommunen in einen Dialog über die Kompensation des Wegfalls des Zivildienstes einzutreten.

Der Präsident verdeutlichte auch, dass in Anbetracht der herben Einschnitte, die beim Wegfall des verpflichtenden Zivildienstes einträten, weitere Schritte zu unternehmen seien, um freiwillige

Zukunft Stadt...

(Fortsetzung von Seite 1)

In der Stadt der Selbstbestimmung bestehe wiederum eine selbstverständliche Haltung zur Unterstützung und Förderung der kulturellen Bildung und der Künste. „Sie sind die Grundlage für die Herausbildung freier Menschen und eines selbst bestimmten Lebens.“

Innovative Stadt

Die innovative Stadt stehe für eine wirtschaftliche Entwicklung, die immer wieder das Neue mit dem Vorhandenen paart, um sich in einem beschleunigten Wettbewerb am Markt zu behaupten. Sozialdemokratische Kommunalpolitik fördere die regionale Wirtschaft und ihre Entwicklung. Dazu gehöre die Unterstützung der Unternehmen bei der Suche nach geeigneten Standorten, Flächen und Räumen. Dazu zähle auch die Unterstützung der Zusammenarbeit von Hochschulen und Wirtschaft, die Förderung von Existenzgründungen, die Schaffung von Kooperationen in der Region. Die Stadt der Innovationen stehe auch für eine kreative Stadt, eine Kommune, die dem Wandel und der Zukunft gegenüber offen stehen. Sie lebe von den Menschen, die als Träger von Ideen, Projekten realisieren und Unternehmungen mit Innovationen gründen.

„Der demografische Wandel öffnet unsere Augen dafür, dass unser Lebensumfeld stärker an den Bedürfnissen der den Raum und die Gebäude nutzenden Menschen orientiert werden muss“, heißt es weiter. Bezugspunkt der Stadtplanung müssten künftig stärker Kinder und ältere Menschen sein. Dazu zähle die

Barrierefreiheit ebenso wie ein vernetztes Fuß- und Radwegesystem im öffentlichen Raum, eine Verbesserung der Aufenthaltsqualitäten der Plätze und Freiflächen, Spielräume und Ruheräume. Es gehe aber auch um die Organisation neuer Wohnformen und dazugehörigen Dienstleistungen angesichts der Herausforderungen für das Wohnen im Alter.

Kurze Wege

Die Stadt der kurzen Wege sei der Gegenentwurf zur räumlichen Funktionstrennung mit weit voneinander entfernten Stätten des Wohnens, der Erwerbsarbeit, der Freizeitgestaltung, des Einkaufens und anderer öffentlicher Einrichtungen oder des Kunst- und Kulturbetriebes. Idealtypisch vereinige die Stadt der kurzen Wege alle Nutzungsfunktionen in der durchmischten Stadt und biete somit die Chance, auf lange und weite Wege zu verzichten, wenn es einem gelingt, seine sozialen Bindungen auf diesen einen Stadtteil zu konzentrieren.

Dem stehe entgegen, „dass wir unter heutigen Rahmenbedingungen vielfach regional konzipierte Lebenswirklichkeiten vorfinden, die eine Zurückführung der Verkehrsbeziehungen kaum erlauben“. Das Leitbild der „kurzen Wege“ greife allerdings die positiven Qualitäten auf, die mit Stadtteilen mit relativ hoher Nutzungsdichte, einer Vielfalt an Angeboten und dem Nebeneinander von Arbeiten und Wohnen verbunden sind.

Kommunales Engagement

Es bestehe politisches Einvernehmen, eine Klimaschutzpolitik mit deutlichen CO₂-Minderungen durchzuführen, so das Papier. Das sozialdemokratische Leitbild der „Energiesparstadt“ liege in einer Umbaustategie für Städte und Gemeinden, die das Kriterium der CO₂-Minderung auf alle Bereiche anwendet: „Das beginnt mit eigenem kommunalen Engagement in der Energieerzeugung mit erneuerbaren Energieträgern, sucht nach Wegen einer Verbesserung des Verkehrssystems, reduziert überflüssigen Verbrauch von Energie in kommunalen Gebäuden und unterstützt die energetische Sanierung von Altimmobiliën.“ DK

Landrat Thomas Karmasin:

Mitglied im Kongress der Gemeinden und Regionen Europas

Das Präsidium des Deutschen Landkreistages hat den Landrat des Landkreises Fürstentfeldbruck, Thomas Karmasin, als stellvertretendes Mitglied für den Kongress der Gemeinden und Regionen Europas (KGRE) im Europarat benannt. Er vertritt dort Landrat Ulrich Gerstner, Landrat des Salzlandkreises in Sachsen-Anhalt.

Der KGRE berät das Ministerkomitee und die parlamentarische Versammlung des Europarates in Form von Stellungnahmen und Empfehlungen.

Zu den Schwerpunkten seiner Arbeit gehört es insbesondere, bei der Gestaltung der europäischen Politik die Interessen der kommunalen Ebene unmittelbar einzubringen. □



beitsmarktpolitischen Instrumente ihnen Hilfsmöglichkeiten bieten, statt neue Probleme zu schaffen“, sagte der Verbandschef. Insbesondere könne man nicht schematisch agieren, sondern müsse sich auf jeden Einzelfall einstellen können. „Dafür muss das bestehende Instrumentarium flexibilisiert werden. Stattdessen will der Gesetzgeber es sogar weiter einschränken. Das ist die völlig falsche Richtung!“

Vereinbarung zu engerer Zusammenarbeit

Um die Zusammenarbeit bei der Verhinderung von Tierseuchen und Lebensmittelkrisen intensiver zu gestalten, haben die 13 Landkreistage in den Ländern und der Deutsche Landkreistag eine Vereinbarung zur intensiveren Zusammenarbeit unterzeichnet.

Wie Duppré erklärte, hätten die Erfahrungen aus den Tierseuchenkrisenfällen sowie Lebensmittel- und Futtermittelskandalen der letzten Jahre gezeigt, dass zum Zweck einer wirksamen Vorbeugung und effizienten Bekämpfung eine enge Zusammenarbeit der Landkreise von großer Bedeutung ist. Die Landkreise würden daher zukünftig auf der Grundlage einer Vereinbarung noch enger zusammenarbeiten und sich im Krisenfall tatkräftig unterstützen.

Im Bedarfsfall sollen den betroffenen Landkreisen Personal und Ausstattung zur Verfügung gestellt werden, soweit dies notwendig ist und die Aufgabenerfüllung des jeweils unterstützenden Landkreises dies zulasse. „Mit dem unterzeichneten Rahmenabkommen bekunden die mit den Aufgaben der Tierseuchenbekämpfung sowie Lebensmittelkontrolle und weiteren Aufgaben im gesundheitlichen Verbraucherschutz betrauten Landkreise ihre gegenseitige Bereitschaft zur Unterstützung bei Krisen. Dadurch entsteht ein engmaschiges Netz auf Landkreisebene, das die Schlagkraft des Kontrollsystems weiter steigert“, bemerkte Duppré.

Gemeinsames Agieren

Konkret vorgesehen sei beispielsweise die Überlassung von Tierärzten, Lebensmittelkontrollleuten, sonstigem Fach- und Verwaltungspersonal sowie von Sachmitteln im Krisenfall. „Dieses gemeinsame Agieren der Landkreise ist zudem in die entsprechende Bund-Länder Task-Force eingebunden und trägt dazu bei, dass das Gesamtsystem wirkungsvoller wird. Ziel aller Beteiligten ist, dass Tierseuchen oder Lebensmittelkrisen in Zukunft verhindert, zumindest aber noch wirkungsvoller bekämpft werden“, meinte Duppré zum Abschluss. DK

VDV-Jahrestagung in Darmstadt:

Schnelle Lösungen für Infrastrukturfinanzierung

„Trends für den Öffentlichen Verkehr durch gute Qualität nutzen, leistungsfähige Infrastruktur erhalten und Wachstum finanzieren: Das sind aus Sicht unseres Verbandes die drei zentralen Herausforderungen in diesem Jahrzehnt“, stellte Präsident Jürgen Fenske bei der Jahrestagung des Verbands Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) in Darmstadt fest.

Vor über 700 Teilnehmern betonte Fenske: „Wenn wir die Zeit seit unserer letzten Jahrestagung in München bilanzieren, so zeigen die Zahlen ein freundliches und vielleicht auch überraschendes Bild: Deutschlands Wirtschaft wuchs 2010 um 3,6 %, für das 1. Halbjahr 2011 erwartet das DIW weitere 3,6 %. Die Arbeitslosigkeit sank im April auf ein Rekordtief von 7,3 %. Auch der Güterverkehr steigt - um 3,1 % legte er 2010 zu, um ganze 11,9 % konnte dagegen der Schienengüterverkehr wachsen. Wachstum auch beim ÖPNV: Seit zehn Jahren steigen die Fahrgastzahlen stetig, 2010 um 0,4 %. Die Verkehrseinnahmen erhöhten sich um 3,5 %.“

Beton und Bildung

Wie Fenske hervorhob, zeigten die Zahlen: „Wirtschaft und Verkehr sind aufeinander ange-

wiesen. Ohne Konjunktur keine oder nur geringere Wachstumsraten in unserer Branche und ohne leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur keine wachsende Wirtschaft. Schon deshalb gehört der Spruch ‚Bildung statt Beton‘ in die Sammlung ausgewählter Dummheiten.“

Sanierungsstau

Im Rahmen seiner Jahrestagung forderte der VDV schnelle Lösungen für die Probleme der Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur. Gerade im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) fehle den Unternehmen die Sicherheit, um schon heute notwendige Investitionen in den Erhalt und Neubau ihrer Haltestellen, Tunnel und Gleise zu planen. „Es geht darum, einen möglichen Stillstand beim Neu- und Ausbau der Infrastruktur zu verhindern. Wir haben im deutschen

ÖPNV inzwischen einen Sanierungsstau von 2,4 Milliarden Euro und jährlich kommen 330 Millionen Euro hinzu“, erklärte Fenske.

Enttäuscht zeigte sich der Verband von der bisherigen Arbeit der Bundesregierung: „CDU/CSU und FDP haben vor über einhalb Jahren in ihrem Koalitionsvertrag ausdrücklich festgelegt, dass man bis zur Mitte dieser Legislaturperiode entsprechende Anschlussregelungen einer zukünftigen ÖPNV-Finanzierung vorlegen möchte. Bislang gibt es aber weder Ideen noch konkrete Vorschläge der Bundesregierung. Stattdessen wird über Milliarden-subsidien für die Einführung von Elektroautos entschieden“, so der Präsident.

Der VDV begrüßt die Initiative der Bundesländer für eine bedarfsgerechte Erhöhung der sogenannten Entflechtungsmittel. Diese Mittel stellt der Bund den Ländern jährlich zur Verfügung, um unter anderem Investitionen in die kommunale Verkehrsinfrastruktur zu tätigen, das entsprechende Gesetz endet jedoch 2019, bereits 2014 steht eine Re-

vision der Mittel an. Die Ministerpräsidenten, Finanz- und Verkehrsminister der Länder setzen sich nun beim Bund dafür ein, die kommunalverkehrlichen Entflechtungsmittel ab dem Jahr 2014 von momentan rund 1,33 Milliarden Euro auf dann 1,96 Milliarden Euro pro Jahr anzuheben. „Der Vorstoß der Bundesländer ist richtig und zeigt, dass es objektiv einen höheren Bedarf an Entflechtungsmitteln gibt. Allerdings müssen diese Mittel auch künftig ausschließlich der Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur zur Verfügung stehen“, mahnte Fenske.

Schon heute reichten die zur Verfügung stehenden Mittel nicht aus, um die stark beanspruchte Verkehrsinfrastruktur in den Städten und Gemeinden weiter auszubauen oder zu erneuern. Der VDV-Chef forderte daher eine öffentliche und parteiübergreifende Diskussion über alternative Finanzierungsinstrumente für den Fall, dass die bewährten Finanzierungsinstrumente entgegen den Ankündigungen aus der Politik doch nicht bedarfsgerecht weiterentwickelt werden sollten: „Eine Pkw-Maut darf in diesem Zusammenhang kein Tabuthema mehr sein.“

Steigende Kosten der Instandhaltung

Um die Nutzer der Infrastruktur angemessen an den steigenden Kosten der Instandhaltung, Erneuerung und dem Ausbau zu beteiligen, könnte eine Pkw-Maut der richtige Weg sein. Auch die stärkere Finanzierung des ÖPNV durch dessen Kunden ist als alternatives Finanzierungsmodell zu berücksichtigen: „Wir müssen Modelle finden, die alternative oder zusätzliche Finanzierung ermöglichen. Das entbindet die Politik aber nicht von ihrer grundsätzlichen Verantwortung für eine zukunfts-fähige ÖPNV- und Infrastrukturfinanzierung. Die Anpassung der bestehenden und seit Jahrzehnten etablierten Finanzierungsinstrumente bleibt natürlich oberste Prämisse“, so Fenske.

Wenig zielführend wäre es aus Sicht des VDV zudem, wenn die Gelder aus einer möglichen Pkw-Maut dann, wie heute beim Lkw, nur in die Finanzierung der Autobahnen und Bundesstraßen fließen. Denn geschlossene Finanzierungskreisläufe seien für die Gestaltung und Flexibilität von Investitionen hinderlich, der Staat müsse frei sein in der Frage, welche Verkehrsträger idealerweise ausgebaut werden müssen.

Restrukturierung

Wie Dipl.-Ing. Wolfgang Arnold, Technischer Vorstand und Vorstandssprecher der Stuttgarter Straßenbahnen AG in seinem Vortrag bei der Fachtagung Personennahverkehr betonte, böten Busse & Bahnen Lösungen für die aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen Klimawandel/Umweltschutz, knappe Ressourcen, Strukturwandel und demografischer Wandel. Allerdings seien wichtige Finanzierungsgrundlagen zeitlich befristet: So ende das Bundesprogramm nach dem GVFG 2019 und die Mittel aus dem Entflechtungsgesetz verlören 2013 ihre Zweckbindung. Hinzu komme die prekäre Situation der öffentlichen Haushalte.

Öffentliche Verkehrsunternehmen haben sich laut Arnold in den vergangenen Jahren erfolgreich restrukturiert. Trotz gekürzter Mittel wurde die Effizienz verbessert, Fahrgastzahlen konnten kontinuierlich gesteigert werden. Nur wenn die Finanzierung gesichert sei, könne der ÖPNV in ihn gesetzte Erwartungen auch in Zukunft erfüllen, machte Arnold deutlich. DK

Kommen, sehen, profitieren!



Der Marktplatz für Städte und Gemeinden

19. – 20.10.2011

KOMMUNALE

Kommunale 2011
NÜRNBERG

7. Fachmesse und Kongress für Kommunalbedarf

Wer richtig entscheiden will, muss alle Alternativen kennen(-lernen). Auf der Kommunale finden Sie, was Entscheider und Führungskräfte aus Städten und Gemeinden für ihre erfolgreiche Arbeit brauchen – seit über zehn Jahren!

www.kommunale.de

BesucherService

NürnbergMesse GmbH

Messezentrum Nürnberg

Tel +49 (0) 9 11. 86 06-49 36

besucherservice@nuernbergmesse.de

Veranstalter Kongress



BAYERISCHER
GEMEINDEFACHTAG

Veranstalter Fachmesse

NÜRNBERG MESSE

In Zusammenarbeit mit



Deutscher
Städte- und Gemeindebund

Medienfachliche Partner

Behörden Spiegel

Bayerische
Gemeindezeitung



Freistaat Bayern und Veolia Verkehr unterschreiben Verkehrsvertrag

Betrieb zwischen München – Rosenheim – Salzburg/Kufstein und auf der Mangfalltalbahn ab 2013 mit deutlichen Verbesserungen

Signal für den Meridian steht auf Grün: Bayerns Verkehrsstaatssekretärin Katja Hessel, Heino Seeger, Regionalleiter Veolia Verkehr Süd, und der Geschäftsführer der Bayerischen Eisenbahngesellschaft (BEG), Fritz Czeschka, unterzeichneten jüngst den Verkehrsvertrag für den Betrieb der Regionalzugstrecken München – Salzburg, München – Kufstein und München – Holzkirchen – Rosenheim (Mangfalltalbahn). Damit wird ein Auftrag des Freistaats besiegelt, der für viele Jahre das Bahnangebot in der Region erheblich verbessern wird. Ab sofort beginnen für Veolia Verkehr offiziell die Vorbereitungen zum Betriebsstart im Dezember 2013. Der Vertrag läuft bis Ende 2025. Im Auftrag des Freistaats wird der neue Betreiber von München nach Salzburg und Kufstein 31 Prozent mehr Züge fahren, auf der Mangfalltalbahn wird das Angebot um 7 Prozent erweitert.

Anlässlich der Vertragsunterzeichnung betonte Staatssekretärin Hessel die Bedeutung des Wettbewerbs für einen modernen und attraktiven Schienenpersonennahverkehr: „Die Vergabe des Freistaats an Veolia Verkehr zeigt, dass auch in großen Verkehrsnetzen alle Anbieter eine Chance haben. Der Wettbewerb im Regionalverkehr funktioniert – gerade in Bayern. Er führt zu entscheidenden Verbesserungen.“

Nach Vorgaben der Bayerischen Eisenbahngesellschaft wird das Fahrplankonzept ab 2013 deutlich verbessert:

► Stündlich direkte Verbindungen zwischen München und Salzburg, mit Halt an allen Stationen zwischen Rosenheim und Freilassing und mit Verdichtungen im Berufsverkehr. Zwischen München Ost und Rosenheim als Express unterwegs, ohne Halt an den Unterwegsbahnhöfen und damit bis zu 10 Minuten kürzere Reisezeit.

► Stündlich direkte Verbindungen zwischen München und Kufstein mit Halt an allen Unterwegsbahnhöfen und mit Verdichtungen im Berufsverkehr.

► Stundentakt Holzkirchen – Rosenheim mit Verdichtungen im Berufsverkehr. Einige Züge verkehren ganz neu im Berufsverkehr von Rosenheim über Holzkirchen hinaus bis München Hbf. Damit wird es regelmäßige umsteigefreie Verbindungen aus dem Mangfalltal bis München geben.

Die neuen Züge auf diesen Strecken werden den Namen Meridian tragen und den Fahrgästen viele Neuerungen bieten. Insbesondere Service und Komfort

will der neue Betreiber deutlich ausbauen. „Mit der Bayerischen Oberlandbahn und der Bayerischen Regiobahn haben wir bereits attraktive Angebote im regionalen Schienenverkehr auf die Beine gestellt, die gut bei der Bevölkerung ankommen“, so Heino Seeger. „Das äußert sich in sehr guten Noten in Kundenbefragungen als auch in deutlich gestiegenen Fahrgastzahlen. Beim Meridian wollen wir jetzt noch einen Schritt weiter gehen und neue Maßstäbe im Regionalverkehr setzen. Wir wissen, dass wir nur mit einem sehr attraktiven Angebot Autofahrer zum Umsteigen bewegen können.“

Folgende Verbesserungen stellt Veolia Verkehr bereits in Aussicht:

► Sitzplatzreservierung in allen Zügen

► komfortable Züge: Triebfahrzeuge der Firma Stadler vom Typ FLIRT

► leicht zugängliche Abstellbereiche für Gepäck, Kinderwagen und Fahrräder an allen Einstiegstüren



Bei der Vertragsunterzeichnung (v. l.) Staatssekretärin Katja Hessel, Fritz Czeschka (Geschäftsführer der Bayerischen Eisenbahngesellschaft) und Heino Seeger (Regionalleiter Veolia Verkehr Süd und Geschäftsführer der Bayerischen Oberlandbahn). □

► erweiterte Fahrgastinformation in Echtzeit an den Stationen und in den Zügen.

Veolia Verkehr plant für den Meridian eine Reihe weiterer Serviceverbesserungen, die derzeit noch im Detail entwickelt werden. Das Unternehmen will dabei insbesondere die Wünsche und Erwartungen der Bevölkerung entlang der Strecke berücksichtigen, die im Rahmen einer Meinungsumfrage ermittelt wurden. Dazu Heino Seeger: „Wir sind davon überzeugt, dass ein Nahverkehrsprojekt wie der Meridian nur im engen Austausch mit der Region erfolgreich sein kann. Deshalb suchen wir das Gespräch mit den Menschen vor Ort.“ Neben dem Dialog mit den Fahrgästen ist auch ein kontinuierlicher Austausch mit Tourismus, Wirtschaft und Politik in der Region geplant. Dazu gehören Kooperationen mit der Tourismuswirtschaft, um attraktive Paketangebote anzubieten.

Auch wenn die Inbetriebnahme des Meridians Ende 2013 noch in weiter Ferne zu liegen scheint, laufen die Vorbereitungen bei Veolia Verkehr bereits auf Hochtouren. Die Züge werden derzeit gemeinsam mit dem Hersteller abgestimmt, eine Werkstatt an der Strecke für die Fahrzeuge ist in Planung, Tarife und Fahrpläne werden erarbeitet, Fahrkartenautomaten und mobile Verkaufgeräte entwickelt und auch an der Gestaltung der Marke Meridian wird mit Hochdruck gearbeitet. □

„60 Jahre Mercedes-Benz Unimog“:

Spektakuläre Designstudie

Der hochgeländegängige Unimog U 5000 als Basis

Der Bereich Mercedes-Benz Special Trucks (MBS), in dem die Fahrzeugreihen Unimog, Eonic und Zetros zusammengefasst sind, präsentierte anlässlich des Festakts „60 Jahre Mercedes-Benz Unimog“ im Daimler Werk Wörth eine spektakuläre Designstudie. Diese verfügt über ein eindrucksvoll dynamisches, ausdrucksstarkes „Gesicht“ und entspricht der zukünftigen Formensprache des Mercedes-Benz Nutzfahrzeug-Designs.

Die Design-Studie verbindet Vergangenheit und Zukunft des Unimog auf sehr avantgardistische Weise: „Wir haben die Unimog-DNA mit ihren einzigartigen Konzeptmerkmalen in dieser Designstudie zu 100 Prozent berücksichtigt“, sagt Bertrand Janssen aus dem Daimler Nutzfahrzeug-Design. Darüber hinaus lässt dieses Konzeptfahrzeug dem Betrachter den gedanklichen Raum, technische Innovationen zu interpretieren: Kurzum, es ist ein buchstäblich ungewöhnlicher Denkanstoß für das Universal-Motor-Gerät der Zukunft.

Und Yaris Pürsün, Leiter von Mercedes-Benz Werk Wörth und Mercedes-Benz Special Trucks, ist sichtlich begeistert von der Neuinterpretation der Unimog-Idee durch die Nutzfahrzeugdesigner und das verantwortliche Projektteam: „Das Ergebnis ist durch und durch gelungen. Wir haben uns bei Mercedes-Benz Special Trucks für die Erstellung einer Designstudie entschieden, weil wir der Ansicht sind, dass mit einem derartigen Fahrzeug die Brücke geschlagen wird von der fortschrittlichen Erneuerungskraft, die das Unimog-Programm seit 60 Jahren auszeichnet, zum zukünftigen Design der nächsten Produktgenerationen.“

Innovationskraft

Das Konzeptfahrzeug zeigt, dass der Unimog auch nach 60 Jahren, einhergehend mit 26 Baureihen in diesem Zeitraum – immer noch erneuerungsfähig ist. So wie die Innovationskraft den Mercedes-Benz Unimog bis heute vorangetrieben hat und prägt, so belegt die „Designstudie 60 Jahre Unimog“ eindrucksvoll, das im Engineering künftiger Unimog-Generationen allerhand Innovatives möglich ist. Diese Studie überrascht zweifellos jeden Betrachter, Fachleute und Enthusiasten, Anwender und Kunden.

Basis der Designstudie ist das Fahrgestell eines hochgeländegängigen Unimog U 5000. Das herkömmliche und bekannte Unimog-Alleinstellungsmerkmal, die Schraubenfedern, sind beim Konzeptfahrzeug rot lackiert, während Bertrand Janssen und sein Team die bullige Motorhaube in typischer Mercedes-Benz Linie und die Kotflügel in einem frischen grün erstrahlen lassen. Bei der

Auswahl der Farbtöne haben sich die Designer im Team um Bertrand Janssen von einer ungewöhnlichen Amphibie inspirieren lassen, dem Pfeilgiftfrosch: Wie der Unimog ist auch er im Wasser und zu Land hoch mobil. Außerdem greift in diesem Punkt einmal mehr die Verknüpfung von Vergangenheit und Zukunft, denn grün ist quasi die Unimog Lackierung der ersten Stunde und zahlreicher Nachfolgenerationen des Fahrzeugs. Der deutlich sichtbare, geschwungene Rahmen ist mit hochwertigen Verkleidungen veredelt, die aus Aluminium-Blöcken gefräst wurden.

Räder im 5-Stern Alufelgen Design

Einen optisch starken Eindruck vermitteln die vier gleich großen Räder im 5-Stern Alufelgen Design. Bertrand Janssen betont ausdrücklich: „Wir haben keineswegs im sinnfreien Raum gearbeitet. Es handelt sich hier um ein puristisches, aber dennoch konzepttreues Fahrzeug – mit dem

München:

Hybridbusse auf der Erfolgsspur

Einsatz auch auf der MVV-Regionalbuslinie 220

Deutschlands erster Hybridbus im Regionalbusverkehr fährt seit 2008 im Landkreis München. Seit Juni 2011 kommt dort nun auch ein zweiter Hybridbus zum Einsatz, auf der MVV-Regionalbuslinie 220 zwischen Giesing U/S – Unterhaching S – Winning. Mit dem 12-Meter-Bus wird ein Hybridfahrzeug in der Größe getestet, die überwiegend im MVV-Regionalbusverkehr eingesetzt wird.

In den letzten Jahren ist es gelungen, die für den Hybridantrieb erforderlichen Bauteile so zu optimieren, dass sie ohne Beeinträchtigung der Beförderungskapazität nicht mehr nur in Gelenkbussen, sondern auch in 12-Meter-Bussen bequem Platz finden.

Zuverlässigkeit und Treibstoffeinsparungen

Bereits seit September 2008 läuft das auf vier Jahre angelegte Pilotprojekt „Hybridbus“ des Landkreises München mit dem deutschlandweit ersten Hybridbus im Regionalbusverkehr auf der MVV-Regionalbuslinie 210 (Neuperlach Süd – Ottobrunn –



Die Unimog-Designstudie zum Firmenjubiläum.

Anspruch, dass sich Details in späteren Baureihen wiederfinden können. Wir haben weiterhin die wesentlichen Merkmale des Unimog mit aufgegriffen, die das Fahrzeug seit 60 Jahren und auch in Zukunft prägen werden – wie zum Beispiel Portalachsen, Schraubenfedern oder das Rahmenkonzept.“ Die „Designstudie 60 Jahre Unimog“ ist allerdings kein Prototyp für eine neue Baureihe. Hiermit wird aber deutlich sichtbar, dass der Mercedes-Benz Unimog auch künftig einen innovativen Charakter und ein hohes Maß an Flexibilität in Ausführung und Bauweise besitzen wird. Eben ein einzigartiges Fahrzeugkonzept.

Botschafter der Marke Mercedes-Benz

Michael Dietz, Leiter Vertrieb & Marketing Mercedes-Benz Special Trucks: „Unser Unimog hat sich in den zurückliegenden 60 Jahren als Botschafter und Imageträger der Marke Mercedes-Benz weltweit einen Namen

gemacht. Ob bei zahlreichen Kommunen und Lohnunternehmen in Europa, unter extremen Bedingungen bei der Erdölexploration in der chinesischen Taklamakan-Wüste oder beispielsweise als Reisemobil in „Down Under“. Die Designstudie schreibt diese einmalige Unimog-DNA fort und ist ein ausdrucksstarker Beleg für die Innovationskraft von Mercedes-Benz Special Trucks.“

Yaris Pürsün macht deshalb dem ganzen Team ein Kompliment: „Jeder hat seine Kompetenzen bestmöglich eingebracht, es herrschte von Anfang an ein unvergleichlicher Spirit. Es ist ein sehr emotionales Projekt, das uns besonders ans Herz wuchs.“ Und in einem ganz wichtigen Punkt haben die Designstudie des Jubiläumjahres 2011 und der erste Mercedes-Benz Unimog der Baureihe 2010, die am 3. Juni 1951 im Werk Gaggenau vom Band gelaufen ist, eine augenfällige Analogie: Beide Fahrzeuge sind offen – echte Cabrios also.

Regionalbuslinie 220 eingesetzte Hybridbus von Solaris auf, er ist nur kleiner. Im dritten Schritt soll ein Gelenkbus von Mercedes-Benz mit serieller Hybridtechnik getestet werden. Hier wirkt ausschließlich der Elektromotor als Antriebsaggregat, der Dieselmotor dient nur als Generator (Stromerzeuger). Der Mercedes-Hybridbus wird voraussichtlich ab Ende August auf der MVV-Regionalbuslinie 266 (Planegg - Martinsried - Großhadern) eingesetzt, da sich diese Strecke aufgrund ihrer Charakteristik mit viel „Stop and Go“ besonders für die Hybridtechnologie eignet.

Hohe Investitionskosten versus Erfahrungsgewinn

Noch übertreffen die höheren Investitionskosten für die Hybridtechnologie deutlich die erzielbaren Einsparungen beim Treibstoffverbrauch. Allerdings können nur durch die weitere Erprobung von Hybridfahrzeugen die Erkenntnisse gewonnen werden, die einen flächendeckenden wirtschaftlichen Einsatz in der Zukunft und die Weiterentwicklung zum reinen Elektroantrieb möglich machen. Im Übrigen ist der Einsatz der Hybridfahrzeuge schon heute unmittelbar sinnvoll für Mensch und Umwelt. Mit jedem zurückgelegten Kilometer werden ca. 20 - 25 % Dieselmotorkraftstoff eingespart. Das ist umweltfreundlich, denn wo kein Treibstoff verbrannt wird, können so auch keine Emissionen (Abgas, Feinstaub, Lärm) entstehen.

Baustein der Energievision München 2050

Der Einsatz von Fahrzeugen mit Hybridantrieb im MVV-Regionalbusverkehr ist ein Baustein der Energievision des Landkreises München aus dem Jahr 2006: Bis 2050 sollen der Energieverbrauch im Landkreis um 60 % reduziert und die verbleibenden 40 % allein durch erneuerbare Energieformen bestritten werden.

Serieller Hybrid

Auf diesem Antriebskonzept baut auch der nun auf der MVV-

Mobidat:

Effizienter Einsatz von Baufahrzeugen

Internetbasierendes Telematiksystem schafft Transparenz

Gerade in der heutigen Situation ist es für das Baustellenmanagement enorm wichtig, genau zu wissen, wo und wie lange die Baufahrzeuge im Einsatz sind, welche Ressourcen verbraucht wurden und wie der Zustand des Fahrzeuges ist. Und dies ohne immensen Personal- und Zeitaufwand zu dokumentieren, war der Ausgangspunkt für das Unternehmen Mobiworx aus Raubling das auf die Kundenbedürfnisse klar ausgerichtete Internet-basierende Telematiksystem Mobidat zu entwickeln.

Mobidat fragt automatisch die Fahrzeug- und Gerätedaten ab und kombiniert diese mit Orts- und Zeitkoordinaten. Gefahrene Strecken oder Routen werden auf einer digitalen Karte visualisiert. Diese Daten sind „just in time“

verfügbar. Das mobile fahrzeugseitige Endgerät schickt die Daten via Internet zur Weiterverarbeitung direkt an die Systeme in den Betrieben. Kundenspezifisch entwickelte Auswertungen über den kompletten Einsatz stehen per Knopfdruck sofort zur Verfügung – wie etwa Daten zur Auslastung, des Fahr- und Fahrerhaltens, der Verteilung oder des Verbrauchs. So können beispielsweise die Einsätze von Fuhrunternehmen genau und transparent abgerechnet werden. Das Schreiben von Einsatzberichten und die elektronische Erfassung durch das Personal entfallen komplett.

Mehrere Baustellen gleichzeitig im Blick

Ein weiterer Pluspunkt: Sind mehrere Baustellen gleichzeitig parallel aktiv, so kann der Baustellenleiter Informationen über den Verkehrsfluss und dessen Tendenz genauso zuverlässig erhalten wie die aktuellen Positionen der Baustellenfahrzeuge. Außerdem können die Daten der Baustelle und Verkehrsinfos für andere Dienste bereitgestellt werden.



Das Telematiksystem Mobidat.

„Fahrradfreundliche Kommunen in Bayern“

Gründungsinitiative der Arbeitsgemeinschaft

Im Rahmen des Nationalen Radverkehrskongresses in Nürnberg hat sich die Gründungsinitiative für eine neue Arbeitsgemeinschaft „Fahrradfreundliche Kommunen in Bayern“ vorgestellt: „Wir freuen uns sehr, dass der Freistaat Bayern diese wichtige Initiative von 15 bayerischen Städten und Landkreisen ideell und finanziell unterstützt. Damit setzt Bayern ein wichtiges Zeichen für eine stadterträgliche Mobilität und den Klimaschutz in unseren Kommunen“, sagte Oberbürgermeister Dr. Siegfried Balleis, Erlangen, als Vorstandmitglied des Bayerischen Städtetags und als Sprecher der Gründungsinitiative.

Die Initiatoren sehen die neue Arbeitsgemeinschaft als einen Meilenstein zu einer neuen Fahrradkultur in Bayern. Beim Radverkehr müssen unterschiedliche Akteure zusammenwirken, hierzu braucht es gemeindeübergreifende Konzepte. Die neue Arbeitsgemeinschaft unter Schirmherrschaft des bayerischen Innenministers will den Radverkehr als wichtiges Element der Nahmobilität durch engagierte Kommunikation und gemeinsame Werbekampagnen fördern. Radfahren ist neben dem zu Fuß gehen die ökologisch sinnvollste Art der Fortbewegung. Es ist sparsam im Flächenverbrauch, verursacht keine Lärm- und Schadstoffemissionen und trägt damit zur Reduzierung von Kohlendioxid bei.

Im Rahmen dieser Ziele will die Arbeitsgemeinschaft vor allem

gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit mit dem Freistaat Bayern und anderen Verbänden durchführen, Projekte mit vorbildlichen Praxisbeispielen entwickeln und die kommunalen Radverkehrsaktivitäten vernetzen. Gründungsmitglieder sind die Städte Bayreuth, Coburg, Eggenfelden, Erlangen, Nürnberg, Regensburg, Straubing sowie der Landkreis Coburg. Die Initiative soll künftig als eingetragener Verein auftreten. Die Gründungsinitiative der Arbeitsgemeinschaft ist unter Federführung des Bayerischen Städtetags entstanden. Die Geschäftsführung wird die Stadt Erlangen übernehmen. Kooperationspartner sind der Bayerische Gemeindetag und der Bayerische Landkreistag.

Bessere Reisekostenerstattung für Feuerwehrführungskräfte

Für die bayerischen Feuerwehreneinheiten wird es in Sachen Reisekostenerstattung wichtige Verbesserungen geben. Innenminister Joachim Herrmann: „Künftig soll die Reisekostenerstattung auch für Fahrten schon ab der Wohnung gewährt werden. Damit erfüllen wir ein wichtiges Anliegen des Landesfeuerwehverbandes Bayern.“

Bereits mit Wirkung ab 1. August 2011 werde der Innenminister die Ausführungsverordnung zum Bayerischen Feuerwehrgesetz entsprechend ändern. „Diejenigen,

die sich ehrenamtlich für die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger einsetzen, dürfen keine finanziellen Nachteile erleiden.“

Seit einer Änderung des bayerischen Reisekostengesetzes im Jahr 2010 konnten Feuerwehrführungskräfte die Reisekosten nur noch für Fahrten ab dem Landratsamt oder ab dem Feuerwehrgerätehaus gezahlt werden. Dies konnte zu finanziellen Nachteilen führen, wenn die Feuerwehrführungskräfte zum Beispiel von zu Hause zu einem Einsatz führen.

PLANEN
ERFASSEN
ÜBERMITTELN
AUSWERTEN

STARTEN SIE DURCH MIT EFFIZIENTER DATENERFASSUNG.

Profitieren Sie von der nutzbringenden Internetanwendung. Erstellen Sie verständliche Analysen und Tourenverfolgungen auf Knopfdruck.

Merkmale von MOBIDAT®:

- Störungsfreier Dauerbetrieb
- Einfachste Anwendung
- Kundenspezifische Auswertung
- Weiterverarbeitung der Daten
- Erfassung sämtlicher Anbaugeräte
- Günstige Datenübermittlung

Telefon: 0 80 35/96 463 - 0
www.mobiworx.de

Mercedes-Benz-Unimog:

Neuer U 20 mit Kriechganggetriebe

Unimog stellte auf der demopark sein umfangreiches Kommunalfahrzeuge-Modellprogramm vor

Platz- und Landschaftspflege, Arbeiten auf Grünanlagen, der Wegebau sowie Dienstleistungen verschiedener Art waren als Ausstellungsschwerpunkte ideal für das Einsatzspektrum der Mercedes-Benz Unimog U 20, U 300/U 400/U 500 sowie U 4000/U 5000. Insgesamt 25 Unimog konnten die Besucher auf dem rund 3500 qm großen Mercedes-Benz-Messestand erleben, eine große Zahl davon im Rahmen von Vorführungen auch im Einsatz. Hier ging es um die praxisnahe Demonstration von Professionalität und Vielseitigkeit der Unimog-Baureihen. Neben technischen Neuerungen an den Fahrzeugen präsentierte Mercedes-Benz mit Fahrzeugen und Geräten beispielhaft vier Einsatzschwerpunkte: Grünarbeiten, insbesondere das Mähen von Straßenbegleitgrün, Kehren und Reinigen mit dem Unimog, Transport über Wechselsysteme (Hakengerät und Absetzkipper) sowie Fahrzeugeinsatz bei der Biomasse-Erzeugung.

Hochentwickelte Geräte gehören zum Unimog-Konzept

Das Mähen des Straßenbegleitgrüns zeigten exemplarisch ein Unimog U 400 mit Auslegermähergerät von Dücker sowie ein Unimog U 500 mit dem Triomäher von Mulag. Ein Beispiel für den Unimog U 20 als Kehrfahrzeug stellte die Kombination mit der Aufbaukehrmaschine von Trilety dar. Sie und die anderen Exponate auf dem Stand von Mercedes-Benz machten deutlich: Das Universal-Motorgerät (Unimog) entfaltet mit den auf sein Fahrzeugkonzept abgestimmten Geräten seine volle Kompetenz. Zertifizierte Gerätehersteller haben daran in enger Zusammenarbeit mit Mercedes-Benz einen großen Anteil. Die Exponate auf der Fachmesse belegten die Vielfalt: Streuautomat, Schneeflug und Fräschleuder, Plattenverdichter, Hubarbeitsbühne, Kanalreinigungsgeschäft, Holzhackler, Krane und Seilwinden bereichern den Unimog-Stand.

Hohe Transportleistung auf Feld und Autobahn

Ein wahrhaft imposantes Bild gab der Unimog U 500 vor einem dreiachsigen landwirtschaftlichen Anhänger ab. Hier werden hohe

Transportleistungen vom Feld über Landstraße und Autobahn demonstriert. Dies spielt eine immer größere Rolle in der Agrologistik, weil hier ständig wachsende Distanzen zurückzulegen sind - auch zum Transport von Biomasse, wie auf der Messe gezeigt.

Zwei technische Weiterentwicklungen hat der kompakte Geräteträger Unimog U 20 erfahren: Er wird jetzt wie die größeren Unimog U 300/U 400/U 500 auf Wunsch mit einer achtgängigen Kriechganggruppe ausgerüstet. Damit verfügt er über eine optimale Geschwindigkeitsabstimmung zum Schneefräsen oder für Arbeiten mit dem Plattenverdichter. Außerdem steht eine größere Motorisierung zur Verfügung. Neben dem Motor mit 110 kW (150 PS) gibt es nun auch ein Aggregat mit 130 kW (177 PS). Für den Unimog U 500 sind in Erweiterung des Angebotes Hochstollenreifen lieferbar (495/70R24), die weniger Bodendruck ausüben und die Traktion abseits der Straße verbessern. Es handelt sich um die größtmöglichen Reifen mit Schnellläufereigenschaften.

Schwerpunkt Sicherheit

Unimog-Fahrzeuge sind in einem umfassenden Konzept konsequent auf Sicherheit ausgerichtet. Das vermittelte der Safety-Unimog. Optimale Rundumsicht aus dem Freisichtfahrershaus des Unimog U 300/U 400/U 500, die freie Sicht in alle Richtungen dank insgesamt fünf Spiegeln, ideale Sitzposition des Fahrers, um sowohl Kreuzungen einzusehen wie auch vorn montierte Geräte im Blick zu haben, tragen zur Entlastung des Fahrers bei. Serienmäßig ABS: Ein Bremssystem mit 4-Kanal-ABS sowie der automatisch-lastabhängigen Bremse (ALB) zur Regelung der Bremskraftverteilung zwischen Vorder- und Hinterachse sorgen für Fahrsicherheit. Und auch der Komfort stimmt: Der Unimog unterschreitet die gesetzlichen Vibrationsgrenzwerte beim Mähen und im Winterdienst, ein wichtiger Aspekt der Fahrerentlastung. Dank kurzem Vorbaumaß können die meisten Frontgeräte ohne zusätzliche Maßnahmen mitgeführt werden, und die günstige Achslastverteilung sorgt für ein spurtreues Lenkverhalten auch bei schlechten Fahrbahnverhältnissen.



Unimog: Vielfältigste Einsatzmöglichkeiten auf der Demopark. □

sen. Komfortsitze mit 3-Punkt-Gurten und integrierte Kopfstützen garantieren in der nach ECE R29 geprüften Kabine einen In-sassenschutz auf Lkw-Niveau.

Hohe Wirtschaftlichkeit auf Transportstrecken

Nicht nur in technischer Hinsicht bewährt sich der Unimog als Transportfahrzeug. In der Wirtschaftlichkeit kann er sich ebenfalls sehen lassen, wie ein unabhängiger Test der Landwirtschaftskammer Niedersachsen er-

geben hat. Dabei erreichte ein Unimog U 500 mit dreiaxsigem Anhänger (Zuggesamtgewicht 39 Tonnen) bei voller Auslastung einen optimalen Verbrauchswert und das sowohl bei der Fahrt über Bundesstraßen wie auch auf der Autobahn, für die der Unimog bekanntlich uneingeschränkt tauglich ist. Das in der Agrologistik wichtige Befahren von Feldern erleichtert beim Unimog die auf Wunsch lieferbare Reifendruckregelanlage, was in dem Test ebenfalls positiv vermerkt wurde. □

Für Feuerwehren soll mehr Geld fließen

Landtag mahnt Hilfen für Feuerwehrensolen an

Die bayerischen Feuerwehren rascher aus der Feuerschutzsteuer zur Bewältigung der diesbezüglichen kommunalen Aufgaben zu bedienen, ist im Landtag einstimmiger Wunsch aller Fraktionen. Zwar lehnten CSU und FDP im Kommunalausschuss drei SPD-Anträge ab, Ausgabereste von 35,5 Mio. Euro nicht länger zu „bunkern“, sondern gezielt für Personal und Sachaufgaben in die drei staatlichen Feuerwehrensolen in Würzburg, Regensburg, und Geretsried fließen zu lassen, in der Tendenz jedoch herrschte Übereinstimmung.

An den Feuerwehrensolen fehle Personal und Geld, kritisierte Helga Schmitt-Bussinger (SPD). Die Ausgabereste seien dringend notwendig, um mehr Personal und Ausbau der Lehrgänge zu finanzieren.

Susanna Tausendfreund (Grüne) pflichtete dem bei. Das Angebot entspreche bei weitem nicht dem Bedarf. Auch Dr. Andreas Fischer (FDP) warnte davor, bei der Feuerwehr zu sparen.

Defizite

Für das Innenministerium wies Feuerschutzreferent Wolf-Dieter Remmele den Vorwurf des „Bunkerns“ zurück, räumte aber Defizite ein. Das liege auch daran, dass die Kommunen weniger investiert hätten, also staatliche Mittel liegen geblieben seien. Er bezog sich auf eine zur Ausschuss-sitzung veröffentlichte Erklärung von Innenminister Joa-

chim Herrmann. Demnach werde das Personal an den Feuerwehrensolen jetzt um 15 auf insgesamt 148 Stellen aufgestockt; zwölf davon zur Verstärkung des Lehrpersonals, drei zu ihrer Entlastung und als Haustechniker. Im Nachtragshaushalt 2012 will der Minister weitere 25 Stellen fördern. Es gehe insbesondere um die Ausbildung im Katastrophenschutz und Digitalfunk. Auch beim Einkommen solle es Verbesserungen für die Lehrkräfte geben.

Verlässlicher Partner

Bayern sei ein verlässlicher Partner seiner Feuerwehren. In den vergangenen zehn Jahren habe der Freistaat über 140 Mio. Euro in die Ausbildung investiert. „Das kommt unseren rund 325.000 freiwilligen Feuerwehrleuten in mehr als 7.700 freiwilligen Feuerwehren unmittelbar zugute.“ **rm**

Omnibus-Weltpremiere :

Der neue Mercedes-Benz Citaro ist da

Erfolgreichster Linienbus aller Zeiten bekommt einen Nachfolger

Über 31.000 verkaufte Exemplare in 13 Produktionsjahren machen den Mercedes-Benz Citaro zum erfolgreichsten Linienbus aller Zeiten. Nun startete diese Erfolgsgeschichte in die nächste Runde: Zum ersten Mal wurde der komplett neu entwickelte Mercedes-Benz Citaro Linienbus im Mannheimer Buswerk vorgestellt. Die Enthüllung und Präsentation des neuen Citaro übernahmen Andreas Renschler, im Vorstand der Daimler AG verantwortlich für Daimler Trucks und Daimler Buses, und Hartmut Schick, Leiter Daimler Buses.

„Mit dem neuen Mercedes-Benz Citaro Stadtbus gestalten wir die Zukunft des öffentlichen Nahverkehrs entscheidend mit und stellen wieder unter Beweis, dass Daimler die größte Kompetenz im Busgeschäft hat“, sagte Andreas Renschler bei der Veranstaltung in Mannheim. „Der neue Citaro setzt kompromisslos auf Wirtschaftlichkeit, Komfort und Sicherheit und zeigt sich in einem Design, das jedes Stadtbild verschönert.“

Helle Farben

Das Design des Citaro macht es deutlich: Es handelt sich um eine grundlegende Neuentwicklung von den Scheinwerfern bis zu den Rückleuchten. Augenfällig ist vor allem das neue „Gesicht“ des Citaro mit großen, mandelförmigen Scheinwerfern und dem runder gestalteten Vorbau. Den Innenraum machen hellere Farben und eine ruhige Deckengestaltung noch einladender, während der Fahrer in einem neuen, höher gelegten Cockpit Platz nimmt. Die Instrumentenanlage ist deutlich infor-

mativer und ergonomisch optimiert.

Maßstäbe setzt das Sicherheitskonzept des neuen Mercedes-Benz Citaro. Erstmals ist für den Stadtlinienbus das Elektronische Stabilitätsprogramm ESP verfügbar. Einmalig sind auch ein Front-Aufprallschutz sowie die nochmals steifere Gerippestruktur.

Umweltfreundlich

Beim Thema Wirtschaftlichkeit und Umweltfreundlichkeit setzt der neue Citaro auf bewährte Technologie: Von seinem Vorgänger übernimmt der Citaro die sparsamen und umweltschonenden Motoren mit BlueTec-Dieselselbsttechnologie in den Abgasstufen Euro V und EEV.

Hartmut Schick, Leiter Daimler Buses: „Im neuen Citaro steckt nicht nur modernste Spitzentechnologie, sondern auch viel Herzblut und Leidenschaft. Ich bin davon überzeugt, dass der neue Citaro die Erfolgsgeschichte seines Vorgängers übertrifft und wieder Maßstäbe setzen wird.“ □



Der Unimog verfügt bekanntlich über viele Einsatzmöglichkeiten. Hier erweist er sich als sehr geeignet für die Verwendung als vollwertiges Hochzeitsauto. □

Der Unimog. Einer für alles.

Mehr Wirtschaftlichkeit im Ganzjahreseinsatz.

Ob mähen, räumen, streuen, fräsen, reinigen oder transportieren, ob im Sommer oder im Winter: Der Mercedes-Benz Unimog ist 365 Tage im Jahr flexibel einsetzbar. Mit bis zu vier An- und Aufbauräumen und Schnellwechselsystem sind Anbaugeräte schnell und einfach ausgetauscht. Dabei ist der Unimog äußerst verbrauchsgünstig unterwegs. Informieren Sie sich jetzt bei Ihrem Unimog Partner oder unter: www.mercedes-benz.de/unimog



Mercedes-Benz
Trucks you can trust





Bei der Überreichung des Positionspapiers (v. l.): Heinz Vietze (Rosa-Luxemburg-Stiftung), Ralf Fücks (Heinrich-Böll-Stiftung), Innenminister Hans-Peter Friedrich, Hans-Gert Pöttering (Konrad-Adenauer-Stiftung), Peter Struck (Friedrich-Ebert-Stiftung), Hans Zehetmair (Hanns-Seidel-Stiftung) und Rolf Berndt (Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit). Foto: BMI

Die Bildungsarbeit der politischen Stiftungen

Die Vorsitzenden der Politischen Stiftungen (Hanns-Seidel-Stiftung, Konrad-Adenauer-Stiftung, Friedrich-Ebert-Stiftung, Friedrich Naumann Stiftung für die Freiheit, Heinrich-Böll-Stiftung, Rosa-Luxemburg-Stiftung) haben dem für die politische Bildung verantwortlichen Bundesinnenminister Dr. Hans-Peter Friedrich in Berlin jüngst ein Positionspapier zur politischen Bildung überreicht.

Aufgrund ihrer besonderen Verantwortung, durch politische Bildung einen Beitrag zur Stärkung und Weiterentwicklung der Demokratie in Deutschland zu leisten, haben die Vorsitzenden in einer gemeinsamen Erklärung eine aktuelle Standortbestimmung zu Zielen, Aufgaben und Grundsätzen der politischen Bildung vorgenommen.

Demokratie ist die einzig freiheitliche Staatsform, sie ist damit aber auch eine anspruchsvolle

Staatsform. Aus diesem Grunde muss sie von jeder Generation neu erlernt und eingeübt werden. Der offensichtliche Vertrauensverlust in die Politik und ihre Institutionen geht einher mit einem abnehmenden Kenntnisstand vieler Menschen über die Funktionsweise eines demokratischen Systems. Beides gefährdet auf Dauer die notwendige Teilhabe und verantwortliche politische Mitgestaltung des Gemeinwesens durch die Bürgerinnen und Bür-

ger. Politische Beteiligung setzt also politische Bildung voraus.

Nachhaltige Strategie

Politische Bildung muss nachhaltig angelegt sein. Aus einem historischen Bewusstsein heraus soll sie zur Zukunftsgestaltung motivieren und sich der aktuellen Themenfelder annehmen. Um gerade auch junge Menschen für Politik zu motivieren, nimmt sie die Entwicklungen in der digitalen Welt auf und modernisiert sich dabei stetig. Ziel der Bildungsarbeit der politischen Stif-

tungen ist es, den Bürgerinnen und Bürgern basierend auf den politischen Strömungen in Deutschland Werte und Orientierungsrahmen anzubieten, Grundlagenwissen über politische Themen, über Entscheidungsverläufe aber auch politisches Rüstzeug zu vermitteln und sie vor allem zur Übernahme von gesellschaftspolitischer Verantwortung zu befähigen und zu ermutigen.

Demokratiebildung

Dabei gehen die politischen Stiftungen von einem umfassenden Bildungsbegriff aus: Die berufliche Aus- und Weiterbildung und die politische Bildung sind seitens des Staates gleichermaßen zu fördern. Denn eine Demokratie braucht politisch gebildete Bürgerinnen und Bürger. □

Neuer Leitfaden Rechnungsprüfung:

„Vom Haushaltsansatz zur örtlichen Rechnungsprüfung“

Die gesamte Bandbreite „vom Haushaltsansatz zur örtlichen Rechnungsprüfung“ deckt der Leitfaden Rechnungsprüfung ab, der jüngst als Band 4 der Kommunalpolitischen Leitfäden bei der Hanns-Seidel-Stiftung erschienen ist. Die Handreichung für Kommunalpolitiker, hauptberufliche Rechnungsprüfer in der Verwaltung, Architekten und auch den interessierten Bürger gibt auf 224 Seiten einen profunden Einblick in die Materie.

Ausführlich werden die kommunalrechtlichen Vorgaben, die Auftragsvergabe, die Bauausgaben der Gemeinde und die praktische Durchführung der örtlichen Rechnungsprüfung beleuchtet.

Rechtsgrundlagen

Die wichtigsten einschlägigen Rechtsgrundlagen sind in einem weiteren Teil abgebildet. Die Hanns-Seidel-Stiftung, die im Rahmen der Politischen Bildung auch einschlägige Seminare anbietet, konnte für diesen Leitfaden Autoren des Bayerischen Kommunalen Prüfungsverbandes sowie der Fachhochschule für Öffentliche Verwaltung und Rechtspflege gewinnen.

Der vorliegende Leitfaden entstand inhaltlich im engen Zusammenwirken von Juristen und Technikern.

Kostenfreie Bestellung

Der Band 4 Rechnungsprüfung steht in einer Reihe mit den bisherigen Bänden Rechtliche Grundlagen kommunaler Selbstverwaltung, Öffentliches Baurecht in der Gemeinde und Grundlagen kommunaler Haushaltsführung.

Alle Bände können kostenfrei bei der Hanns-Seidel-Stiftung, Referat PRÖ, Lazarettstr. 33, 80636 München angefordert werden, am schnellsten per Onlinebestellung unter <http://www.hsss.de/publikationen.html> □

Bürgermeisterunterschrift ohne Dienstsiegel

Als es um den Abschluß eines bedeutsamen Mietvertrages ging, leistete der Bürgermeister für die Gemeinde als Mieter die Unterschrift. Er war der gesetzliche Vertreter der Gemeinde. Damit war ihm – unabhängig davon, ob es im Innenverhältnis an der erforderlichen Beschlussfassung des Gemeinderates fehlte oder sich der Bürgermeister über diese sogar hinwegsetzte – im Außenverhältnis die alleinige, umfassende, unbeschränkte und nicht beschränkbare Vertretungsmacht für die Gemeinde eingeräumt. Dem gemäß wurde die Gemeinde bei Abschluß des Mietvertrages wirksam durch ihren Bürgermeister vertreten.

Jedoch war der Unterschrift des Bürgermeisters nicht ein Abdruck des Dienstsiegels beigelegt worden, was unschädlich war. Zwar hätte an und für sich der Mietvertrag nicht nur durch den Bürgermeister unter Befügung seiner Amtsbezeichnung unterzeichnet werden müssen, sondern der Unterschrift hätte auch das Dienstsiegel beigelegt werden müssen, denn bei der auf Abschluß des Mietvertrages gerichteten, die Gemeinde verpflichtenden Erklärung handelte es sich nicht lediglich um ein Geschäft der laufenden Verwaltung. Darunter fallen Geschäfte, die in mehr oder weniger regelmäßiger Wiederkehr vorkommen und zugleich nach Größe, Umfang der Verwaltungstätigkeit und Finanzkraft der beteiligten Gemeinde von sachlich weniger erheblicher Bedeutung sind. Diese Voraussetzungen lagen bei dem Mietvertrag, der die Gemeinde für die Dauer von

zehn Jahren als Mieter band und als finanzielle Verpflichtungen in einer erheblichen Größenordnung nach sich zog, nicht vor.

Vertretungsmacht

Das bloße Fehlen des Dienstsiegels war jedoch im Ergebnis unschädlich. Nach der ständigen Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes können die Formvorschriften der Gemeindeordnungen, die die Vertreter der Gemeinden beim Abschluß von Verträgen, insbesondere bei der Abgabe von Verpflichtungserklärungen beachten müssen, mangels Zuständigkeit des Landesgesetzgebers nicht als bürgerlich-rechtliche Vorschriften über die Form von Rechtsvorschriften angesehen werden. Vielmehr handelt es sich um materielle Vorschriften über die Beschränkung der Vertretungsmacht, die dem Schutz der öffentlich-rechtlichen Körperschaften und ihrer Mitglieder vor den Folgen unbeachteter und übereilt abgegebener Verpflichtungserklärungen dienen.

Die Landesgesetzgeber machen insoweit von ihrer Befugnis Gebrauch, die dem öffentlichen Recht zugehörige Organisation der Gemeinde zu regeln und dabei zu bestimmen, in welcher Weise sie durch ihre Organe vertreten wird. Ist das Formerfordernis gewahrt, entfällt für den anderen Vertragsteil die Nachprüfung, ob das Handeln des Bürgermeisters im Innenverhältnis durch einen entsprechenden Beschluß des Gemeinderats gedeckt ist. Vielmehr bindet die Verpflichtungserklärung des Bürgermeisters in diesem Fall auch dann, wenn er sich über Beschlüsse des Gemeinderats hinwegsetzt oder gar davon absieht, ihn in einer dafür vorgesehenen Angelegenheit zu beteiligen.

Nur ganz ausnahmsweise kann sich der Vertragspartner einer Gemeinde darauf berufen, der Einwand der Unwirksamkeit der Verpflichtungserklärung we-

Kostenerstattungsanspruch:

Hinzuziehung eines Rechtsanwalts

Als für das Bauvorhaben einer Gemeinde eine Baugenehmigung erteilt wurde, war die Nachbargemeinde nicht einverstanden. Sie wollte Widerspruch einlegen und beauftragte einen Rechtsanwalt mit der Wahrnehmung ihrer Interessen in diesem Verfahren. Dadurch entstanden der betroffenen Gemeinde Rechtsanwaltskosten, die sie dann später gegenüber der Genehmigungsbehörde geltend machte, als die im Widerspruchsverfahren Erfolg hatte.

Die betroffene Gemeinde bezieht sich dafür auf § 162 Verwaltungsgerichtsordnung. Danach sind die Kosten für die Zuziehung eines Bevollmächtigten im Vorverfahren nicht generell erstattungsfähig, sondern nur dann, wenn sie das Gericht für notwendig erklärt. Von einer Notwendigkeit ist dann auszugehen, wenn die Zustimmung eines Bevollmächtigten vom Standpunkt einer verständigen, nicht rechtskundigen Partei als erforderlich und nicht willkürlich erscheint. Dieser gedankliche Ausgangspunkt führt dazu, dass die Notwendigkeit der Hinzuziehung eines Bevollmächtigten im Vorverfahren durch den von einem belastenden Verwaltungsakt betroffenen Bürger im Regelfall bejaht wird. Im umgekehrten

Fall der Hinzuziehung eines Rechtsanwalts durch eine Behörde im Widerspruchsverfahren wird dagegen eine Notwendigkeit regelmäßig nicht gegeben sein.

Waffengleichheit

Nach dem Beschluß des Oberverwaltungsgerichts Rheinland-Pfalz vom 21.1. diesen Jahres (1E 11379/10) finden diese Grundsätze aber dann keine Anwendung, wenn eine Gemeinde gegen eine von der Kreisverwaltung erteilte Baugenehmigung vorgehen will und dazu nicht in der Lage ist. Dies ist der Fall, wenn die Gemeinde nicht auf geschulte und erfahrene Mitarbeiter zurückgreifen kann, während dies der mit Sachverstand ausgestatteten Baugenehmigungsbehörde möglich ist. Ohne die Zuziehung eines Rechtsanwalts ist dann eine Waffengleichheit zwischen der Gemeinde und der Bauaufsichtsbehörde nicht gewährleistet. In einem derartigen Fall ist es weder überflüssig noch willkürlich, sondern zweckmäßig, wenn im Widerspruchsverfahren auf die Hilfe eines Rechtsanwalts zurückgegriffen wird. Dr. Otto

Aufwandsentschädigung:

Kein Anspruch ohne Sitzungsteilnahme

Eine Aufwandsentschädigung wird den Ratsmitgliedern in pauschaler Form gewährt. Hierdurch soll ohne Vorlage eines Nachweises im Einzelfall der gesamte finanzielle Aufwand abgegolten werden, der mit der Tätigkeit eines Ratsmitgliedes verbunden ist. Wenn die Gemeindeordnung keine weiteren Regelungen vornimmt, ergibt sich die Frage, ob der Anspruch dann ausgeschlossen ist, wenn ein Ratsmitglied aus eigenem Entschluß keine Mandatsfähigkeit mehr ausübt.

Insoweit ist davon auszugehen, dass die Aufwandsentschädigung nach allgemeinem Sprachverständnis voraussetzt, dass dem Berechtigten ein Aufwand entstanden sein muß. Es geht um einen Ausgleich für Kosten, deren tatsächlicher Anfall vermutet wird.

Daß die bei der Mandatsausübung anfallenden Kosten, die durch die pauschale Aufwandsentschädigung kompensiert werden sollen, nur vermutet werden, gilt auch für Auslagen, die bei Ausübung des Ratsmandats entstehen.

Regelung der Fraktionsmindeststärke

Da eine in einem Kreistag vertretene Partei nicht damit einverstanden war, dass die Fraktionsmindeststärke neu geregelt und die Ausschußgrößen neu festgelegt worden war, ging die Fraktion dagegen im Wege der Klage vor. Sie wollte es nicht akzeptieren, dass die vier Kreistagsmitglieder einer Partei wegen der neu festgelegten Mindestgrößen keine Fraktion bilden konnten und auch in keinem Ausschuß des Kreistages vertreten waren.

Nach dem Urteil des Oberverwaltungsgerichts Bautzen vom 29.9.2010 – 4 C 8/09 – waren bei der Festlegung der Fraktionsmindeststärke auf sechs Kreisräte die verfassungsrechtlichen Schranken gewahrt. Zweck einer jeden Fraktionsbildung ist es nämlich, zur Effektivierung der Kreistags- und Stärkung der

Die Freiheit des Mandats gewährleistet nicht eine Freiheit von Pflichten, sondern lediglich die Freiheit in der inhaltlichen Wahrnehmung dieser Pflichten. Nicht das „Ob“, sondern das „Wie“ der Repräsentation steht im Ermessen der Ratsmitglieder. Ist daher das „Ob“ der Mandatsausübung zu verneinen, steht der Grundsatz des freien Mandats der Verweigerung der Aufwandsentschädigung nicht entgegen.

Zu diesem Ergebnis ist das Verwaltungsgericht Düsseldorf im Urteil vom 29.10.2010 – 1 K 8272/09 – gekommen. -tt-

Gremienarbeit den politischen Willen zu bilden und zu lenken. Diese Aufgabe wird umso schwieriger, je größer der Kreistag ist. Da die politischen Entscheidungsabläufe gesteuert und gestrafft werden müssen, sind ausreichend starke Fraktionen notwendig.

Hinsichtlich der Ausschüsse ist das Gericht der Meinung, die Funktion der Ausschüsse liege darin, den Kreistag von weniger wichtigen Angelegenheiten zu entlasten und dessen Entscheidungen vorzubereiten.

Zulässigerweise soll mit einer relativ geringen Zahl von Ausschussmitgliedern eine effektive Arbeit der Ausschüsse ermöglicht werden. Es ist nicht erforderlich, dass sämtliche Fraktionen und Gruppen in den Ausschüssen mitwirken können.

Dr. Otto

+++ NEUERSCHEINUNG! +++

Kommunalpolitische Leitfäden der Hanns-Seidel-Stiftung

Band 4 Rechnungsprüfung: Vom Haushaltsansatz zur örtlichen Rechnungsprüfung

Jetzt bestellen:
www.hsss.de/publikationen.html

Hanns-Seidel-Stiftung
Lazarettstraße 33
80636 München

Bereits erschienen:

- ▶ Rechtliche Grundlagen kommunaler Selbstverwaltung (Band 1)
- ▶ Öffentliches Recht in der Gemeinde (Band 2)
- ▶ Grundlagen kommunaler Haushaltsführung (Band 3)



CSU-Familiientag am Dreifrankenstein

„Bayern ist das sicherste aller Bundesländer, nur den Ganoven geht es in Bayern schlechter, als im übrigen Deutschland“, so der Bayerische Staatsminister des Innern, Joachim Herrmann, in diesem Jahr Gastgeber des Drei-Franken-Treffens der CSU am Dreifrankenstein inmitten der Flur am Schnittpunkt der drei fränkischen Regierungsbezirke in der Nähe von Burghaslach. Im Steigerwald treffen sich bereits zum elften Mal die CSU-Bezirksverbände Ober-, Mittel- und Unterfranken an Christi Himmelfahrt zum Wandern oder Rad fahren, zum Politisieren und Gedankenaustausch, aber auch zum Musizieren und Singen.

Nach den Worten des mittelfränkischen CSU-Bezirksvorsitzenden steht Bayern nicht nur für Sicherheit und Freiheit, im Freistaat lasse es sich mit niedrigster Arbeitslosigkeit und hohem Wirtschaftswachstum auch ausgesprochen gut leben. „Das haben die fleißigen Menschen hart erarbeitet, zeigt aber auch,

dass die politischen Führungen in Deutschland und Bayern die Weichen richtig gestellt haben“.

Christliche Traditionen

Nach den geistlichen Worten zur Bedeutung des Feiertages Christi Himmelfahrt betonte Joachim Herrmann, dass CDU und



Am Dreifrankenstein, von links: Bundesminister a.D. Michael Glos, Bundesminister Dr. Hans-Peter Friedrich, MdB Thomas Silberhorn, Staatsminister Joachim Herrmann, MdL Heinrich Rudrof und MdL Hans Herold. PM

CSU inzwischen die einzigen Parteien in Deutschland seien, welche sich nicht nur der christlichen Traditionen besinnen und in diesem Sinne auch verantwortlich die Zukunft gestalten, sondern auch am Religionsunterricht an staatlichen Schulen, Kreuzfixen in den Klassenzimmern und Kirchensteuern ebenso festhielten, wie am Schutz der Sonn- und Feiertage gegen massive Kommerzialisierungsversuche.

Historische Anekdoten

Der unterfränkische Bezirksvorsitzende, Bundesminister a.D. Michael Glos, brachte mit einer launigen Rede und historischen Anekdoten zur Geschichte Frankens die fast 500 Gäste zum Schmunzeln. Er erinnerte daran, dass sich Franken durchaus sehen lassen könne und rief dazu auf, zusammenzuhalten und die Heimat nicht zu vernachlässigen.

Mit großem Dank bedacht wurde Michael Glos nicht nur für die Initiative zum Drei-Franken-Treffen, sondern auch für seine großartigen jahrzehntelangen Leistungen für die gemeinsame Heimat, für Bayern und Deutschland. Joachim Herrmann: „Wir lassen uns das auch dank Michael Glos Erreichte nicht kaputtmachen, weder durch schlampiges Wirtschaften in anderen EU-Ländern zum Nachteil des Euro, noch durch einen einseitigen Länderfinanzausgleich, der dringend reformiert gehört“.

Zuspruch vor Ort

Direkt vom evangelischen Kirchentag in Dresden kommend meinte der designierte Be-

zirksvorsitzende der oberfränkischen CSU, Bundesminister Dr. Hans-Peter Friedrich: „Die Kommunisten haben es nicht geschafft, die christliche Religion platt zu machen“. Der tolle Zuspruch vor Ort zeige, dass auch in den neuen Ländern christliche Werte einen hohen Stellenwert hätten.

Friedrich rief die Mitbürgerinnen und Mitbürger dazu auf, sich wieder mehr in der Politik zu engagieren: „Es geht um die Gestaltung der Zukunft mit klarem Kurs und Profil“. Mehr als früher müssten Vor- und Nachteile von Entscheidungen aufgezeigt, Zusammenhänge erläutert und mit den Menschen diskutiert werden: „Die CSU ist die größte politische Bürgerinitiative in Bayern und Garant dafür, Bayern und Deutschland in eine gute Zukunft zu führen.“

Intensiver Gedankenaustausch

Unter organisatorischer Federführung der Burghaslacher CSU mit ihrem Vorsitzenden und 2. Bürgermeister Hans-Peter Rost an der Spitze, gab es beim Drei-Franken-Treffen auch diesmal wieder Stoff genug für intensiven Gedankenaustausch, zum Beispiel mit der Europaabgeordneten Dr. Anja Weisgerber, den Bundestagsabgeordneten Stefan Müller, Marlene Mortler und Thomas Silberhorn, dem Ehrenvorsitzenden der mittelfränkischen CSU, Bundesminister a.D. Carl-Dieter Spranger, mit Hans Herold als gastgebendem Kreisvorsitzenden und vielen weiteren Landtagsabgeordneten und Kommunalpolitikern. Das Lied der Franken dürfte traditionell nicht fehlen, mit Elan intoniert von der Drei-Franken-Kapelle unter Leitung von Norbert Folk. PM

Natur und Kultur per Rad erleben

Neue Radwanderkarte für das Bamberger Land erschienen

Das Bamberger Land hat sich in den vergangenen Jahren als attraktive Radregion fest etabliert und der anhaltende Boom im Fahrradtourismus zeigt sich in den vielen Radtouristen. Um auch künftig mit qualitativ hochwertigen Angeboten für Einheimische und Gäste punkten zu können, wurde in Zusammenarbeit mit dem Appelt Verlag aus Gundelsheim eine neue Radwegkarte für die Region Bamberg herausgegeben.

Die Übersichtskarte im Maßstab 1:75.000 enthält 24 Fernradwege und überregionale Themenrouten sowie sechs lokale Radrundtouren, die es ermöglichen, verschiedene Fahrstrecken zu wählen oder sie miteinander zu kombinieren. Die Anforderungen reichen dabei von leichteren Touren in den Flusstälern bis hin zu schwierigeren Bergstapen auf dem Frankenjura, im Steigerwald und in den Hassbergen. Die neue Radwanderkarte enthält zudem Informationen über wichtige Sehenswürdigkeiten und touristische Anziehungspunkte der Region sowie zu Fahrradserviceeinrichtungen.

Überarbeitung des Routennetzes

Die neue Radwegkarte ist das Ergebnis einer qualitätsorientierten Überarbeitung des gesamten touristischen Routennetzes in der Region Bamberg, die im Rahmen eines radtouristischen Entwicklungs- und Vermarktungskonzeptes vorgenommen wurde. Nun stehen den Radfah-

tern neue attraktive und sichere Radrouten im Bamberger Land zur Verfügung.

Attraktive Landschaft

Ob sportliche Mountainbiker, Genussradler oder Familien mit Kindern, jeder Radlertyp findet im Bamberger Land das passende Radtourangebot. Der Radwanderer erhält mit der neuen Radwegkarte die Möglichkeit, sich aktiv in attraktiver Landschaft zu erholen, die Region intensiv kennen zu lernen und sich gleichzeitig sportlich zu betätigen. Auf diesem Weg können intakte Natur und kulturelle Highlights miteinander verbunden werden.

Bezug über Buchhandel

Die neue Radkarte kann über den Buchhandel und in der Infotek des Landratsamt Bamberg zum Verkaufspreis von 2,90 € bezogen werden.

Weitere Informationen zur Radregion Bamberg gibt es unter der URL www.landkreis-bamberg.de/Tourismus □



Beim Radeln in Bamberg (v. l.): Konrad Appelt (Appelt-Verlag & Kartographie Gundelsheim), Konrad Gottschall (Vorstandsvorsitzender Sparkasse Bamberg), Bernd Mauer (Landratsamt Bamberg), Sabrina Großmann (Pressesprecherin Landratsamt Bamberg), Landrat Dr. Günther Denzler, Bürgermeister Werner Hipelius, Thomas Reichert (Ansprechpartner Tourismus Landratsamt Bamberg). Foto: Rudolf Mader

Zeitungsbeitrag über Traunreut:

Empörer Bürgermeister

Seit kurzem besitzt Traunreut ein Museum, das auch der Landeshauptstadt zur Ehre gereichen würde. Heiner Friedrich, Sohn des Alzmetall-Gründers Harald Friedrich, errichtete 2010 die Stiftung DAS MAXIMUM, die nun in Traunreut in Kooperation mit der Münchner Pinakothek der Moderne hochkarätige, von ihm gesammelte und gestiftete Kunstwerke ausstellt. Weltkunst in einer Kleinstadt. Ein Beitrag im SZ-Fuilleton, just über dieses Museum der Gegenwartskunst, hat nun den Unwillen von Bürgermeister Franz Parzinger hervorgerufen. Dabei geht es ihm in seiner Kritik nicht um das bedeutende Projekt an sich, sondern um einleitende Passagen über die Stadt Traunreut, die er nach eigener Aussage „nicht unwidersprochen lassen kann“. Die Kurzbeschreibung der Stadt sei völlig unzutreffend und strotze vor „Arroganz und Ahnungslosigkeit“.

So kritisiert der Rathauschef u. a. die Behauptung, dass „auf der Landkarte der Kunst Traunreut bislang nichts verloren hatte“. „In aller Bescheidenheit“ verweist er in diesem Zusammenhang auf die „Traunreuter Kunstpreise“, die seit 1985 in mehreren Durchgängen vergeben worden seien; in einem Jahr hätten sich 135 Künstler aus sechs europäischen Ländern am Wettbewerb beteiligt. Aus diesen Kunstpreisen habe sich der EuRegio-Kunstpreis entwickelt. „Die Musikkultur in unserer Stadt hat ein bemerkenswert hohes Niveau. Carl Orff ist Ehrenbürger unserer Stadt“, betont Parzinger.

In der Tat liegt die „Europastadt mitten im Chiemgau“ in einer „Idylle“, wie es in dem Bericht heißt. Doch ist Traunreut laut Parzinger „kein Fremdenverkehrsort, trotz einer respektablen Zahl von Gästeübernachtungen, trotz einiger Attraktionen wie zweier Schlösser und einer Höhlenburg“. Vielmehr sei Traunreut eine Industriestadt. Und darauf sei die Bevölkerung stolz.

Empörend findet es der Rathauschef obendrein, Traunreut als Stadt „mit dem Charme einer ostdeutschen Plattenbausiedlung“ zu bezeichnen. Auch sei sie nicht, wie fälschlich dargestellt, im Zweiten Weltkrieg zerstört worden. Parzinger: „Keine Bombe, nicht einmal ein Schuss ist gefallen. Am 3. Mai 1945 wurde die Heeresmunitionsanstalt St. Georgen völlig intakt vom letzten Standortkommandanten der Wehrmacht

kampflos der US-Army übergeben. Auf dem Territorium der „Muna“ entstand in der Nachkriegszeit eine zivile Siedlung, die Keimzelle der heutigen Kernstadt. Im Jahr 1950 wurde sie zur Gemeinde und 1960 zur Stadt erhoben. Im Jahr 2010 haben wir das Doppeljubiläum ausgiebig gefeiert.“

„Eine Formulierung mit köstlichem Unterhaltungswert“ ist nach Parzingers Auffassung wiederum der Satz „Siemens unterhält hier eine Fabrik genauso wie Bosch“. Gemeint sei wohl das Bosch-Siemens-Hausgerätekwerk (B/S/H), das nun auf die Entwicklung von Herden spezialisiert ist und für den Weltmarkt produziert.

Die Behauptung, dass Traunreut „kein erkennbares Stadtzentrum“ aufweist, lässt das Stadtoberhaupt ebenso wenig unkommentiert. „Ist die Autorin nicht bis zum Rathausplatz vorgedrungen?“, fragt sich Parzinger und fügt hinzu: „Es ist wahr: Rokoko und Neugotik bieten wir nicht, dafür aber zum Beispiel die „moderne“ Kirche „Zum Heiligsten Erlöser“ mit dem prägenden Campanile, errichtet von Prof. Hans Döllgast, der den Münchnern ihre Alte Pinakothek wieder hergerichtet hat. Die Kirche steht längst unter Denkmalschutz.“

Tausende von fröhlichen Menschen hätten auf dem Platz vor den Kirchen und in den angrenzenden Straßen des Stadtzentrums vor ein paar Tagen das Stadtfest gefeiert. Parzinger: „Sie wissen, wo die Mitte ist.“ DK

Erlebnisurlaub auf niederbayerisch

Graben nach der Geschichte im Herzen Europas: Mit Pickel, Schaufel und Pinsel bewaffnet starten Urlauber mit Forscherambitionen bei Landshut auf ihre Zeitreise in die Vergangenheit.

In Ostbayern wird das „Abenteuer Archäologie“ Realität: Von Wissenschaftlern betreut können Hobby-Archäologen in der Region um Landshut gegen Gebühr eine ganze Woche lang tun, was sonst den Forschern vorbehalten ist. Sie suchen in einem Mekka der Archäologie nach Zeugnissen der 8000-jährigen europäischen Kulturgeschichte. „Niederbayern ist eine Schatztruhe der Archäologie“, sagt Elmer Stöttner, der Pressesprecher des Landkreises Landshut.

Mehr Infos unter www.archaeologie-niederbayern.de obx

Jim Beam, Kentucky?



Slyrs, Schliersee!

* Neu gesehen:

Ganz Bayern in einer Stunde – sonntags um 17.45 Uhr auf RTL.

TV BAYERN
LIVE

Vorzeigeprojekt Triesdorf

CSU und CDU im Einsatz für den ländlichen Raum

„Bestand und Entwicklung des ländlichen Raumes“, so der Bezirksvorsitzende der CSU-Mittelfranken, Staatsminister Joachim Herrmann, „ist für das ganze Land von entscheidender Bedeutung“. Beim 9. länderübergreifenden Regionaltag, einer Zusammenkunft von Unionspolitikern aus Mittelfranken, Nordschwaben und dem baden-württembergischen Ostalbkreis, nannte der Bayerische Innenminister die „ordentliche Erschließung auch mit Straßen als fundamental bedeutsam für die Entwicklung des ländlichen Raumes.“

Er ging dabei auf die Vorgabe der neuen grün/roten Regierung des Nachbarlandes ein, dort nur noch in Ausnahmefällen neue Straßen bauen zu wollen. Für Joachim Herrmann ginge dies aber nicht nur zu Lasten der Menschen in Baden-Württemberg, „das tangiert ganz erheblich auch die Anschlüsse nach Mittelfranken und Nordschwaben“.

Mitgastgeber Winfried Mack, stellvertretender Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion in Baden-Württemberg und politisch auch für den Ostalbkreis zuständig, bedauerte dann auch die ideologische Sichtweise der Grünen und deren geplanten Einsatz planwirtschaftlicher Instrumente. „Sie wollen sogar den Wohnungsbau nur noch in Ballungszentren zulassen“, was unabhängig von dem damit verbundenen „politischen Unfug“ die Gefahr birgt, das Land in Gewinner- und Verliererregionen zu spalten. In der neuen Oppositionsrolle seiner Partei sieht Mack auch insofern eine besondere Verantwortung für das Land, als „Schlimmstes verhindert werden“ müsse.

Rahmenbedingungen

Als eine der politischen Hauptaufgaben der Union nannte CSU-Landtagsfraktionsvorsitzender Georg Schmid die Schaffung von Rahmenbedingungen, die den ländlichen Raum nicht von Entwicklungen abschneiden. „Die Ausgangsposition ist trotz zurückgehender Bevölkerungszahlen und einer Reihe von Herausforderungen nicht insgesamt negativ, wir müssen uns aber anstrengen, um Positives daraus zu machen“. Wie Herrmann und Mack plädierte auch er für den weiteren Ausbau der „Datenautobahnen“, des Bildungsangebotes und der Verkehrsbedingungen. Für den CSU-Kreisvorsitzenden aus dem Donau-Ries steht fest: „Wir lassen uns dabei auch künftig nicht gegeneinander ausspielen und wir werden das auch zwischen großen Städten und ländlichen Räumen nicht zulassen. Es bleibt bei unserem Wahlspruch: Stadt und Land, Hand in Hand“.

Der Tagungsort des Treffens von CSU und CDU hätte nicht besser gewählt sein können, stehen die Landwirtschaftlichen Lehranstalten in Triesdorf (LLA) mit angeschlossener Fachhochschule doch beispielhaft für das gestellte Thema „Landwirtschaft und ländlicher Raum – Chancen und Perspektiven“. Anschaulich zeigte Direktor Otto Körner die Geschichte der LLA auf, vom königlichen Mustergut und einer Kreisackerbauschule zur heutigen Hochschule Weihenstephan/Triesdorf. Das Bildungszentrum werde in Kürze knapp 3.000 Schüler und Studenten auch aus dem Ausland ausbilden und teilweise beherbergen, wobei das Angebot neun Schulen und zwei Fakultäten der Hochschule Weihenstephan/Triesdorf umfasse.

Es beherbergt zudem ein Zentrum für Milchanalytik und die Politikerdelegation nutzte gerne die Gelegenheit, das modernste Milchgewinnungszentrum Europas in Augenschein zu nehmen. Das Bildungszentrum sei in der Zusammenstellung der Angebote einzigartig in Deutschland, deckte

es doch nach Erläuterungen von Direktor Körner eine Vielzahl unterschiedlicher Ausbildungsmöglichkeiten in den Bereichen Agrarwirtschaft, Ernährungs- und Lebensmittelwirtschaft sowie Umweltsicherung ab. Kein Wunder also, dass Joachim Herrmann von einem „Vorzeigeprojekt mit phänomenaler Entwicklung und europaweiter Ausstrahlung“ sprach.

Bislang hätte eine speziell von den Grünen immer wieder geforderte Auszubildendenverengung auf ökologischen Landbau erfolgreich verhindert werden können, meinte stellvertretender Bezirkstagspräsident Alexander Kießwetter in einem Impulsreferat. „Unsere Stärke liegt in der Vielfalt“, ideologische Hintergründe würden die objektive Sichtweise aber verbauen. Für ihn sei zudem wichtig, dass die Balance zwischen Nahrungsmittel- und Energieproduktion erhalten bleibe. „Der Druck auf die Fläche nimmt



Am Modell des Bildungszentrums Triesdorf (v. l.): MdL Gerhard Wagemann, MdL Winfried Mack, Staatsminister Joachim Herrmann, Bezirksrat Alexander Kießwetter, MdL Georg Schmid, Direktor Otto Körner und AGL-Bezirksvorsitzender Artur Auernhammer.

zu und die Zahl der Bauern ab“. Am Beispiel des Landkreises Ansbach zeigte Kießwetter den Strukturwandel auf – von 12.000 landwirtschaftlichen Betrieben im Jahr 1978 seien gerade einmal 4.200 übrig geblieben, mit weiter abnehmender Tendenz.

Diskussionen

Nach ausführlicher Diskussion mit kommunalen Verantwortungsträgern, wo auch Reizthemen wie die Sicherung von Bundeswehrstandorten, die Stationierung von Rettungshubschraubern oder die für den Mautausweichverkehr erfolgte Sperrung der Bundesstraße bei Dinkelsbühl nicht außen vor blieben, waren sich Joachim Herrmann, Winfried Mack und Georg

Schmid darin einig, dass auch oder gerade wegen den veränderten Mehrheitsverhältnissen in Baden-Württemberg eine „funktionierende Südschiene“ für die Entwicklung der Region von enormer Bedeutung sei. So will man sich gemeinsam auch für die Fortsetzung einer vernünftigen Finanzierung der Programme zur Städtebauförderung und Dorferneuerung einsetzen, die flächendeckende Breitbanderschließung forcieren, die medizinische Versorgung weitestgehend erhalten und die Wachstumspotenziale im Bereich des Tourismus erschließen. Herrmann: „Bei allen Projekten darf es keine Grenzen geben, Zusammenarbeit und gegenseitige Ergänzung ist der einzig erfolgversprechende Weg“.

CO2-neutrales Fußballstadion

Stadion des FC Augsburg ist Preisträger bei „365 Orte im Land der Ideen“

Der FC Augsburg spielt nach einer sehr erfolgreichen Saison ab sofort in der ersten Liga und auch das Augsburger Stadion spielt in Sachen Klimaschutz ganz oben mit: Zum Heizen und Kühlen der Arena werden ausschließlich erneuerbare Energien und Bio-Energie aus nachwachsenden Rohstoffen genutzt. Das spart im Vergleich zu konventionellen Stadien jährlich etwa 750 Tonnen CO2 ein. Die Energieversorger Lechwerke AG (LEW) und Stadtwerke Augsburg haben dieses Konzept gemeinsam entwickelt sowie umgesetzt und betreiben die Anlage seither für den FC Augsburg.

Mit diesem grünen Konzept ist das CO2-neutrale Fußballstadion einer von 365 Preisträgern, die jedes Jahr von der Standortinitiative „Deutschland – Land der Ideen“ in Kooperation mit der Deutschen Bank unter der Schirmherrschaft des Bundespräsidenten prämiert werden.

Kreativität und Zukunftsfähigkeit

„Preisträger im Wettbewerb ‚365 Orte im Land der Ideen‘ zu sein, ist ein Markenzeichen für Kreativität und Zukunftsfähigkeit. Mit großem Engagement und Leidenschaft machen die ‚Ausgewählten Orte‘ Innovationskraft in Deutschland sichtbar und geben wichtige Impulse für heute und morgen“, begründete Mathias Siebenlist in seiner Laudatio das Engagement der Deutschen Bank. „Dieses Engagement und die Leidenschaft hat auch die Mannschaft des FC Augsburg in der vergangenen Saison bewiesen“, sagte Mathias Siebenlist. „Ich freue mich schon jetzt gemeinsam mit dem FC Augsburg auf die Bundesligaspiele in diesem tollen, umweltfreundlichen Stadion.“

Das Herzstück der stationeigenen Heiz- und Kühlanlage sind zwei Grundwasserwärmepumpen mit einer Heizleistung von je 645 Kilowatt. Zu Zeiten von Spitzenlasten wird ein mit regenerativem Erdgas betriebener Brennwertkessel zugeschaltet. Als Energiequelle für die Wärmepumpen dient das Grundwasser, das am Standort Lechfeld ganzjährig mit einer Temperatur von etwa zehn Grad verfügbar ist. Diese Temperatur reicht für die Wärmepumpen aus, um damit das Stadion zu beheizen. Im Sommer wird das Grundwasser für

die Kühlung der Gebäude genutzt. „Ein Energiekonzept für ein Fußballstadion zu entwickeln, war für alle Beteiligten von Anfang an ein sehr spannendes und interessantes Projekt“, erklärte LEW-Vorstandsmitglied Paul Waning. „Dass wir mit der Wärmepumpen-Technologie auf die richtige Energie-Strategie gesetzt haben, wird nun durch die Auszeichnung sichtbar. Wir sind sehr stolz ein ‚Ausgewählter Ort‘ im Land der Ideen zu sein.“

Anton Asam, Vertriebsdirektor der Stadtwerke Augsburg, kommentierte die Auszeichnung: „Umwelt- und Klimaschutz beginnen vor Ort. Nur durch innovative und dezentrale Lösungen auch in Kooperationen wie hier zwischen Stadtwerken und LEW können die Klimaschutzziele erreicht werden. Der Einsatz regenerativer Energien sowie Energieeffizienz sind der Schlüssel

dazu. Die Auszeichnung zeigt, dass Ideenreichtum, Leidenschaft und Umsetzungsstärke belohnt werden und dass wir als Energieversorger auf dem richtigen Weg sind.“

Gutes Team

„Es freut uns ganz besonders, dass wir auf eine sehr erfolgreiche Saison zurückblicken können und heute noch zusätzlich für unser Stadion ausgezeichnet werden“, fasst Andreas Rettig, Geschäftsführer des FC Augsburg, die aktuellen Erfolge zusammen. „Wir sind dankbar für die gute Zusammenarbeit mit der Lechwerke AG und den Stadtwerken Augsburg und hoffen, dass wir auch in Zukunft ein gutes Team sein werden.“

Aus 2.600 eingereichten Bewerbungen überzeugte das Energiekonzept des Augsburger Fußball-Stadions die unabhängige Jury. An der Pressekonferenz, die jüngst in der Impuls Arena stattfand, nahmen auch teil Augsburgs Sport-Bürgermeister Peter Grab und Richard Goerlich, Gesamtleiter des Kulturprogramms „City of Peace“, das die Stadt Augsburg zur FIFA Frauen-WM 2011 gestartet hatte.



Das CO2-neutrale Stadion des FC Augsburg ist ein „Ort der Ideen“: Katharina Molthan, Repräsentantin der Initiative „Deutschland - Land der Ideen“ und Mathias Siebenlist von der Deutschen Bank (r.) überreichten die Auszeichnung an LEW-Vorstandsmitglied Paul Waning, FCA-Geschäftsführer Andreas Rettig und Stadtwerke-Vertriebsdirektor Anton Asam (v. l.). Augsburgs Bürgermeister Peter Grab (l.) stellte das Umweltmanagement der Stadt beim Frauen-WM-Rahmenprogramm vor.

Gegen Stillstand, für Bewegung

Arbeitsgemeinschaft Obere Vils Ehenbach gelingt Wandel vom Standort zum Bewegungsraum

Den Folgen des Strukturwandels steuert die Arbeitsgemeinschaft Obere Vils Ehenbach (AOVE) in der Oberpfalz seit 16 Jahren erfolgreich dagegen. Neun Gemeinden mit rund 36.500 Einwohnern gehören der Arbeitsgemeinschaft an. Die Region liegt zwischen der Fränkischen Alb und dem Naturpark Fränkische Schweiz im Nordosten des Landkreises Amberg-Weilburg. Die Oberpfälzer sehen sich verstärkt den Herausforderungen des wirtschaftlichen Strukturwandels gegenübergestellt. Vor allem die Auflösung der Maxhütte und der Umbruch in der Landwirtschaft führen zu einem Rückgang der Bevölkerungszahlen.

1993 entschied sich die Region zur interkommunalen Zusammenarbeit und gründete die AOVE. Seither hat sich die Kooperation unter dem Motto „Vom Standort zum Bewegungsraum“ zu einer Erfolgsgeschichte im Bereich regionale Entwicklungskonzepte entfaltet.

Öffentliche Anerkennung

Das in Kooperation mit dem Amt für Ländliche Entwicklung Oberpfalz erstellte integrierte ländliche Entwicklungskonzept (ILE) ist Basis für die Förderung und Umsetzung von Entwicklungsschwerpunkten zu den Kernthemen Innenentwicklung, Wirtschaft und Tourismus, Generationen, Klimawandel und Energie sowie interkommunale Zusammenarbeit. Jährliche Strategieseminare ergänzen den Handlungsleitfaden der AOVE. Die Arbeit der Initiative wurde mit zahlreichen Auszeichnungen öffentlich gewürdigt.

Regionalmanagement und Verbesserung der Wirtschaftsgrundlage

Die aktive Kooperation der Kommunen ermöglicht es, neue Aufgaben konsequent anzugehen und die dafür nötigen Fördergelder abzurufen. Um Vernetzung und effektive Projektkoordination zu gewährleisten, wurde für die AOVE eine Geschäftsstelle eingerichtet. Zudem gelang mit der Gründung des AOVE e.V. die frühe Einbindung engagierter Bürger sowie der Wirtschafts- und Sozialpartner in anstehende Entscheidungsprozesse.

Rund 50 Prozent der geplanten Projekte sind mittlerweile umgesetzt. Dazu gehören z.B. Maßnahmen zur Aufwertung der Ortskerne und Stärkung innerörtlicher Funktionen: barrierefreies Bauen, Flächenmanagement zur Beseitigung von Leerständen und die Etablierung einer Gebäudebörse für die Erfassung und Vermarktung von Leerständen.

Ökonomische Chance

Großen Stellenwert misst die AOVE dem Erhalt des Natur- und Kulturräumens bei. Damit wird nicht allein eine bessere Lebensqualität angestrebt; auch ökonomische Potentiale werden besser genutzt. Die interkommunale Gewässerplanung z.B. wertet die Teichlandschaften auf und dient somit der gezielten Vermarktung des Oberpfälzer Karpfens. Und auch die Entwicklung der Marke „Goldene Straße“ als völkerverbindende Tourismusmagistrale nach Prag sowie die Umsetzung des Freizeitparks Monte Kaolino bergen gute Chancen für den Tourismus.

Frauenetzwerk

Mit der Gründung eines Frauennetzwerks als Weg zum beruflichen Erfolg, der Entwicklung einer „demenzfreundlichen Region“ oder der Initiierung des Modellprojekts „Alt werden zu Hause“ trägt die AOVE zudem den Bedürfnissen verschiedener Bevölkerungsgruppen Rechnung

und wirkt den Folgen des demographischen Wandels entgegen.

Beitrag zur Abmilderung des Großen Potentials sieht die Bevölkerung in den Vorhaben rund um den Ausbau regenerativer Energien. Die AOVE strebt bis 2020 eine vollständige Versorgung der Gemeinden mit erneuerbaren Energien an. Mit dem Aufbau kommunal getragener Gesellschaften wie z.B. der AOVE Bürgersonnenkraftwerke GmbH und der aktiven Einbindung der Bürger in die Finanzierung regenerativer Energielösungen ergeben sich neue finanzielle Spielräume, die Akzeptanz bei der Bevölkerung wächst und der erwirtschaftete Mehrwert bleibt in der Region. □

BAVERISCHE GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPv in Bayern

Herausgeber:

Landrat Stefan Rößle

Ehrenherausgeber:

Otto Ammon

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner, Chefin vom Dienst

Jakob Döring

Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Robmann (Landtag)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Werner Bumeder (KPv)

Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind

urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zuge-

lassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird

keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:

Constanze von Hassel (verantwortlich),

Telefon 08171 / 9307-13

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 45 vom 01.01.2011

Anzeigenschlusstermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben);

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Sparkasse Dillingen

Konto 100 21 566, BLZ 722 515 20

Raiffeisenbank

Füssen-Pfronten-Nesselwang

Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerinnen:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Druck und Auslieferung:

Presse Druck Oberfranken GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 11, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

Mehr Service und bessere Bühnentechnik

Mainfranken Theater: Umbau und Sanierung werden 20 Millionen Euro kosten

Wann die Ärmel aufgekrempelt werden und die Sanierung des Mainfranken Theater beginnt, kann Klaus Heuberger von der Theaterleitung noch nicht sagen: „Der Beschluss, zu sanieren und umzubauen, ist offiziell noch nicht gefallen.“ Was vielen Theaterbesuchern gar nicht bewusst sei. Schließlich wird seit Jahren darüber geredet, dass das Drei-Sparten-Haus modernisiert werden muss. Erste Pläne und Kostenschätzungen gibt es auch schon. Denen zufolge müssen mindestens 20 Millionen Euro berappt werden.

Geld, das, nachdem das finanziell auf Kante genähte Würzburger Theater in den vergangenen Jahren nichts für die Sanierung beiseitelegen konnte, von der Stadt, dem Freistaat, Stiftungen und eventuell dem Theaterförderverein aufgebracht werden muss. Rund zehn Millionen Euro kostet laut Heuberger wohl alleine die Grundsanierung - zum Beispiel der Einbau neuer Fenster und Türen: „Womit noch nichts verbessert ist.“ Weitere zehn Millionen Euro fallen für die Modernisierung des Brandstutzes, die Optimierung des Services, die Verbesserung der Bühnentechnik sowie Maßnahmen für eine höhere Energieeffizienz des Gebäudes an.

Cateringsituation

Nicht, dass von Theaterbesuchern dauernd Beschwerden kämen, so der kaufmännische Leiter: „Nur vereinzelt erfahren wir, dass sie sich einen besseren Service wünschen.“ Zum Beispiel, was das Catering in den Pausen anbelangt. Derzeit ist das Gedrängel am Getränkeauschank im Foyer groß, zum Zug kommt meist der, der die spitzesten Ellbogen hat. Aber auch die Kasse mit der barriereartigen Glasfront, hinter der Eintrittskarten und Programmhefte durchgereicht werden, entsprechen nicht mehr dem neuesten Stand, gibt Heuberger zu: „So war das vor 20 Jahren am Bahnhof.“ Das Theater selbst wolle den Service auf Vordermann bringen.

Wie Sanierung und Umbau des Mainfranken Theater zu finanzieren sind, kann erst dann eingehend mit der Politik diskutiert werden, wenn sich die Umbaupläne konkretisiert haben. Was erst in etwa einem halben Jahr der Fall sein dürfte. Beschlossen ist bisher nur, die Umbaumaßnahme europaweit auszusprechen. Das Ausschreibungsverfahren wird in den kommenden Monaten auf den Weg gebracht, zum Jahresende, rechnet Heuberger, dürften die ersten Architekturvorschläge eintreffen. Bis zur konkreten Inangriffnahme des Umbaus wird dann immer noch einige Zeit vergehen: „Sicher werden wir noch die kommenden zwei Spielzeiten, also mindestens bis Sommer 2013, hier sein.“

Funktionalität

Ob das Theater später einmal durch eine neue Farbe oder ein spektakuläres architektonisches Detail bestechen wird, darüber nachzudenken ist Heuberger zufolge definitiv zu früh. Größer als der Wunsch nach rein optischen Optimierungen ist der nach einer verbesserten Funktionalität des Theaters. So wandelt sich die Bühnentechnik ständig. Theater, die auch visuell verwöhntes Publikum anziehen möchten, müssen hier Schritt halten. Wobei sich in jüngster Zeit beim Mainfranken Theater bereits einiges verbessert hat: „Durch den Umbau unserer Licht- und Tonanlage sind inzwischen Videoeinspielungen möglich.“

Mit welchen Gefühlen ein kaufmännischer Leiter den turbulente Umbauzeiten wohl entgegen-

gesehen? Für Heuberger stecken in den bisherigen Planungen große Chancen. Als langfristig segenreich für das Theater könnte sich zum Beispiel die derzeit favorisierte Ausweichspielstätte Frankenhalle herausstellen: „Das wird womöglich auf Dauer eine zusätzliche Spielstätte für uns.“

Jüngerer Publikum

Drei Produktionen, so bisherige Überlegungen, könnten hier „en suite“ laufen - im Gegensatz zum Haupthaus, wo jeden Abend etwas anderes gezeigt wird, was permanente Auf-, Ab- und Um-

bauten bedeutet. Auch wäre es möglich, die Frankenhalle zu vermieten, was zusätzliche Einnahmen generieren würde.

Die grobe Linie der Theatersanierung ist für alle hauptverantwortlich am Projekt Beteiligten klar, unterschiedliche Vorstellungen zu harmonisieren von daher nicht nötig. Konsens gibt es auch darüber, dass die Sanierungsziele gerade auch das jüngere Publikum in den Blick nehmen müssen. Nicht zuletzt von einer neuen Spielstätte in unmittelbarer Nähe von Cinemaxx, Kulturspeicher und Bockshorn verspricht man sich diesbezüglich viel. Ob die Frankenhalle das Theater attraktiver für junge Erwachsene macht, werden die Theaterleute während jener zwei Jahre erfahren, in denen sie dort spielen müssen. Zwei Jahre, so lange wird die Theatersanierung nach aktuellen Schätzungen wohl dauern. **Pat Christ**



Mindestens bis zum Sommer 2013 wird es am angestammten Ort des Mainfranken Theaters in Würzburg noch Vorstellungen geben. Foto: Pat Christ

„El Dorado“ im Bayerischen Wald:

Rückkehr der Goldsucher

Tausende von Hobby-Goldwäschern erobern jedes Jahr im Sommer die Bachläufe in Ostbayern

Im Mittelalter zählten die Goldvorkommen in Ostbayern und im benachbarten Böhmen zu den ergiebigsten in Europa. Jetzt sind die Goldsucher wieder da. Hunderte von Kilogramm Gold schlummern nach Schätzung von Geologen noch immer in den Gesteinsformationen und Wasserläufen des Bayerischen und Oberpfälzer Waldes. Ein Kapital, das jetzt allerdings keine Mininggesellschaften, sondern zunehmend die Touristikmanager ausgraben: In zahlreichen Orten wurden alte Goldgruben reaktiviert und in vielen Bächen neue Goldwaschplätze eingerichtet. Mittlerweile lassen bereits Tausende von Urlaubern vor allem im Sommer an den alten Fundstätten die Goldpannen kreisen.

Gold bewegt die Menschen. Martin Biebl, Tourismusleiter in St. Oswald-Riedlhütte (Kreis Freyung-Grafenau), sieht es mit Freude. Bewaffnet mit Spitzhacke und Waschschüsseln machen sich jedes Jahr ab Anfang Mai bis zu 2000 Freizeit-Goldgräber unter sachkundiger Führung auf die Jagd nach den Bayerwald-Nuggets. „Wir haben hier bis zu ein Gramm in einer Tonne Geröll“, sagt Biebl. Mit etwas Glück und

Geschick können dann tatsächlich auch einige kleine goldene Erinnerungsstücke mit nach Hause genommen werden.

„Die Idee mit dem Goldsuchen hat bei uns wie eine Bombe eingeschlagen“, sagt Biebl. „Die Besucherzahlen steigen von Jahr zu Jahr stetig an.“ Die Hobby-Goldwäscher kommen aus dem In- und Ausland mit Goldglanz in den Augen. Auch wenn keiner dabei reich wird: Spaß an der



Glücksritter beim Goldschürfen.

Bild: obx

GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...

„Naja, jetzt sehen die auch mal, wie es einem Bürgermeister oder Stadtrat geht, der bekannt ist und im Telefonbuch steht.“ Mein Chef, der Bürgermeister, las die neuste Umfrage der Bitkom, wonach 88 Prozent der befragten Berufstätigen angab, auch außerhalb der Arbeitszeit per Handy oder E-Mail beruflich erreichbar zu sein.

Immerhin sind das 15 Prozent mehr als bei einer ähnlichen Umfrage im Jahr 2009. Und ein Drittel der 1.000 Befragten ist sogar rund um die Uhr beruflich erreichbar. Das Smartphone als die elektronische Handfessel des Informationszeitalters?

Nun, für einige Berufe oder Berufsgruppen ist es selbstverständlich, immer und überall erreichbar zu sein. Denken wir nur an Selbstständige und Freiberufler, die es sich manchmal schlicht nicht leisten können, zu genau auf



So war es ja auch schon früher, in den Anfängen der Telekommunikation, wie wir sie heute kennen. Das Telefon war zu Anfang des vorigen Jahrhunderts ein Luxusobjekt der Reichen und Adeligen. Auch als sich Behörden und Firmen Telefone anschafften, waren sie noch kein Allgemeingut. Privatanschlüsse gab es gemeinhin nur, wenn damit ein dringender Zweck verfolgt wurde – für Bürgermeister oder Gemeindevorsteher etwa, für leitende Polizeibeamte, hohe Militärs, wichtige Leute in Firmenhierarchien. Wer ein Telefon hatte, der „war etwas“ wie man so schön sagt.

Heute hat der ständige Griff zum Blackberry oder zum iPhone im Restaurant, an der Bar oder im geselligen Kreis zu Hause etwas Zwanghaftes, fast Ritualisiertes. Bei manchen hat man das Gefühl, sie seien ein halber Mensch, wenn es zwischen Vorspeise und Dessert nicht mindestens fünf Mal „Plong“ am Smartphone macht und damit neue eingehende Nachrichten angezeigt werden. Kann jemand wirklich wichtig und in der Hierarchie ganz oben sein, der Samstag um 20:30 Uhr keine E-Mail bekommt? Ich persönlich möchte nicht wissen, wie viele der demonstrativ gelesenen Mails sich als Newsletter eines Klamottenoutlets herausstellen würden, könnte man sie selbst mal lesen. Aber egal: Beim Smartphone trifft sich der Wunsch des Arbeitgebers auf Zugriff zum Arbeitnehmer auf das Trefflichste mit dem Bedürfnis des Arbeitnehmers, gebraucht zu werden – Klassenkampf mal anders.

Mein Chef, der Bürgermeister, hat längst herausgefunden, wie man in diesen Zeiten der ständigen Erreichbarkeit seine wahre Wichtigkeit herausstellen kann: Durch Abschalten. Und so ist sein Handy immer öfter aus, ebenso sein Notebook - und er genießt es. Auch ich profitiere davon, denn wer offline ist, kann auch niemanden anmailen. Lebensqualität pur. Damit mein Chef sieht, dass er auf dem richtigen Weg ist, lege ich ihm heute ein Kalenderblatt mit dem Satz des Aphoristikers Wolfgang Tilgner auf den Schreibtisch: „Marionetten hängen heute an Telefondrähten.“

Marionetten an Telefondrähten

„Bürostunden“ zu schauen, wenn Kunden, Patienten, Klienten oder Mandanten bei Laune gehalten werden wollen. Oder schauen Sie mich an. Wenn der Bürgermeister spätabends in einer Versammlung oder sonntags auf den Stehempfang der Kirchengemeinde eine Info oder irgendwelche Fakten braucht, ist seine Hand schneller an seinem Handy und auf der Taste mit meiner Kurzwahl, als ich den Hörer abheben kann. Und dann der Bürgermeister selber: Wie viele Sonntage wurden er oder Kollegen aus dem Stadtrat schon vom Frühstück aufgeschweicht, weil ein besorgter oder aufgebrachter Bürger ihm etwas mitteilen oder sich über etwas beschweren wollte.

So klar es also ist, dass bei einigen Tätigkeiten das „Rund-um-die-Uhr-erreichbar-sein“ sozusagen zur Stellenbeschreibung gehört, so wenig will es einleuchten, dass bei fast 90 Prozent der Smartphone- und Notebook-Träger der Job auch noch in die Freizeit übergreift. Allerdings sind diese Geräte natürlich immer auch begehrte Statussymbole, die signalisieren: Hoppla, ich bin wichtig, ich werde auch in der Freizeit gebraucht. Und entsprechend wird halt davon Gebrauch gemacht. Schließlich will ja auch der Arbeitgeber was haben, wenn er so teure „Spielzeuge“ anschafft und an die Mannschaft verteilt.

the Sabriul

Suche nach dem mattgelben Metall haben die „Abenteurer“ allemal“, meint Kaiser. Goldgräberwerkzeuge gibt es in St. Oswald, fast so wie damals beim Goldrausch in Kalifornien oder auch im „goldenen Mittelalter“, an fast jeder Ecke zu kaufen.

Damals suchten im Bayerischen Wald, angezogen von Berichten über Goldfunde, viele nach Glück und Reichtum – Glücksritter und Scharlatane, Finanziers und Verzeufelte. Die Ausbeute der Goldsucher freilich war meist spärlich: Die Minen waren zu wenig ergiebig, die Goldsplitter im Flusssand zu winzig, um in den Sieben hängen zu bleiben. Der Goldrausch ebte ab - bis er von den ostbayerischen Touristik-Managern neu belebt wurde.

2002 entstand in der Gemeinde St. Oswald-Riedlhütte, gefördert von der Europäischen Union, die erste historische Goldwaschanlage Bayerns. Hier drängeln sich heute die meisten Hobby-Goldwäscher. Mit leeren Händen geht keiner nach Hause. Auch wenn der Goldfund ausbleibt: ein Goldwäscherdiplom gibt es allemal.

Unter dem Motto „Steinreich im Bayerischen Wald“ kann man auch in den zahlreichen Bächen im Goldwaschtal bei Perlesreuth oder in der Fürstzenze bei Lam sein Glück versuchen. Eine weitere Goldgräber-Hochburg ist Lalling (Kreis Deggendorf). Zum 18. Mal wird dort im August das Goldgräberfest gefeiert, zu dem Besucher nicht nur aus Deutschland anreisen. „Zum letzten Fest ist eine 80-jährige Dame aus Wien über eine Woche zu uns geritten“, erzählt Bürgermeister Andreas Schröck. Außerdem sorgte eine tschechische Tanzgruppe aus Süd-

böhmen für Unterhaltung. Vor einigen Jahren war sogar eine Gruppe Indianer vom Stamm der Cree aus Kanada zu Gast.

In Lalling wird im Herzen des Bayerischen Waldes drei Tage lang ein Stück „Wilder Westen“ lebendig – Indianer und Cowboys, Goldgräber und Fallenstel-

ler inklusive. Der Bürgermeister persönlich sorgt als Sheriff für Recht und Ordnung. 2013 will Lalling seinen Ruf als ostbayerisches „El Dorado“ endgültig zementieren: Die Gemeinde plant die Reaktivierung des seit 1890 stillgelegten Goldbergwerks für die Besucher. **obx**

In memoriam



Eva-Maria Loch.

Am 28. Juni 2011 verstarb nach längerer Krankheit die CSU-Kreisrätin und Erste Bürgermeisterin aus Georgensmünd, Eva-Maria Loch, im Alter von nur 59 Jahren. Vom Glauben geprägt engagierte sie sich in hohem Maße in zahlreichen Ehrenämtern, besonders auch im sozialen Bereich, und hat mit Sachverstand seit 2008 die Geschicke der Gemeinde als Erste Bürgermeisterin geleitet und für ein Miteinander im Gemeinderat geworben.



Helmut Lange.

Im Alter von 83 Jahren verstarb am 10. Juli Alt-Landrat Helmut Lange aus Lauf. Er galt als „Architekt“ der Gebietsreform in Landkreis Nürnberger Land, hat er sich doch bei der Zusammenführung von zuvor drei selbstständigen Landkreisen bleibende Verdienste erworben. Von 1970 bis 1972 war Helmut Lange Landrat im Altlandkreis Lauf und stand anschließend bis 1984 an der Spitze des neuen Landkreises. Beinahe 50 Jahre war er treues Mitglied der CSU.

Bad Füssing 2011:

Kurort feiert 40. Geburtstag

Thermalwasser mit legendärer Heilwirkung bei Rheuma, Gelenk- und Rückenproblemen hat Bad Füssing im Bayerischen Golf- und Thermenland zu Europas meistbesuchtem Kurort gemacht. Rund 1,8 Millionen Gäste suchen hier Jahr für Jahr Linderung von ihren Gesundheitsproblemen oder wohlthuende Entspannung in Europa weitläufigster Thermenlandschaft. In diesem Jahr feiert der Kurort an der bayerisch-österreichischen Grenze seinen 40. Geburtstag.

Motor für die beispiellose Entwicklung des einstigen ländlichen Weilers zu Europas Heilbad Nummer 1 war und ist die Heilwirkung des legendären Bad Füssinger Thermalwassers bei Gelenkerkrankungen, Rheuma und Rückenproblemen. Bad Füssings natürliches Heilmittel sprudelt an den drei Quellen 56 Grad heiß aus 1.000 Metern Tiefe. Bad Füssings drei Thermen, die „Urquelle“ Therme 1, die Europatherme und das Johannesbad bieten den Gästen heute das gesamte Spektrum moderner Balneotherapie.

Gemeindereform als Geburtshelferin

Die Gemeindegebietsreform, damals in Bayern enorm umstritten, war die „Geburtshelferin“ für den Aufstieg des ehemaligen Weilers zur Nummer eins unter Europas Heilbädern. Im Zuge der großen Gemeindegemeinschaften im Freistaat wurden 1971 – vor genau 40 Jahren – die über Jahrhunderte selbständigen Gemeinden Eggfling, Safferstetten, Aigen und Würding zur Großgemeinde Bad Füssing vereint. Namensgeber für die neue

Großgemeinde war der Weiler Füssing, ein winziger Ortsteil von Safferstetten.

Bad Füssings heilende Quellen hatte man bereits 33 Jahre zuvor durch Zufall bei der Suche nach Erdöl entdeckt. 1955 entstanden die ersten provisorischen Badeanlagen. Die Gästezahlen entwickelten sich dann ständig nach oben. 1980 wurde der 100.000. Badegast begrüßt.

Golf- und Thermenlandschaft

Aktuell nutzen jährlich rund 275.000 Übernachtungs- und 1,5 Millionen Tagesgäste die Heilkraft des Bad Füssinger Thermalwassers zur Behandlung vieler Gesundheitsprobleme unserer Zeit. Der Kurort im Herzen des Bayerischen Golf- und Thermenlands verwöhnt seine Gäste mittlerweile auch mit 1.000 „Wohlfühl“-Inseln wie dem deutschlandweit einmaligen Saunahof.

85% Stammgäste

Ein Rekord auf den Bad Füssing stolz ist: „85 Prozent der Bad Füssing-Gäste kommen als Stammgäste immer wieder -

auch weil Bad Füssing es geschafft hat, maximale medizinische Leistung und günstige Preise attraktiv in der Waage zu halten“, sagt Bad Füssings Kurdirektor Rudolf Weinberger. Eine Woche Pauschal-Aufenthalt inklusive Massagen und Thermenritt gibt es Weinberger zufolge in Europas Kurort Nummer 1 bereits ab 285 Euro, kostenlose Gesundheits- und Wohlfühl-Extras im Wert von über 100 Euro bei jedem Aufenthalt inklusive.

Zuwachsraten

Die Angst vor osteuropäischer Billigkonkurrenz nach Öffnung der EU-Grenzen ist deshalb in Bad Füssing längst verfliegen, im Gegenteil: „Besucher aus Tschechien sind derzeit die Gästegruppe mit den höchsten Zuwachsraten“, berichtet der Kurdirektor. **obx**

Buchpräsentation:

40 Gesichter einer Region

Zwei niederbayerische Landkreise fördern systematisch die Talente ihrer Region

Ob innovativer Handwerker, unternehmerischer Kulturamtsleiter oder Pionier in der Landwirtschaft – viele Menschen leisten im Kleinen Großes, das oft im Verborgenen bleibt. In den niederbayerischen Landkreisen Rottal-Inn und Dingolfing-Landau hat man diesen „Helden des Alltags“ jetzt ein Buch gewidmet: „Menschen machen Region“ zeigt 40 Gesichter, die ihrer Region ein Gesicht geben. Alle Mitgliedsgemeinden des interkommunalen Verbundes XperRegio waren aufgerufen, Menschen vorzuschlagen, die auf ihrem Gebiet Besonderes leisten und gleichzeitig viel für die Gemeinschaft tun. Herausgekommen sind 40 Geschichten voller Innovation, Engagement und Leidenschaft.

Resi Zauner ist eines der Gesichter ihrer Region. Als klar war, dass ihre Großfamilie von der Landwirtschaft im niederbayerischen Thalhausen allein nicht mehr gut leben kann, nahm sie ihr Schicksal kurzentschlossen selbst in die Hand: „Ich mach' das“, hat Frau Zauner gesagt und mit ihrem Mann den alten Kuhstall zum florierenden Wirtshaus umgebaut. Außerdem beherbergt der Thalhäuser Hof mittlerweile Gäste von Brasilien bis China.

Gegenwind aushalten

Solche und ähnliche Geschichten erzählt das neue Buch „Menschen machen Region“. Eines haben die porträtierten „Helden“ alle gemeinsam: „Sie haben ihren Platz gefunden, set-

zen sich mit voller Kraft für ihre Sache ein und haben gelernt, Gegenwind auszuhalten“, sagte Alfons Sittner, Geschäftsführer des interkommunalen Verbundes XperRegio, bei der Vorstellung des Buches.

Talente fördern

Die Mitgliedsgemeinden von XperRegio – kurz für „Expertenregion“ – haben sich schon vor vielen Jahren zum Ziel gesetzt, Talente und findige Unternehmen in ihrer Region optimal zu fördern und in der Heimat zu halten. Mit Hilfe eines EU-Programmes ist es so bereits gelungen, 160 innovative Projekte zu fördern, etwa 400 neue Arbeitsplätze zu schaffen und viele Millionen Euro an Investitionen auszulösen. „Hier arbeiten Kommu-

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe der Bayerischen Gemeindezeitung liegt eine Eigenbeilage des Verlags Bayerische Kommunalpresse GmbH zur Unternehmerkonferenz des Sparkassenverbands Bayern bei. Wir bitten um freundliche Beachtung. □

nen miteinander statt gegeneinander. Hier nimmt man die Dinge einfach selbst in die Hand, statt auf Entscheidungen aus Berlin oder München zu warten“, lobte Dr. Stefan Bergheim vom Zentrum für gesellschaftlichen Fortschritt aus Frankfurt am Main den Kommunalverband bei der Vorstellung von „Menschen machen Region“.

„Helden des Alltags“

Das Buch gibt einen Einblick in die Talente und Leistungen in der Region. Ergänzt wird es durch eine Ausstellung, auf der

die Geschichten der „Helden des Alltags“ illustriert werden.

Ausstellung

„Menschen machen Region“ ist in der XperRegio-Geschäftsstelle in Arnstorf, im Buchhandel sowie den XperRegio-Gemeinden erhältlich. Die Ausstellung ist bis 16. Oktober in der Schlossökonomie Gern im Gotischen Kasten zu sehen: Dienstag bis Freitag, 10 bis 12 Uhr und 15 bis 18 Uhr, am Wochenende von 13 bis 18 Uhr. Mehr Informationen im Internet unter <http://www.xperregio.de>. **obx**

Gemeindetagspräsident bleibt Rathauschef

Der Chef des Bayerischen Gemeindetags, Dr. Uwe Brandl, bleibt Erster Bürgermeister von Abensberg, Landkreis Kelheim. Der CSU-Politiker erhielt 76,5 Prozent der Stimmen. Er siegte gegen Harald Hillebrand (FWA, 12,24 %), Judith Wintersberger (SPD, 8,87 %) und Alfons Traublinger (FDP, 2,38 %). Die Wahlbeteiligung lag bei 59 %.

Vertrauen ausgesprochen

Der 51-Jährige Brandl steht bereits seit 18 Jahren an der Spitze der Spargelstadt mit ihren rund 13.000 Einwohnern. Seit knapp neun Jahren vertritt er zudem als Präsident des Bayerischen Gemeindetags die Interessen der bayerischen Gemeinden, Märkten und Städten in allen Bereichen des politischen Lebens.

Dr. Jürgen Busse, Geschäftsführer des Bayerischen Gemeindetags, gratulierte Brandl im Namen der 2.022 Mitglieder des Bayerischen Gemeindetags: „Mit diesem Wahlergebnis haben die Abensberger Bürgerinnen und Bürger ihrem Rathauschef das Vertrauen ausgesprochen und ihm den Rücken für sein Bürgermeisteramt in Abensberg eindrucksvoll gestärkt.“

Kontinuität in Güntersleben

Auch in Güntersleben im Landkreis Würzburg setzte sich Amtsinhaber Ernst Joßberger (UBG) gegen seine Herausforderer durch und bleibt weitere sechs Jahre Bürgermeister. Joßberger behielt mit 57,73 % die Oberhand gegenüber Dieter Menth (SPD), der auf 26,25 % der Stimmen kam und Joachim Neuland von der CSU, der 16,02 % auf sich vereinen konnte. Die Wahlbeteiligung lag bei 70 %. **DK**

Vorschau auf GZ 15/16

In unserer Ausgabe Nr. 15/16, die am 4. August erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Wasserversorgung · Wasserentsorgung · Gewässerschutz
- Kommunale Baupolitik
- Kommunale und private Freizeitanlagen
- Kommunale Museen

LIEFERANTEN - GZ NACHWEIS

Abfallbehälter

BECK
Bestens ausgeStadtet.

BECK GmbH & Co. KG
71364 Winnenden · Tel. 07195/693300
www.gartenbank.de

Bänke

NUSSER
Bestens ausgeStadtet.

JWS Nusser GmbH & Co. KG
71364 Winnenden · Tel. 07195/693-113
www.gartenbank.de

Parkbänke

Zinder
PARKBÄNKE

Zum Moos 1a
87772 Pfaffenhausen
Tel.: 08265 / 730512
parkbank@max-zinder.de
www.max-zinder.de

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER
05326 / 502-0

Wartehallen
38685 Langelsheim · www.langer-gorg.de
Ein Gesellschafter der ELANCIA AG

Absperrpfosten

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Ihr Kontakt zur Anzeigenabteilung:
Telefon (0 8171) 93 07-13

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG

FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 · Abteilung GZ
9 6 4 0 6 C O B U R G
Tel. 09561/55270 · Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de

Ankauf / Briefmarken

Briefmarken-Ankauf
auch Münzen, Briefe, Ansichtskarten
Briefmarkenauktionshaus Schulz
Frauentorgraben 73 · 90443 Nürnberg
Telefon: 0911 / 2 40 68 70

Sie finden uns auf Twitter und Facebook:
www.twitter.com/gz_aktuell
www.facebook.com/GZaktuell

Fahnen/Fahnenmasten

FAHNEN KOCH COBURG

FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 · Abteilung GZ
9 6 4 0 6 C O B U R G
Tel. 09561/55270 · Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de

Fahrradabstellanlagen

LANGER s. Wartehallen/Außenmöblierungen

Kindergarteneinrichtungen

eibe

Produktion + Vertrieb GmbH & Co. KG
Industriestraße 1 | D-97285 Röttingen
Tel. 093 38 89-0 | Fax 093 38 89-199
E-Mail eibe@eibe.de | www.eibe.net

Kommunale Energieberatung

KlimaKom Green City Energy

Energie- und Klimaschutzkonzepte für Kommunen und Regionen • bürgernah • handlungsorientiert
Ein Gewinn für Ihre Kommune und Region!
Tel. 089/89066890 • www.klima-kommune.de
Peter.Keller@greencity-energy.de

Schacht-Ausrüstungen

**Schachtabdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme**

Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 · D-35702 Haiger · Fax: (02773)82218
Telefon: (02773)82256 · www.hailo-professional.de

Spiel-, Sportgeräte + Skateanlagen

eibe

Produktion + Vertrieb GmbH & Co. KG
Industriestraße 1 | D-97285 Röttingen
Tel. 093 38 89-0 | Fax 093 38 89-199
E-Mail eibe@eibe.de | www.eibe.net

Sportgeräte

www.benz-sport.de

ORIGINAL
BENZ
SPORT
Tel. 07195/6905-0 · Fax: 07195/6905-77 · info@benz-sport.de

Inserieren bringt Erfolg!
www.gemeindezeitung.de

Wartung und Reinigung von Lüftungs- und Feuerungsanlagen

LRS
LÜFTUNGSREINIGUNGS-SERVICE

Franz Sedlmeier
Inhaber

Lüftungs-Reinigungs-Service
Wolfrahthauser Straße 9a
82049 Pullach im Isartal
Telefon: (089) 74 44 24 98
Fax: (089) 74 44 24 99
E-Mail: info@l-r-service.de
Internet: www.l-r-service.de

Weihnachtsbeleuchtung

weihnachtsbeleuchtung
beratung · planung · vertrieb
grünware · lichtschlauch · led

gerasmühler str. 23
90547 stein
telefon: 0911/69 39 65
telefax: 0911/69 59 63
deko-jochum@t-online.de
www.deko-jochum.de

Wir liefern in 8-14 Tagen - und das bis kurz vor Weihnachten!



BAYERISCHE GemeindeZeitung

GZ-DOKUMENTATION

Info-Tag für kommunale Entscheidungsträger:

„Power für Bayerns Kommunen!“

4. GZ-Fachforum in Garching mit kompetenten Energie-Fachleuten
Kooperationspartner Bayerischer Gemeindetag und Bayerischer Städtetag

Bereits zum vierten Mal trafen im Garchinger Bürgerhaus die Profis der Kommunalpolitik auf die Profis der Energie-Branche. Die Bayerische Gemeindezeitung hatte in Kooperation mit dem Bayerischen Gemeindetag und dem Bayerischen Städtetag erneut zum Energie-Forum eingeladen. Als Medienpartner fungierte heuer zum ersten Mal TV Bayern live.

Weit über 300 Teilnehmer aus ganz Bayern und dem benachbarten Ausland nutzten die Gelegenheit, sich anhand von Fachvorträgen über neue Produkte, Dienstleistungen und Lösungsansätze, die wegweisend für energiesparende Ausstattungsmöglichkeiten sind, zu informieren.

Grundlagenseminar

Erstmals wurde ein von Maximilian Falthäuser organisiertes Grundlagenseminar angeboten, in dem wichtige Basisinformationen sowohl über Potenziale und Grenzen der Stromerzeugung mit erneuerbaren Energien als auch über die äußerst komplizierte Netzleittechnik und die umfangreichen Möglichkeiten der Wärmepumpen-Technologie gegeben wurden. Zudem wurden bei Gesprächen und interessanten Diskussionen an den zahlreichen Ausstellerständen die vielfältigen Möglichkeiten der Energiegewinnung und -versorgung aufgezeigt.

Fahrzeug-Präsentationen

Gerne und gut angenommen wurden auch die Präsentationen eines Erdgasfahrzeugs von erdgas schwaben, eines Elektrofahrzeugs von E.ON und des Elektrofahrzeugs Tesla auf der Freifläche vor der Halle. Die unvergleichliche Mitfahrgelegenheit mit dem Tesla Roadster ermöglichte die juwi Holding AG in Würzburg (siehe auch nebenstehenden Artikel).

Der einzigartige, 250 PS starke kalifornische Elektro-Sportwagen bietet alle Vorzüge eines herkömmlichen Sportwagens, verbraucht dabei aber nur Elektrizität, die lokal durch Sonne und Wind produziert wird. Der

Tesla Roadster beschleunigt mit Strom aus einfachen Lithium-Ionen-Akkus in weniger als vier Sekunden von null auf 100 km/h und hat eine Reichweite von fast 400 Kilometern.

Ein Kupplungspedal gibt es nicht, mit einem Hebel wird einer der zwei Gänge gewählt und die Elektronik regelt den Rest.

Hinweis:

Die Vorträge und Präsentationen sämtlicher Fachreferenten stehen unter www.gemeindezeitung.de zum Download bereit. □

Der erste Gang reicht bis 100 km/h, Schalten im Stadtverkehr erübrigt sich. Nach etwa 350 Kilometern ist es ratsam, eine „Tankstelle“ anzusteuern und sich dreieinhalb Stunden Zeit für das Aufladen der Akkus zu nehmen. Mit einer eigenen Solaranlage auf dem Garagendach wird die Fahrt zu einem preiswerten Spaß ohne Abgase.

Bestätigte Zweifel

Wie GZ-Verlegerin Anne-Marie von Hassel bei ihrer Begrüßung deutlich machte, geht es beim GZ-Energie-Forum „schlicht um Fachinformationen für die Kommunal-Entscheider“. Ein Urteil müsse sich freilich jeder selbst bilden. „Bei uns darf im Prinzip jeder dabei sein, der für unsere Klientel – Kommunen und Behörden – inhaltlich etwas Gutes anzubieten hat“, so Anne-Marie von Hassel. Im vergangenen Jahr habe sie jedoch eine Anfrage abgelehnt, worüber sie im Nachhinein sehr froh sei, denn: „Meine Zweifel haben sich mehr

als bestätigt. Wie ich inzwischen gehört habe, hat der Herr nunmehr viel Kontakt mit der Staatsanwaltschaft. Es soll um zweistellige Millionenbeträge gehen, die eingesammelt wurden, ohne dass eine Gegenleistung zu erwarten wäre.“

Faire und kompetente Partner gesucht

An die kommunalen Entscheider gewandt, betonte die GZ-Verlegerin: „Sie stehen auch in der finanziellen Verantwortung. Und deshalb brauchen Sie kompetente und faire Partner bei der Technik, bei Rechtsfragen und für die Finanzierung!“

Wie der GZ-Herausgeber und Landrat von Donau-Ries, Stefan

juwi Holding AG:

Garant für langfristige Energiesicherheit

Mit einem Konzept zur regenerativen Vollversorgung bietet juwi den Städten und Gemeinden eine Perspektive für langfristige Energiesicherheit. Das Unternehmen ist eines der wenigen Komplettanbieter im Bereich der erneuerbaren Energien. Es ist in allen Dienstleistungsbereichen kompetent – von der Beratung über die Standortwahl bis zur Projektentwicklung und Betriebsführung der Anlagen. juwi kooperiert erfolgreich mit Energieversorgern und Stadtwerken. Diese Erfahrung wirkt das Unternehmen bei jedem Projekt gewinnbringend in die Waagschale.

Die Morbacher Energielandschaft (MEL) im Hunsrück ist ein Musterbeispiel für die erfolgreiche Umsetzung der 100 %-Strategie der juwi-Gruppe. Die MEL besteht derzeit aus 14 Windrädern, mehreren Photovoltaikanlagen, einer rein landwirtschaftlichen Biogasanlage, einem Holzhackschnitzel-Heizwerk und einem Produktionswerk für den CO₂-neutralen Brennstoff Holzpellets. Alle Anlagen stehen auf dem Gelände des ehemaligen größten Munitionslagers der US-Streitkräfte in Europa.

Mix aus erneuerbaren Energien in Morbach

Eindrucksvoll demonstrieren juwi und die 11.000 Einwohner große Gemeinde Morbach, dass ein Mix aus erneuerbaren Energien den kompletten Bedarf der Kommune wirtschaftlich und langfristig decken kann. Schon heute übertrifft der in der MEL produzierte Strom – jährlich ca. 50 Millionen Kilowattstunden – den Bedarf der Morbacher Privathaushalte. Rechnet man Kleinindustrie und Gewerbe hinzu, werden insgesamt 70 Millionen Kilowattstunden benötigt. Ziel der östlich von Trier gele-

Röble, formulierte, habe der Kreistag Donau-Ries vor zwei Jahren ein ehrgeiziges Ziel formuliert: Bis zum Jahr 2020 sollen im Landkreis 20 Prozent weniger Energie als 2007 verbraucht und 20 Prozent mehr regenerative Energieträger als 2007 genutzt werden. Als „20/20/20“ bezeichnete Röble dieses Ziel, das er seither als tragende Säule seiner Politik für die Zukunft deklariert.

„Energie Allianz“ im Landkreis Donau-Ries

Um dieses Ziel zu erreichen, wurde eine „Energie Allianz“ für den Landkreis ins Leben gerufen. Das Bündnis umfasst bei dessen Gründung 15 Partner, aktuell sind es 19. „Die Allianz ist ein offenes Bündnis, dem möglichst viele kompetente Partner aus dem Energiebereich beitreten sollen“, erklärte Röble.

Der im Landkreis Donau-Ries erzeugte Strom stammt bereits im Jahr 2009 zu rund 92 Prozent aus regenerativen Energien. 67 Prozent des Gesamtstromverbrauchs stammten aus regenerativen Energiequellen.



Überwältigend war einmal mehr die Publikumsresonanz beim 4. GZ-Energie-Fachforum in Garching. □

Als Vorreiter-Kommune positioniert

Die „Hausherrin“, Garchings Erste Bürgermeisterin Hannelore Gabor, verwies darauf, dass sich die Universitätsstadt in punkto Energie, Umwelt und Klimaschutz als Vorreiter-Kommune positioniert habe. Grundlage sei das vom Stadtrat beschlossene Klimaschutzkonzept und damit verbunden beispielsweise der erfolgreiche Start des Geothermieprojektes, die kostenlose Energieparförderprogramm und der erste Bürgersolarpark mit einer installierten Leistung von immerhin ca. 600 kWp.

Garchinger Klimaschutzkonzept

Mit dem Klimaschutzkonzept habe sich Garching zum Ziel gesetzt, bis spätestens 2021 seine Strom- und Wärmeversorgung zu 100 % aus heimischen regenerativen Energiequellen zu speisen.

energieeffizientesten Bürogebäude der Welt gilt.

Der Komplex bietet auf über 17.000 Quadratmetern Platz für Arbeit und Kommunikation sowie Freiräume für Kreativität und Entspannung. Photovoltaikmodule auf dem Dach und an den Fassaden erzeugen über eine Fläche von 3.400 Quadratmetern sauberen Solarstrom. Für die Firmenphilosophie und das Gebäudekonzept wurde juwi mehrfach ausgezeichnet, unter anderem mit dem Deutschen Klimaschutzpreis 2008 und dem Clean Tech Media Award 2009.

Erweiterter Fuhrpark

Mittlerweile sei in der Rathausstiefgarage eine Stromladestation eingerichtet worden, so Gabor. In Kürze werde das erste Elektro-Nutzfahrzeug den Fuhrpark des städtischen Bauhofs ergänzen und im Dienst des Bürgers „auf leisen Sohlen“ die Entleerung der Abfallkörbe im Ortszentrum vornehmen. Für das Biomasseheizwerk, das im Jahr 2012 Wärme liefern soll, sei bereits das immissionschutzrechtliche Verfahren eingeleitet worden und auch die benachbarte Gemeinde Dirnsmanning soll eine zukunftsfähige Energieversorgung erhalten. Erste Schritte seien auch hier bereits unternommen worden. Zudem sei die Nutzung der Windenergie in Garching längst kein Tabuthema mehr: Hier wurden bereits erste Gespräche mit potentiellen Betreibern geführt und eine umfassende Standortuntersuchung wird demnächst in Auftrag gegeben. **DK**

Elektrische Antriebstechniken und Strom aus sauberen Quellen rücken in den Vordergrund und werden unverzichtbar. Das neue Clean Energy & Mobility Center präsentiert zentrale Komponenten für die Integration der Elektromobilität im Alltag. Auf 250 Quadratmetern zeigt juwi Elektrofahrzeuge - vom Elektroller bis zum Sportwagen von Tesla Motors - sowie Bestandteile einer solaren Infrastruktur wie Ladestützen und solare Carports zur Parkplatz-Überdachung beispielsweise von Supermärkten, Hotels, Sportvereinen, Unternehmen und Kommunen. **DK**



GZ-Verlegerin Anne-Marie von Hassel (links) mit Garchings Erster Bürgermeisterin Hannelore Gabor. □



Publikummagnet: Der 250 PS starke elektro-Sportwagen Tesla Roadster auf der Freifläche vor der Halle. □

Andreas Bauer/Agrokraft GmbH:

Energiegenossenschaften direkt vor Ort

Regenerative Energie wie beispielsweise die Photovoltaik kann neben Maßnahmen zur Energieeinsparung einen entscheidenden Beitrag leisten, um den Klimawandel aufzuhalten. Doch wie kann der Einzelne etwas bewirken? Die Antwort ist einfach: „Was dem Einzelnen nicht möglich ist, das schaffen viele.“ „Für die Agrokraft GmbH bedeutet der Leitsatz von Friedrich Wilhelm Raiffeisen Kräfte bündeln, Verantwortung übernehmen, Aufgaben gemeinsam anpacken und Identifikation schaffen“, so Andreas Bauer, Assistent der Geschäftsleitung. Gesellschafter der Agrokraft GmbH sind der Bayerische Bauernverband sowie der Maschinen- und Betriebshilfsring Rhön-Grabfeld.

Im Jahr 2008 wurde die Friedrich-Wilhelm-Raiffeisen Energie eG gegründet. Nach Bauers Worten stellt die Genossenschaft eine Plattform zur Realisierung von Projekten im Bereich erneuerbarer Energien dar.

Geniale Idee

Die genossenschaftliche Idee dahinter - hier am Beispiel der Sonnenenergie - ist so einfach wie genial: Die Friedrich-Wilhelm Raiffeisen Energie e. G. finanziert und betreibt Gemeinschafts-Solaranlagen unter anderem auf öffentlichen Dächern, Dachflächen von Unternehmen oder Freiflächen. Sie bietet interessierten Firmenangehörigen oder Bürgern die Möglichkeit, sich durch die Mitgliedschaft an den regionalen Projekten zu beteiligen. Jeder Einzelne kann dadurch seinen ganz persönlichen Beitrag zum Klimaschutz leisten und darüber hinaus vom Ertrag „seiner“ Photovoltaik-Anlage direkt profitieren.

Eine Beteiligung ist bereits ab 2.000 Euro möglich; davon werden 1.900 Euro als projektbezogenes Nachrangdarlehen gewährt,

während 100 Euro für den Erwerb eines Geschäftsanteil an der Friedrich-Wilhelm Raiffeisen Energie eG aufgewendet werden.

Mehrfacher Nutzen

Städte und Gemeinden verfügen über Dachflächen, die zur Energiegewinnung eingesetzt werden können, zum Beispiel auf Kindergärten, Schulen, Bauhöfen, Gemeindefhäusern oder ähnlichen Einrichtungen. Die Kommunen können diese Flächen oder Freiflächen für sich und ihre Bürger gleich mehrfach gewinnbringend nutzen. Die zur Realisierung notwendigen Finanzmittel können dabei von der Kommune selbst und von ihren Bürgern, aber auch von ortsansässigen Unternehmen aufgebracht werden.

Lukrative Geldanlage

Die Stadt Bad Neustadt a. d. Saale beispielsweise stellte die Dächer des städtischen Bauhofs für den Bau einer PV-Anlage zur Verfügung. Mit dieser kann der Strombedarf von ca. 60 Durchschnittshaushalten gedeckt werden

(Verbrauch: ca. 4.000 kWh/Jahr), so dass in 20 Jahren damit ca. 4.150 Tonnen CO₂-Emissionen eingespart werden. Durch ihr Engagement bietet die Stadt ihren Bürgern die Möglichkeit einer lukrativen und „sauberen“ Geldanlage. 54 Bürger haben die Gelegenheit genutzt, sich in Form von Nachrangdarlehen und Geschäftsanteilen finanziell an dem 2008 realisierten Projekt zu beteiligen und stellten so 30 % der nötigen Investitionssumme zur Verfügung.

Vermietung des Kindergartendaches

Weiteres Beispiel: Die Evangelisch-lutherische Kirchengemeinde der Christuskirche Bad Neustadt vermietet seit 2009 das Dach ihres Kindergartens an die Friedrich-Wilhelm Raiffeisen Energie eG zum Bau und Betrieb einer Photovoltaikanlage. Der Mieterlös kommt der Kirchengemeinde zu Gute. Die Anleger können bei einer Beteiligung von einer guten Verzinsung profitieren. Auf der Südseite des Kindergartendaches ist eine PV-Anlage mit einer Leistung von ca. 8 kWp entstanden. Eine Anlage dieser Größenordnung deckt den Strombedarf von ca. 1,5 Durchschnittshaushalten. In 20 Jahren werden ca. 123 Tonnen CO₂-Emissionen eingespart.

Projektentwicklung

Wie Bauer betonte, übernimmt die Friedrich-Wilhelm-

Raiffeisen Energie eG die gesamte Projektentwicklung: von der Machbarkeitsprüfung über die Wirtschaftlichkeitsrechnung, die Finanzierung, die Betreuung der Anteilhaber, die Anlagenbeschaffung und -erstellung, die Versicherung, die Anmeldung beim Energieversorger, die Betriebsführung bis zur Anlagenüberwachung und Instandhaltung.

Derzeit unter anderem in Pla-

nung ist Bauer zufolge der Windpark „Zwischen Streu & Saale“. Entwickelt wurde ein Konzept, das den Orten ermöglichen soll, ihre Flächen selbst für die Windkraft zu nutzen. Ziel der Genossenschaft ist dabei die gerechte Verteilung der Erträge, einen Kapitalabfluss aus der Region zu verhindern, Akzeptanz in der Bevölkerung zu erreichen und einfach Strukturen zu Grunde zu legen. „Damit werden wir die

Selbstbestimmung der Orte erhalten und über das gesamte Konzept vom Grundstückseigentümer bis zum unbeteiligten Bürger alle erreichen.“

„Insbesondere aufgrund der kleingliedrigen Struktur unserer regionalen Flächen“ ist Windkraft laut Bauer bisher nur ein geringes Thema. „Dies zeigt uns, dass unser Weg über die Gemeinschaft der einzig Sinnvolle ist.“

DK

Dr. Thomas Reif/Kanzlei Gaßner, Groth, Siederer & Coll.:

„Grüne“ Strom- und Wärme-Projekte – Erfolgsfaktoren

Die Rechtsanwaltskanzlei Gaßner, Groth, Siederer & Coll. (GGSC) verfolgt seit Jahren eine konsequente Ausrichtung als Spezialkanzlei für Umwelt-, Bau-, Energie- und öffentliches Wirtschaftsrecht, wie der Leiter des Augsburger Büros Dr. Thomas Reif hervorhob.

GGSC hilft Kommunen und Privatinvestoren Geothermieprojekte zu initiieren und umzusetzen. Versorgungsunternehmen zu gründen und zu betreiben, bestehende Versorgungsunternehmen um weitere Sparten zu erweitern (z. B. regenerative Stromproduktion oder Wärmeversorgung) und Versorgungsstrukturen optimal (neu) zu gestalten. „Wir unterstützen dabei in allen betriebswirtschaftlichen und unternehmensorganisatorischen Fragen und rechtlichen Themen und leisten aus unserem Netzwerk auch alle Querschnittsaufgaben, z. B. Due Diligence-Prüfungen“, sagte Reif.

Wirtschaftliche Rentabilität

Der Nutzen kommunaler Energieprojekte liege zunächst darin, einen bedeutenden Beitrag zum Klimaschutz zu leisten, betonte Reif. Darüber hinaus verminderen sie die Abhängigkeit der Bürger von fossilen Brennstoffen. Auch sei Wärme aus Geothermie und/oder Biomasse wirtschaftlich rentabel. Zudem werde die regionale Wertschöpfung gefördert und die Standortattraktivität gesteigert.

Als Energiequellen in Bayern führte Reif die Tiefengeothermie, die Biomasse und die Restwärme/Industrieabwärme an. Erstere sei preisgünstiger und vor allem stabiler als herkömmliche Energien, jedoch bestehe ein hoher Investitionsbedarf und eine geringe Skalierbarkeit. Die Energielieferung sei konstant.

Die Biomasse sei noch preisgünstiger als herkömmliche Energien, der Investitionsbedarf geringer und die Skalierbarkeit hoch. Jedoch existiere hier zum einen „eine Wettbewerbsenergie mit teilweiser Nahrungsmittelkonkurrenz und hoher Volatilität“, zum anderen das Problem kurzfristiger Lieferverträge. Die Restwärme/Industrieabwärme wiederum sei sehr preisgünstig, jedoch stelle sich hier die Frage der Fassbarkeit und der Transportwege.

Projektvolumina

Typische Projektvolumina belaufen sich nach Reifs Angaben bei Gemeinden mit ca. 10.000 Einwohnern auf 30 bis 50 Mio. Euro. Das Gesamtvolumen sei abhängig von der Gemeindegröße (Netz), dem Projektkonzept (Strom-, Wärme- oder kombiniertes Strom- und Wärme-Projekt) und der Energiequelle (Biomasse oder Geothermie). Die Netzkosten dominierten, eine Sondersituation stellten die bestehenden Netze dar.

Erfolgsfaktoren bei Strom- und Wärmeprojekten seien Produktion, Verteilung/Vertrieb und Finanzierung. Jedes Projekt sei individuell. Höhere Erschließungskosten ließen sich z. B. durch günstige Netzstrukturen kompensieren.

gefördert werden (Einspeisevergütung). Zum 1. Januar 2012 werde das Gesetz novelliert. Wärmeprojekte werden über das Marktanreizprogramm der KfW mit durchschnittlich ca. 5 bis 7 Mio. Euro je Projekt gefördert. Als sonstiges Fördermittel führte Reif u. a. die Förderung von Tiefengeothermie-Wärmenetzen durch die LfA Förderbank Bayern an.

Konkurrenzfähigkeit

Fazit: „Beim derzeitigen Wettbewerbsumfeld sind Strom- und Wärmeprojekte gestützt auf Geothermie und Biomasse wirtschaftlich umsetzbar.“ Die Projektwirtschaftlichkeit sei dabei in erster Linie abhängig vom Konzept der Energiebereitstellung, dem Startwärmepreis sowie der Anschlussdichte und Ausbaugeschwindigkeit. Erneuerbare Energien würden zudem auf lange Sicht immer konkurrenzfähiger zu anderen Energieträgern. Die Kommunen als Wärmeversorger könnten die Kunden mit fortschreitender Projektrentabilität zunehmend von der Wirtschaftlichkeit profitieren lassen.

DK

Partner der Kommunen

Zuhause
Kreis N-ERGIE

Energieversorgung ist mehr als die zuverlässige Lieferung von Strom und Erdgas an unsere Partner in der Region. Die N-ERGIE sorgt durch Investitionen und innovative Projekte für eine sichere und klimaschonende Energieversorgung der Zukunft. Unsere Partner begleiten und unterstützen uns auf diesem Weg. Damit unsere Region so lebendig und voller Energie bleibt, wie sie ist.

www.n-ergie.de

N-ERGIE
Spürbar näher.



Dr. Thomas Reif (links) am GGSC-Stand.

Neue BDEW-KfW-Informationsbroschüre:

Aktuelle Förderprogramme

Einen aktuellen Überblick über die zahlreichen Förderprogramme für die Unternehmen der Energie- und Wasserwirtschaft gibt eine neue Informationsbroschüre, die der BDEW gemeinsam mit der KfW erstellt hat. Damit wendet sich die KfW gezielt an die BDEW-Mitgliedsunternehmen, um sie über die bestehenden Förderungsmaßnahmen zu informieren.

In der Broschüre werden sowohl Programme für private Unternehmen aufgelistet wie auch für kommunale Unternehmen. Als dritte große Gruppe sind auch die Förderprogramme mit aufgenommen, die sich speziell an Kommunen und Gemeindeverbände richten. Auf einen Blick werden in der Broschüre bei den unterschiedlichen Programmen der jeweilige Investitionszweck, der Höchstbetrag, die konkreten Vorteile des Programms sowie die Wege der Antragstellung benannt. Zudem gelang es, mit dem neuen KfW-Programm „Offshore Windenergie“ bereits eine Fördermaßnahme der beschleunigten Energiewende mit in die Publikation aufzunehmen.

Insgesamt finden sich in der Broschüre sowohl spezielle Umweltprogramme als auch Programme für Investitionen in erneuerbare Energien, aber auch Energieeffizienzprogramme – sowohl für energetische Gebäudesanierung als auch für energieeffiziente Stadtbeleuchtung. Für Gemeindeverbände präsentiert die Publikation ein spezielles Programm für Investitionen z. B. in die Wasserversorgung sowie in die Abwasser- und Abfallentsorgung.

DK

Jahrespressekonferenz der Thüga-Gruppe:

Vorbereitung auf die Energie-Wende

Hohe Investitionen in regenerative Energien
Kritik an den politischen Rahmenbedingungen

Die Ereignisse im japanischen Fukushima haben zu einem Positionswechsel in der Energiepolitik geführt. Deutschland steigt bis 2021 aus der Atomenergie aus – und hat dadurch vielleicht schon einen Dominoeffekt angestoßen, denn inzwischen hat auch die Schweiz ihren Ausstieg aus der Kernenergie beschlossen. Mit dieser Energiewende sieht sich auch die Thüga, das größte kommunale Energienetzwerk in Deutschland, vor große energiewirtschaftliche und politische Herausforderungen gestellt.

Das Unternehmen, das 2010 im ersten Jahr mit seiner neuen kommunalen Struktur nach den Worten seines Vorstandsvorsitzenden Ewald Woste trotz „des schwierigen Umfeldes und der zunehmend komplexeren Geschäftsprozesse“ ein gutes Ergebnis erzielt hat, sieht sich vor einem tiefgreifenden Umbruch, „weil Energie- und Klimakonzepte eine energiepolitische Wende vorgeben, für die die notwendigen politischen Rahmenbedingungen aber nach wie vor zu instabil sind“.

Um den Wechsel zu gestalten, sind nach Wostes Darstellung ganz erhebliche Investitionen notwendig. Die Thüga setzt bei ihren Investitionen vor allem auf einen Mix aus regionalen und überregionalen regenerativen Windkraft- und Biomasse-Energien, aus hocheffizienten konventionellen Kraftwerken, die dem Prinzip der Kraft-Wärme-Kopplung folgen, sowie auf neue Speichertechniken für elektrische Energie.

Netzwerk-Gruppe

Heute gehören dieser Netzwerk-Gruppe 450 Städte und Gemeinden aus 12 Bundesländern mit 90 Stadtwerken an, die 8 Millionen Menschen mit Strom, Gas, Wasser und Wärme beliefern. An diesen Unternehmen hält die Thüga, die Nummer eins im Endverteilermarkt, entsprechend ihrem Unternehmenskonzept immer nur Minderheitsbeteiligungen ohne Weisungsrecht. „Wir sind mit unserem Konzept und unserer Struktur kein klassischer Konzern, sondern ein Unternehmen, das ähnlich einer Genossenschaft auf die Kooperation eigenständiger Unternehmen in einem gemeinsamen Verbund setzt“, erläuterte in der Jahrespressekonferenz Woste die Geschäftspolitik, bei der die Unternehmen vor Ort für Vertrieb, Kundenservice und die Pflege des lokalen Marktes zuständig sind.

Thüga versteht sich als Kapitalpartner, Berater mit Fachwissen und Manager des direkten Versorgungsgeschäftes. Ziel ist die Bündelung der Energiebeschaffung und die Realisierung von Synergieeffekten für die Gruppe. Die Kooperation wird dadurch noch enger gestaltet, das 58 der 90 Kommunen, an denen die Thüga beteiligt ist, umgekehrt Beteiligungen an der Thüga-Gruppe halten.

Historie

Die heutige Thüga-Gruppe ist hervorgegangen aus der 1867 in Gotha in Thüringen gegründeten Thüringer Gasgesellschaft. Nach ihrer Enteignung nach dem zweiten Weltkrieg in Thüringen kam es zu einem Neuanfang in Köln. 1972 übernahm Thüga erstmals eine Minderheitsbeteiligung an einem größeren deutschen Stadtwerk. 1979 wurde der Firmensitz nach München verlegt. 1980 hatte der Konzern bereits 27 Beteiligungen an regionalen Versorgern, wobei das Gasgeschäft zunehmend in den Hintergrund rückte. 1986 wurde das Unternehmen dann in Thüga AG umbenannt. Zwischenzeitlich unter dem Dach des E.ON-Konzerns gelandet, wurde die (etwas abgespeckte) Gruppe 2009 für 2,9 Milliarden

Euro an das kommunale Erwerberkonsortium Integra/KOM9 verkauft. Die Übernahme der Thüga AG von E.ON geschah durch die jetzige Muttergesellschaft der Gruppe, die Thüga Holding GmbH & Co. KGaA, die zur Finanzierung ein Darlehen über 775 Millionen Euro aufgenommen hatte, das später refinanziert wurde durch ein Schuldscheindarlehen über 300 Millionen Euro und Bankdarlehen über 500 Millionen Euro.

Beteiligungen

Die Gruppenkonstruktion ist etwas unübersichtlich bis kompliziert, denn an dieser Muttergesellschaft, die heute 81,1 Prozent an der eigentlichen Kerngesellschaft, der Thüga AG, hält, sind zu je 20,5 Prozent die Stadtwerke Hannover, die Mainova AG, hinter der mit Dreiviertel-Mehrheit die Stadt Frankfurt steht, und die N-ERGIE AG mit der Stadt Nürnberg (60,2 Prozent Anteil) sowie mit 38,4 Prozent die KOM9 GmbH & Co KG beteiligt. Mit 18,9 Prozent ist diese KOM9 auch direkt über ihre 100-prozentige Tochter Contigas Deutsche Energie AG direkt an der Thüga AG beteiligt.

Im Berichtsjahr 2010 erzielte die Thüga AG ein Beteiligungsergebnis von 353 Millionen Euro. Damit hat diese wichtigste Ertragsstütze gegenüber dem Kalenderjahr 2009, das ein sechsein-

halb Monate währendes Rumpfgeschäftsjahr beinhaltet und deshalb buchhalterisch keine exakten Vergleichszahlen zulässt, um 33 Millionen Euro zugelegt. Der Gruppenumsatz auf Jahresbasis stieg auf 29,9 (2009:15,0) Milliarden Euro. Darin enthalten sind 275,5 Millionen Euro Umsatz aus Thüga-Eigengeschäften. Hinter dem Gesamtumsatz stehen ein Gasabsatz von 132,5 (124,2) Milliarden Kilowattstunden (kWh), ein Stromabsatz von 38,2 (36,5) Milliarden kWh, ein Wärmeabsatz von 8,6 (7,6) Milliarden kWh und ein Wasserabsatz von 324,0 (312,5) Millionen Kubikmeter. Die Gruppe hat 2,2 Millionen Gaskunden, 3,5 (3,1) Millionen Stromkunden, 0,1 Millionen Wärmekunden und 1 Million Wasserkunden.

Bilanzgewinn

Für diese Aktivitäten sind 18.100 (16.900) Mitarbeiter tätig, bei der Thüga AG selbst aber nur 512 (480). Die Thüga AG hat an die Mutter Thüga Holding gut 380 Millionen Euro Gewinn abgeführt. Als Konzernüberschuss werden von der Holding 289,7 Millionen Euro ausgewiesen. Als Bilanzgewinn stehen 223,4 Millionen Euro zur Verfügung, die an die kommunalen Anteilseigner ausgeschüttet werden, was einem Plus von 8,7 Prozent entspricht.

Absatzmarkt Bioenergien

Die Thüga AG hat im Berichtsjahr 232 Millionen Euro investiert. Bis 2020 sollen 1 Milliarde Euro vornehmlich in On- und Offshore-Windkraftanlagen gesteckt werden. Und bis 2020 wird die Gruppe mehr als 600 Millionen Euro in die Energieerzeu-

gung aus Biomasse investiert haben. Allerdings, so Woste, ist der Absatzmarkt für Bioenergien nach wie vor schwierig. Ob ein Durchbruch erreicht wird, hänge sehr von den künftigen Rahmenbedingungen ab.

Regelenergiekraftwerke

Thüga prüft vor dem Hintergrund der aktuellen politischen Entscheidungen auch Investitionen in konventionelle Erzeugungsanlagen mit hocheffizienter Kraft-Wärme-Koppelung sowie Regelenergiekraftwerke. Letztere sind Kraftwerke, die ihre Leistung nicht wie früher kontinuierlich über den Markt absetzen, sondern ihre Leistung geregelt je nach Bedarf, auf Abruf abgeben, eine Praxis, die durch die Einspeisepflicht bei erneuerbaren Energien immer mehr zunimmt. Deshalb, so Woste, würden Investitionen in konventionelle Kraftwerke wegen deren insgesamt kürzeren Laufzeiten immer schwieriger, weil weniger rentabel. Deshalb müsse der Staat bei solchen Investitionen den Investoren unter die Arme greifen, denn die regulierte Erzeugung nimmt weiter zu.

Darüber hinaus unterstützt die Gruppe ihre Partner bei der Entwicklung von Geschäftsfeldern im Bereich dezentraler Mikro- und Mini-Kraftwärmekopplungsanlagen. Im Bereich Eco-Mobilität will die Gruppe ein Pilotprojekt starten und innerhalb der Gruppe eine Innovationsplattform errichten, um neue Ideen wirtschaftlich schneller und besser zu nutzen.

Syneco Trading GmbH

Thüga will seine Energiebeschaffung weiter optimieren und hat dazu an der zentralen Marktzugangplattform Syneco Trading GmbH mit einem Umsatz von knapp 5 Milliarden Euro im Jahr die Mehrheit übernommen. Durch Investitionen von 232 Millionen Euro in das Beteiligungsportfolio konnten mit der Beteiligung an der Wemag AG erstmalig Fuß in Mecklenburg-Vorpommern gefasst, die Partnerschaft an

den Stadtwerken Kassel erweitert, die Aktivitäten in Kaiserslautern in den Stadtwerken gebündelt und in Sachsen durch die Fusion der Erdgas Südsachsen mit den Stadtwerken Chemnitz die „eins Energie in Sachsen“ geformt werden. Thüga, so Woste, verfüge mit mehr als 1,1 Milliarden Euro über hinreichende Kreditlinien zur Wachstumsfinanzierung und zur Wertsteigerung der Beteiligungen. Außerdem wird bei einer Bilanzsumme von knapp 3,6 Milliarden Euro eine Eigenkapitalquote von stolzen 65,6 Prozent ausgewiesen.

Netzausbau

Finanzkraft ist dringend notwendig, denn im Zuge der steigenden Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien und der damit verbundenen dezentralen Einspeisung wird der Netzausbau immer wichtiger. Der Investitionsbedarf des Thüga-Netzwerkes von derzeit 107.000 Kilometer wird bis 2020 auf 6,7 Milliarden Euro geschätzt. Diese Investitionen seien aber schwierig, weil das bestehende Regulierungssystem keine angemessene Verzinsung des eingesetzten Kapitals ermögliche.

Notwendiger Masterplan

In Deutschland, so Woste, seien in der Energiepolitik ein parteienübergreifender Konsens und ein Masterplan notwendig. Auch sei der Föderalismus zuweilen hinderlich, weil jedes Bundesland eigene Energiepläne aufstelle, die aber nicht ohne Weiteres zusammen passten. Jetzt müsse man abwarten, was Berlin mache. Notfalls müssten die Unternehmen ins Ausland gehen.

Der Energiemarkt werde ohnehin immer europäischer. Woste kann sich vorstellen, dass die Thüga mit ihrem Unternehmensmodell auch in anderen Ländern Europas aktiv werden könnte, „sofern in diesen Ländern die Kommunen Einfluss auf die Energieversorgung haben, was längst nicht in allen Ländern der Fall ist. Aber wo wir willkommen sind, gehen wir ggf. auch hin.“

Was die Europäisierung des Energiemarktes betrifft, erwartet Woste für die Zukunft Kohlestrom aus Polen, Atomstrom aus Frankreich und Strom aus erneuerbaren Quellen aus Deutschland.

Bei der Energiewende spielt nicht nur die künftige Stromerzeugung eine wichtige Rolle, sondern auch die Möglichkeit, Energie zu speichern. Bisher ist in diesem Zusammenhang meist von Pumpspeicherwerken die Rede, deren Realisierung aber jeweils auf großen Widerstand in der Bevölkerung vor Ort stößt, und von unterirdischen Gasspeichern.

Bei der Thüga verfolgt man die Idee, die aus Sonnen- und Windkraft gewonnene elektrische Energie dazu zu nutzen, per Elektrolyse aus Wasser Wasserstoff abzuspalten und diesen ins Gasnetz einzuspeichern oder durch eine chemische Verbindung mit Kohlenstoff zur Herstellung von künstlichem Methan gas zu verwenden, was dann ebenfalls im Erdgasnetz zwischengespeichert werden könnte. In das Erdgasnetz wird bereits das Biogas zum Teil eingespeist. Bis Ende des Jahres sollen Erkenntnisse darüber vorliegen, wie groß die Zwischenspeicher-Kapazität der Erdgasleitungen ist.

Blick nach vorn

Für die Zukunft ist man bei der Thüga sehr zuversichtlich, auch wenn man sich hinsichtlich konventioneller Energieerzeugung endlich bessere Rahmenbedingungen wünscht. Gerade erst hat sich der Stadtrat von Freudenstadt für eine Kooperation mit der Gruppe entschieden. Woste und seine Vorstandskollegen, darunter der neue, vom Netzbetreiber TenneT TSO kommende Finanzchef Christof Schulte, erwarten, dass sie im laufenden Jahr das 2010 erzielte Beteiligungsergebnis trotz der schwierigen Lage auf den Energiemärkten mindestens halten können. Verstärkung für das kommunale Netzwerk könnte es durch einen strategischen Investor geben. Gespräche darüber, so war zu hören, werden geführt. Konkret aber sei noch nichts. **dhg.**



Energie Südbayern ist regionaler Partner der Kommunen und auf innovative Energiekonzepte spezialisiert.

Energie innovativ. Grüne Konzepte für die kommunale Energieversorgung.

„Energie innovativ“ – unter diesem Motto steht das am 24. Mai 2011 von der Bayerischen Staatsregierung beschlossene neue Energiekonzept, zu dem Energie Südbayern bereits heute Lösungen bietet. Wir entwickeln gemeinsam mit Ihnen und ganz individuell für Ihre Kommune nachhaltige Konzepte für eine dezentral angelegte, regenerative Energieerzeugung. Effizient. Zuverlässig. Klimaneutral. Sie möchten mehr erfahren? Kontaktieren Sie unsere Expertin Sibylle Treutler telefonisch unter 089/6800 3-301 oder per E-Mail: sibylle.treutler@esb.de

Energie Südbayern GmbH | www.esb.de

ESB
IDEEN. INNOVATIONEN. ENERGIE.

Dr. Albrecht Schleich/Rhein-Main-Donau AG:

Pumpspeicherkraftwerke als unverzichtbarer Teil des Systems

„Energiespeicher sind zum Ausgleich des fluktuierenden Energieangebotes und des tatsächlichen Lastprofils erforderlich!“, hob der Vorstandsvorsitzende der Rhein-Main-Donau AG, Dr. Albrecht Schleich, hervor.

Als Gründe für den Einsatz eines Energiespeichers nannte er den Stromüberschuss (regenerative Stromerzeugung in Deutschland übersteigt zeitweise die Stromnachfrage), die Bereitstellung gesicherter Kraftwerksleistung (Stromerzeugung aus Wind und Sonne schwankt stark, nur ein geringer Teil steht

gesichert zu jedem Zeitpunkt zur Verfügung) und den Bedarf an Regel- und Ausgleichsenergie. Windenergie und Photovoltaik sind Schleich zufolge nicht exakt prognostizierbar. Ungleichgewichte zwischen Stromverbrauch und Stromerzeugung müssten zur Aufrechterhaltung einer sicheren Stromversorgung

zu jedem Zeitpunkt und sehr schnell ausgeglichen werden.

Gesamtkapazität

Derzeit verfügen die Pumpspeicherkraftwerke in ganz Deutschland über eine Gesamtkapazität von 6.500 MW. Bis 2020 werde allerdings eine Speicherkapazität bis etwa 14.000 MW benötigt. Die derzeit wichtigsten PSW hierzulande seien die Schluchseerwerke, Goldsthal, Markersbach und Waldeck.

Beitrag zur CO₂-Reduktion

Mit der Erweiterung des bestehenden Donaukraftwerks durch den Energiespeicher Riedl im Grenzgebiet zwischen dem Freistaat Bayern und Oberösterreich will die Donaukraftwerk Jochenstein AG ihren Beitrag zur CO₂-Reduktion und zu einer nachhaltigen Energiezukunft leisten. Eigentümer der Gesellschaft sind zu 50 Prozent der Verbund, Österreichs größter Stromkonzern, sowie auf deutscher Seite mit jeweils 50 Prozent die Rhein-Main-Donau AG und die E.ON Wasserkraft. Alle Kraftwerksanlagen werden auf deutschem Staatsgebiet errichtet.

Zeitplan

Das Projektvolumen beträgt 350 bis 400 Mio. Euro, die Unterlagen für das Raumordnungsverfahren wurden Ende Oktober 2010 eingereicht. Das Planfest-

stellungsverfahren soll noch Mitte dieses Jahres gestartet werden. Für den Fall einer Genehmigung sind der Baubeginn für 2014 und die Inbetriebnahme für 2018 geplant.

Leistung 300 MW

Das neuartige Speicherkraftwerk mit einer Gesamtleistung von 300 Megawatt ist Schleich zufolge im Untergriesbacher Ortsteil Gottsdorf-Riedl im Landkreis Passau geplant. Zwei in einer unterirdischen Kraftwerkskaverne befindliche Maschinensätze mit je 150 Megawatt Leistung sollen in Zukunft

Kraftwerk Jochenstein mit dem großen Stauraum des Kraftwerkes Aschach, die passende Geländemulde für den oberen Wasserspeicher, kurze Entfernungen sowie bereits vorhandene Transportwege auf der Straße und der Donau ermöglichen die Errichtung und den Betrieb eines effizienten Speicherkraftwerkes. Weder Schifffahrt noch Fischerei würden beeinträchtigt.

Breiter Konsens

Fazit: „Das heutige Stromsystem arbeitet zuverlässig und recht effizient, beruht aber auf fossilen und nuklearen Energieträgern, die langfristig nicht

nachhaltig sind. In Deutschland besteht ein breiter Konsens, dass langfristige Energie und insbesondere Strom durch Erneuerbare Energien bereitgestellt werden soll. Bei Wind- und Sonnenenergie, die die Hauptlast eines Erneuerbaren Energiesystems tragen werden, besteht ein zeitliches Missverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage.“

Erhebliche Stromspeicherkapazitäten werden, wie der RMD-Vorstandsvorsitzende abschließend ausführte, notwendig sein, um diesen Ausgleich bereitstellen zu können. Pumpspeicher, wie in Riedl geplant, seien dabei die erste, heute schon umsetzbare Lösung. **DK**

Erich Monhart u. Michael König/K.Group GmbH:

Kommunale Energiekonzepte

K.Group mit Sitz in München hat den Wandel der Energiewirtschaft von Beginn an begleitet. „Sie ist Treiber aktueller Entwicklungen und gestaltet die Zukunft“, so Erich Monhart und Michael König, Bereichsleiter nachhaltige Energieversorgung und Stadtentwicklung. Und: „Unsere Neutralität, Ideologiefreiheit und ökonomische Kompetenz macht uns zum professionellen Partner der Kommunen.“

Das seit 1998 am Markt befindliche Unternehmen wartet mit innovativen und marktführenden Konzepten auf und kann auf Projekte für mehr als 200 Kunden, unter anderem von kommunalen Gebietskörperschaften wie dem Landkreis Passau oder der Landeshauptstadt München, verweisen. Erschlossen werden die Zukunftsmärkte dezentrale Erzeugung, Energieeffizienz und Nachhaltigkeit, Green Tech und Klimaschutz, Marktconvergenzen, Smart Metering und intelligente Netze sowie Elektromobilität.

K.Group vereint nach Monharts Darstellung Kompetenzen für Kommunen, Landkreise, Unternehmen und Energieversorger. Die Kommunen müssten Landespolitik und Bürgerwünsche umsetzen. Angesichts der bevorstehenden Energiewende existiere ein historisches Zeitfenster mit ausgeprägten Chancen und Risiken für die Kommunen.

Lernerfahrungen

Als Lernerfahrungen aus erfolgreichen Projekten nannte König:

1. Bürger und andere Akteure wirklich beteiligen
2. Lokale Wertschöpfung messbar sicherstellen: Lokale Wertschöpfung ist ein Mantra in der Szene – jedoch oftmals nicht gegeben; lokale Gewerbeunternehmen einbinden und über Qualitätssiegel und Partnerprogramme o. ä. privilegieren; Stadtwerke mobilisieren – mit lokalen Anlagen/Investitionen, Energiedienstleistungen und Klimaschutzprodukten
3. Kommunale Stadtwerke mit Zielvorgaben einbinden: Lokales Energiekonzept quantifizierbar ausgestalten und in die Unternehmensziele der kommunalen Stadtwerke einbinden; persönliche Zielvorgaben des Managements an Erreichung der (lokalen) Erzeugungskapazität koppeln; Einstieg in nicht mengenbasierende Geschäftsmodelle der Stadtwerke wagen
4. Energienutzungspläne als Steuerungsinstrument etablieren: Anlagenübergreifende, möglichst interkommunale Planungen vornehmen, um Flächen- oder Ressourcenkonkurrenzen möglichst auszuschließen; Effizienzziele

karmann Ökologie mit Wirtschaftlichkeit und Effizienz. Das Bestreben des eingespielten Expertenteams ist es, bei technischen und wirtschaftlichen Fragen Hilfestellung zu leisten. **DK**

definieren und insbesondere in öffentlichen Gebäuden modellhaft umsetzen; Wärmealanten unter Einbindung des Gewerbes für effiziente KWK-Lösungen erarbeiten

5. Integriertes analytisches Vorgehen und Umsetzungsmonitoring: Moderne Planungsinstrumente nutzen – Kommunen und Stadtwerke sitzen auf einem verborgenen Datenschatz; Managementsysteme (EEA, EMAS) in der Stadtverwaltung implementieren; Öffentlichkeit über Fortschritte informieren und monetäre Erfolge (Kaufkrafteffekte, vermiedene Finanzabflüsse etc.) hervorheben.

„Klimaneutrale Kommune“

Wie Michael König ausführte, erstellt K.Group als Sieger mit der Stadt Lörach im Wettbewerb „Klimaneutrale Kommune“ des Ministeriums für Umwelt, Naturschutz und Verkehr eine Entwicklungsstrategie mit Umsetzungsbausteinen. Die Studie soll aufzeigen, wie Lörach zur klimaneutralen Kommune werden kann und welche strategische Weichenstellungen und Maßnahmen dafür bei Strom, Wärme und Mobilität erforderlich sind. Im Mittelpunkt stehen Ansätze, mit denen die Stadt ökonomisch und ökologisch vom Energiewandel profitieren kann. Eingebunden sind auch die regionalen Energieversorger.

Elektromobilität im Visier

Stadt und Landkreis Passau streben ihrerseits eine Vorreiterposition in der Elektromobilität an. Damit soll der Einstieg in die Systemumstellung vollzogen werden und die Emissionen klimaschädlicher Gase mittelfristig deutlich reduziert werden. Insbesondere soll der Tourismus als wesentliche Säule der regionalen Wertschöpfung eingebunden werden.

K.Group entwickelt zusammen mit den lokalen Versorgungsunternehmen und Hoteliers Geschäftsmodelle sowie Infrastruktur-, Logistik- und Finanzierungsansätze. Mittels Workshops mit regionalen Hoteliers und führenden Vertretern der Tourismusbranche hat das Unternehmen Fachinformationen vermittelt und zur Bewusstseinsbildung beigetragen. Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit wurden Projektziele und -inhalte auch auf Lokalmessen für Bürger präsentiert. **DK**

Proennis FachZentrum Süd – Mehringer & Saur GmbH:

Fokus auf primus Mini-BHKW

Kindergärten, öffentliche Schwimmbäder, Senioren-Wohnheime, Krankenhäuser, Verwaltungsgebäude – die Liste ließe sich beliebig verlängern. Alle müssen mit Strom und Wärme versorgt werden. Um ständig steigenden Energie- und Stromkosten zu entgegen, empfiehlt sich der Einsatz des primus Mini-BHKW.

Nach dem Prinzip der Kraft-Wärme-Kopplung erzeugt es ortsnahe Strom, Warm- und Brauchwasser. Durch Leistungsmodulation passt es sich optimal den betrieblichen Abläufen an, auch in Zeiten erhöhten Bedarfs. Ein primus Mini-BHKW übernimmt die Versorgung mehrerer Gebäude, die räumlich nahe beieinander liegen (etwa in einer Straße). Bei Großverbrauchern wie öffentlichen Schwimmbädern können mehrere primus Mini-BHKWs problemlos parallel betrieben werden.

Den eigengenerierten Strom verbrauchen die angeschlossenen Einrichtungen selbst. Sollte mehr Strom als benötigt produziert werden, wird dieser ins Stromnetz eingespeist und der Verbraucher erhält eine Einspeisevergütung.

Faustregel

Im Prinzip verdient sich das primus von selbst. Die Zeitdauer hängt vom individuellen Energieverbrauch und Wärmebedarf der zu versorgenden Einrichtungen und Objekte ab. Als Faustregel rechnet sich das primus für institutionelle Kunden und Behörden ab einem jährlichen Gesamtwärmebedarf von über 45.000 kWh.

primus hilft kurzfristig und aktiv beim Kostensenken. Dafür sorgen auch die unkomplizierte Installation und Wartung sowie das proennis-Serviceangebot inklusive Ersatzteilversorgung. So hat der Kunde stets die Sicherheit einer dauerhaften, zuverlässigen und wirtschaftlichen Strom- und Wärmeversorgung für die Kommune oder Behörde.

Die Vorteile des primus:

- Leistungsmodulierend (höhere Stromerzeugung als vergleichbare Geräte)
- Thermische Leistung ca. 10,7 kW, elektrische Leistung ca. 3,8 kW
- Erd- oder flüssiggasbetrieben
- Gesamtwirkungsgrad von bis zu 95 %, d. h. der eingesetzte Betriebsstoff wird nahezu verlustfrei in Strom und Wärme umgewandelt.
- Geringe Geräuschemission während des Betriebs
- Abnehmbare, frei positionierbare Steuereinheit
- Geringer Wartungsaufwand, dadurch niedrige Wartungskosten
- Kompakte Bauweise, Gewicht: ca. 350 Kilogramm. **DK**

karmann energie + facility management consulting:

Projekte erfolgreich realisieren

Die Umgestaltung der Energieversorgung ist für Landkreise, Städte und Gemeinden eine große Chance mit vielen Gestaltungsmöglichkeiten. Durch ihr Handeln zeigen sie vor Ort die Verantwortung für den Klimaschutz und den Umgang mit der wertvollen Energie.

Die Handlungsmöglichkeiten der Kommunen sind vielfältig und die Karmann energie + facility management consulting, ein Beratungsbüro für Gebäudemanagement, Energie und Umwelt mit Sitz in Wertingen, unterstützt

die Städte und Gemeinden u. a. mit folgenden Dienstleistungen:

Dienstleistungen

- Erstellung von geförderten Klimaschutzkonzepten und Energienutzungsplänen (ENP)
- European Energy Award Beratung (eea) und Kommunales Energiemanagement (KEM)
- Basisanalyse und Beratung zur Bestimmung der Ausgangssituation mit Handlungsmöglichkeiten
- Thermografie, Thermografieaktionen
- Mobile Energiedatenerfassung (Wärme- und Stromverbrauch)
- Energetische Gebäudeanalysen mit Bewertung und Effizienzberatung für öffentliche Liegenschaften
- Dezentrale Energieversorgung (Kraft-Wärme-Kopplung)
- Beratung zur Entwicklung effizienter Neubaugebiete und konzeptionelle Entwicklung von Nahwärmenetzen
- Planung und Konzeption von energieautarken Gemeinden
- Beratung zu Fördermitteln mit Antragstellung
- Seminare, Vorträge und Schulungen sowie kommunales Projektmanagement.

Seit über 25 Jahren verbindet

[Gaßner, Groth, Siederer & Coll.]
Partnerschaft von Rechtsanwälten



„GRÜNE“ STROM- UND WÄRMENETZE erfolgreich etablieren

www.ggsc.de

www.geothermiekompetenz.de

Wir begleiten Ihre kommunalen Energieprojekte konzeptionell - wirtschaftlich - rechtlich
[Gaßner, Groth, Siederer & Coll.]

[GGSC] Augsburg
Provinstr. 52
86153 Augsburg
Tel. + 49.821.74 77 82.0
E-Mail: augsburg@ggsc.de

[GGSC] Berlin
Stralauer Platz 34
10243 Berlin
Tel. + 49.30.726 10 26.0
E-Mail: berlin@ggsc.de

Projektkonzeption
Due Diligence
Projektbewertung

Projektfinanzierung
Fördermittel
Projektsimulation
Risikomanagement

Energerecht
Kommunalrecht
Vertragsrecht
Vergaberecht



Unterwegs mit Strom.

E.ON Bayern:

Auszeichnung für Technisches Sicherheitsmanagement

Die E.ON Bayern AG hat nach 2005 zum zweiten Mal erfolgreich an einer Zertifizierung des Strom- und Gasnetzbetriebes im Rahmen des Technischen Sicherheitsmanagements (TSM) teilgenommen. Jörn-Helge Möller, Geschäftsführer des bayerischen Landesverbandes des Gas- und Wasserfaches (DVGW), hat Hermann Wagenhäuser, Vorstand Technik/Netz des Energieunternehmens E.ON Bayern, die Zertifizierungsurkunden überreicht.

Unabhängige, externe Experten begutachteten im Rahmen einer mehrtägigen Prüfung sowohl in der Unternehmensleitung als auch an diversen regionalen Standorten die technischen Richtlinien und deren Umsetzung, die sicherheitsrelevanten Abläufe und die eindeutigen organisatorischen Zuordnungen. Nach Abschluss wurde E.ON Bayern die Einhaltung aller Anforderungen des TSM und ein hohes Maß an fachlicher Kompetenz bestätigt. Zudem äußerten sich die Prüfer sehr positiv über das bei E.ON Bayern vorgefundene fundierte Regel- und Richtlinienwerk, die klar strukturierte Organisation

und die konsequente Umsetzung der Richtlinien in den dezentralen Standorten.

Qualitätssiegel

„Das TSM-Zertifikat stellt in der Energiewirtschaft ein anerkanntes Qualitätssiegel mit hohem Stellenwert dar“, so Hermann Wagenhäuser. „Es bescheinigt uns ein hohes Sicherheitsniveau, eine effiziente Organisation des Strom- und Gasnetzbetriebes sowie die hervorragende Qualifikation unserer Mitarbeiter und damit eine hohe Verlässlichkeit gegenüber unseren Marktpartnern und Behörden.“

Eröffnung der Bioerdgasanlage Kallmünz

„Mit der Bioerdgasanlage Kallmünz leistet die REGAS – ein Unternehmen von REWAG und E.ON Bayern Wärme – einen wichtigen Beitrag zur weiteren Entwicklung der Region“, freute sich REWAG-Aufsichtsratsvorsitzender Hans Schaidinger bei der offiziellen Eröffnung der Anlage.

„Die Wertschöpfung bleibt hier bei uns und wir machen uns wieder ein Stück weniger abhängig in der Energieversorgung, weil in der Region Energie produziert wird“, so der Aufsichtsratsvorsitzende weiter.

Mit einem gemeinsamen Knopfdruck haben Hans Schaidinger, REWAG-Vorstandsvorsitzender Norbert Breidenbach, E.ON Bayern-Vorstandsvorsitzender Thomas Barth, die REGAS-Geschäftsführer Manfred Ritz und Karl-Wolfgang Brunner, Herbert Mirbeth, Landrat des Landkreises Regensburg, Siegfried Bauer, Bürgermeister des Markts Kallmünz, und Bauernverbands-Kreisobmann Johann Mayer die Bioerdgasanlage offiziell in Betrieb genommen.

Versorgung sichern

56 Millionen Kilowattstunden Bioerdgas wird die Anlage vor Ort produzieren, daraus entstehen dann in hocheffizienten dezentralen KWK-Anlagen etwa 22 Millionen Kilowattstunden Strom. Das von beiden Partnern zu gleichen Anteilen gehaltene Tochterunternehmen REGAS trägt somit dazu bei, langfristig die Versorgung mit Strom und Gas sichern zu helfen. Darüber hinaus setzten die Unternehmen mit der Anlage auf den Ausbau erneuerbarer Energien und übernehmen so Verantwortung für die Umwelt.

„Seit Jahren verfolgt die REWAG konsequent das Unternehmensziel, die effiziente und regenerative Energieerzeugung voranzubringen“, betonte REWAG-Vorstandsvorsitzender Norbert Breidenbach. Gerade erst vor weni-

gen Wochen hat die REWAG den ersten bayerischen Wald-Windpark offiziell in Betrieb genommen. Der Bau weiterer Biogasanlagen in anderen Gemeinden der Region war geplant, alle sind jedoch am Widerstand der Bevölkerung gescheitert. „Doch in Kallmünz hat das alles sehr gut funktioniert und dafür möchte ich mich bei allen Beteiligten recht herzlich bedanken“, so Breidenbach weiter.

„Wir sind stolz, dass wir durch ein Netzwerk aus Kommunen, Energieunternehmen und der Landwirtschaft den Bau der ersten Biogasanlage dieser Art im Landkreis Regensburg initiieren konnten“, erklärte Landrat Herbert Mirbeth. „Die Biogasoffensive, die ein zweites Standbein für die Landwirtschaft darstellt, trägt somit erste Früchte. Jeder Euro, der in der Region bleibt, ist gut für die Landwirtschaft und steigert unsere eigene Wertschöpfung im Landkreis.“

Thomas Barth, Vorstandsvorsitzender der E.ON Bayern AG unterstrich die Vorzüge der neuen Anlage: „Mit Biogas nutzen wir die heimischen Ressourcen sehr effizient und können damit sowohl die aktuellen energie- als auch umweltpolitischen Ziele schneller erreichen. Eines kommt noch hinzu: Durch die Einspeisung des aufbereiteten Bioerdgases ins Ergasnetz können wir das Gas auf die Reise schicken und sind nicht mehr an einen Wärmeabnehmer vor Ort gebunden.“ Er sehe das Projekt als Fortführung der 2006 im benachbarten Schwandorf begonnenen Bioerdgasoffensive des Unternehmens.

Arnd Bühner/KPMG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft:

Welche Projekte rechnen sich?

„Die Weichenstellung für Erfolg oder Misserfolg eines Projekts erfolgt erfahrungsgemäß bereits in der frühen Projektphase“, betonte Rechtsanwalt Arnd Bühner. Die Wirtschaftlichkeit nach der Inbetriebnahme weiche nicht selten von der ursprünglichen Prognose ab.

Ursachen hierfür sind Bühner zufolge, dass zum einen Planungsannahmen grundsätzlich mit großer Unsicherheit behaftet sind, bei diesen Annahmen in der Regel Werte aus anderen Projekten zugrunde gelegt werden und Wirtschaftlichkeitsanalysen sich schließlich zum Teil optimistisch darstellen.

Wirtschaftlichkeitsanalyse

Bei einer substantiierten Wirtschaftlichkeitsanalyse sei u. a. darauf zu achten, dass manche Projektentwickler Projekte „schönrechnen“, da sie etwas verkaufen wollen (z. B. Kosten/Investitionen/Erträge) und fehlende bzw. ungeeignete Vergleichswerte oftmals zu einer unrealistischen Wirtschaftlichkeitsbetrachtung führen, erklärte Bühner. Die „ultimative Lösung“ gebe es freilich nicht, räumte er ein. Gleichwohl erhöhten Szenariobetrachtungen die Sensibilität bei Beurteilungen und Entscheidungen. Zudem führten regelmäßige und frühzeitige Plan-Ist-Analysen zu einer besseren Kosten-/Ausgabenkontrolle.

Darüber hinaus riet Bühner, eine Vollständigkeitserklärung des Projektentwicklers einzuholen, dass alle relevanten Kosten in der Planung berücksichtigt wurden. Auch sollte man - soweit möglich - einen Drittvergleich durchführen lassen.

Finanzierungsalternativen

Als Finanzierungsalternativen nannte Bühner zunächst die Möglichkeit der Selbstfinanzierung von Kommunen bzw. Stadtwerken. Dabei handle es sich grundsätzlich um die einfachste und billigste Lösung, da Kommunalkreditkonditionen zur Verfügung stehen. Jedoch

setze die Haushaltsgenehmigung Grenzen: Energieinvestitionen würden zu Lasten anderer Maßnahmen priorisiert. Aufgrund begrenzter Mittel stünden Kommunalkreditkonditionen dann ggf. für andere Projekte nicht zur Verfügung.

Bei der Projektfinanzierung unter Einbindung privater Investoren sei eine vernünftige Eigenkapitalverzinsung Grundvoraussetzung. Mögliche Investoren seien institutionelle Investoren, Privatpersonen sowie ausländische Investoren. Eine dritte Finanzierungsalternative seien schließlich Unternehmensanleihen und Genußscheine als regionale Finanzmittel für regionale Projekte.

Fördermöglichkeiten

Neben der gesetzlichen Förderung (EEG, EE-WärmeG und Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz) bestehen Fördermöglichkeiten der KfW und der LfA. Hierzu zählen der Infrakredit Tiefengeothermie (in Ergänzung zur bundesweiten Förderung der KfW), die Kapitalmarktfinanzierung sowie die Konsortialfinanzierung. Steuerliche Förderung gibt es keine, bis auf Energiesteuerentlastungen und mögliche Abschreibungen.

Frühe Fehler vermeiden

Fazit: Laut Bühner gilt es, frühe Fehler zu vermeiden. Ausschlaggebend sind Wirtschaftlichkeits- und Modellrechnungen. Neben technischen und betriebswirtschaftlichen Aspekten sind insbesondere auch rechtliche und steuerliche Aspekte zu berücksichtigen. Nur ein interdisziplinäres Projektteam gewährleistet eine erfolgreiche Konzeptionierung und Umsetzung. **DK**



Arnd Bühner.

LfA Förderbank Bayern:

Planungssicherheit für Kommunen

Investitionen in die Infrastruktur sind die Grundvoraussetzung für einen erfolgreichen Standort. Neue Arbeitsplätze können entstehen und das Wachstum einer Region kann weiter vorangetrieben werden. Die LfA Förderbank Bayern unterstützt Kommunen bei ihren weit reichenden Vorhaben und sichert so die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Bayern auch für die Zukunft.

Mit dem Infrakredit Kommunal der LfA Förderbank Bayern steht Kommunen eine attraktive, langfristige Finanzierungsmöglichkeit zur Verfügung. Der Infrakredit Kommunal wird zinsgünstig von der KfW refinanziert und zusätzlich von der LfA Förderbank Bayern zinsverbilligt. Gefördert werden kommunale Gebietskörperschaften, rechtlich unselbständige Eigenbetriebe von kommunalen Gebietskörperschaften sowie kommunale Zweckverbände, gegründet auf Basis des Gesetzes über die kommunale Zusammenarbeit oder des Zweckverbandsgesetzes.

Gefördert werden folgende Investitionen in die kommunale Infrastruktur Bayerns: Verkehrsinfrastruktur (einschließlich Öffentlicher Personennahverkehr), Ver- und Entsorgung (inklusive Wasserversorgung und Abwasserentsorgung), Erschließung von Gewerbe- und Industrieflächen, einschließlich Aufwendungen für Grunderwerb (nur nicht umlagefähige Kosten), Energieeinsparung und Umstellung auf umweltfreundliche Energieträger, touristische Infrastruktur, Wissenschaft, Technik, Kulturpflege, Aufwendungen lokaler Mikrofinanzierer für den Auf- und Ausbau der betrieblichen Infrastruktur in der Kommune. Die Finanzierung zusätzlicher Investitionsbereiche bietet die Bayerische Landesbodenkreditanstalt.

Durch lange Zinsbindungsfristen und Laufzeiten bis zu 30 Jahren erhalten die Kommunen langfristige Planungssicherheit. Bis zu einem Kreditbetrag von zwei Millionen Euro werden bis zu 100 Prozent der Kosten gefördert, bei einem größeren Kreditvolumen 50 Prozent. Eine Kombination mit anderen Förderprogrammen ist möglich. Der Antrag wird direkt bei der LfA gestellt. Das Förderverfahren ist einfach und schnell. Innerhalb von drei Arbeitstagen ist der Bescheid in der Regel bearbeitet.

Förderbeispiel: Im Vermögenshaushalt einer Stadt mit 80.000 Einwohnern ist der Ausbau von Straßen eines Gewerbeparks geplant. Insgesamt sind 1,5 Mio. Euro zu investieren. Die Lösung: Die Kommune schöpft den in diesem Fall (Kreditbedarf ≤ 2 Mio. Euro) für den Infrakredit Kommunal gültigen maximalen Finanzierungsanteil von 100 % des Kreditbedarfes vollständig aus. Die LfA stellt 1,5 Mio. Euro bereit. Die Stadt will den Kredit schnell zurückzahlen und wählt eine Laufzeit von 20 Jahren bei 3 tilgungsfreien Anlaufjahren und einer Zinsbindung von 10 Jahren. **DK**

Gehen Sie mit uns neue Wege in der Wärmeversorgung

Wenn Sie neue Möglichkeiten für eine effektive und umweltfreundliche Wärmeversorgung suchen, sind Sie bei uns an der richtigen Adresse. Denn wir sind auf das Errichten und Betreiben von Anlagen zur Wärmeerzeugung und -verteilung spezialisiert. Und nutzen dabei immer mehr die Vorteile regenerativer Energien. Kommunen und Fachbetrieben bieten wir eine Zusammenarbeit für die gemeinsame Entwicklung neuer Lösungen zur Wärmeversorgung.

Dass wir über fundierte Erfahrungen verfügen, zeigen auch unsere Referenz-Anlagen. Dazu gehören das Biomasseheizwerk in Markt Schwaben, die Biogas-Blockheizkraftwerke in Schwandorf und Bad Bocklet und die Wärmepumpenanlage in Prien am Chiemsee. Auf dem Gebiet der Geothermie haben wir Erfahrungen aus Projekten in Simbach-Braunau, Poing und Garching.

Wir sind ein regionales Unternehmen und versorgen heute rund 10.000 Haushalte sowie Gewerbe- und Industriebetriebe in ganz Bayern mit Wärme. Als Tochterunternehmen der E.ON Bayern AG sind wir ein kompetenter Partner für das Planen, Bauen und Errichten von Anlagen. Auf Wunsch übernehmen wir auch das Contracting und erarbeiten Konzepte zur Finanzierung.

Wir sind für Sie da

E.ON Bayern Wärme GmbH, Leiter Vertrieb, Herr Robert Budde
Arnulfstraße 203, 80634 München
T 0 89-52 08-41 11, F 0 89-52 08-41 99
info@eon-bayern-waerme.com, www.eon-bayern-waerme.com

e-on Bayern Wärme

Thomas Knecht/Knecht Ingenieure GmbH:

Biomasseanlagen und Nahwärmenetze

Für die Knecht Ingenieure GmbH in der Gemeinde Wildpoldsried im Oberallgäu sind der Einsatz von regenerativer Energie und die Ressourcenschonung bei der Planung, beim Bau und beim Betreiben von Gebäuden aller Art von großer Bedeutung. Nach Aussage des Geschäftsführenden Gesellschafters Thomas Knecht wolle das Ingenieurbüro in Zeiten hoher Energiekosten Alternativen zu Öl und Gas aufzeigen und seine Kunden davon überzeugen. Ein Spezialgebiet der Knechtschen Planung sind Biomasseanlagen und Nahwärmenetze.

Mit dem heimischen Brennstoff Biomasse bleibe die Wertschöpfung im Land. Heimische Arbeitsplätze würden geschaffen, zudem bestehe eine wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit. Der Preis werde durch Angebot und Nachfrage geregelt. Als Risiken benannte Knecht Wärmeverluste in Abhängigkeit der Wärmebelegdichte sowie die Abhängigkeit der spezifischen Investition vom Gesamtwärmebedarf.

Rundum-Sorglos-Paket an Leistungen

Ihren Kunden bietet die Knecht Ingenieure GmbH von der technischen Gesamtplanung und technischem Consulting über Sachverständigenwesen und Energiekonzepten bis hin zu Simulationen und Vorträgen bzw. Schulungen ein Rundum-Sorglos-Paket an Leistungen. Zunächst aber wird eine Voruntersuchung durchgeführt, ehe der Wärmeabnehmer festgelegt wird.

Anschließend wird die Gesamtheizleistung bestimmt. Dann wird die Gesellschaftsform für das Wärmenetz und dessen Betrieb festgelegt (GmbH & Co. KG, e.V., Genossenschaft oder Contracting). Es folgt der Abschluss von Wärmelieferverträgen, ehe die konkrete Planung eingeleitet wird.

Nahwärmenetz Wildpoldsried

Zu den herausragenden Knecht-Referenzobjekten zählt das Nahwärmenetz Wildpoldsried; hier übernahm das Ingenieurbüro die Gesamtplanung. Nach einer intensiven Planungsphase wurde im Jahr 2005 eine Holzpelletsheizung für alle öffentlichen und einige private Gebäude eingebaut, deren Heizzentrale mit 400 kW Leistung im Untergeschoss des zentral im Ort liegenden Gebäudes (Raiffeisenbank/Arztpraxis) integriert ist. Das Leitungsnetz wurde im Jahr 2007, 2009 und 2010 erweitert. Eine ergänzende Erweiterung ist aktuell in Planung.

Ein ganzjähriger Betrieb des Nahwärmenetzes ist notwendig, um die Brauchwassererzeugung

auch im Sommer gewährleisten zu können. In den Sommermonaten kann jedoch seit 2009 der Pelletskessel ausgeschaltet werden, da zusätzliche Wärme über ein 250 kW-BHKW (Biogas) in das Netz eingespeist wird. In die Heizzentrale integriert ist ein Pelletsbunker mit einer Lagerkapazität für 40 Tonnen Pellets.

Alexander Steinherr/Huber SE:

Wärme aus Abwasser

Unter deutschen Straßen gibt es eine bisher fast nicht beachtete Energiequelle. Kommunales Abwasser enthält Wärme, seine Temperatur beträgt das ganze Jahr über zwischen 10 und 20 °C. Damit ist ein wirtschaftlicher Betrieb von Wärmepumpen gegeben, um nahe gelegene Gebäude wie Schulen, Turnhallen oder Schwimmbäder zu beheizen. Das Problem besteht nur darin, wie dem Abwasser Wärme entzogen wird, erklärte Alexander Steinherr, Produktmanager bei Huber SE (Berching).

Der Markt bietet hier Modelle an, bei denen die Wärmetauscher-Einheiten bereits in den Kanalrohren integriert sind. Hierbei müssen aber neue Rohre verlegt werden. Es gibt auch spezielle Wärmetauscher, die auf der Sohle bestehender Abwasserkanäle installierbar sind. Dies funktioniert aber nur bei Kanälen mit großem Durchmesser und die sich bildende Sielhaut behindert den Wärmeübergang. Nicht nur das Einbringen ist schwierig, sondern auch die Wartung und Instandhaltung.

Eigenes Konzept

Aus diesem Grunde hat die Huber SE ihr eigenes Konzept entwickelt, das neuartige Verfahren der Abwasserwärmenutzung Huber ThermWin®. Es beruht grundsätzlich darauf, dass die eigentliche Wärmetauschung und die weiteren, notwendigen Verfahrensschritte nicht im Abwasserkanal, sondern außerhalb dessen bzw. oberirdisch stattfinden. Hierzu wird ein Teilstrom des im Kanal fließenden Abwassers zunächst einer Siebstufe zugeführt, in der das Siebgut abgetrennt wird. Das Sieben des Abwassers ist notwendig, um den nachfolgenden Wärmetauscher einerseits vor Verstopfungen und Verblockungen zu schützen und ihn andererseits

Referenzobjekte

Weitere Knecht-Referenzobjekte sind u. a. die Nahwärmenetze Durach (gespeist aus Öl und Gas), Memmingen Nord, Erkheim (Abwärmenutzung Biogas-BHKW), Wangen im Allgäu sowie das Kloster Schlehdorf.

Kloster Schlehdorf

Die im Kloster stehenden Ölkessel waren in die Jahre gekommen und wurden durch zwei Holzpelletskessel ersetzt. Der Vorteil dieser Sanierung besteht darin, dass aus zwei dezentralen Heizräumen einer entstand und die ökologi-

sche Linie des Klosters durch den natürlichen Brennstoff bestätigt wurde. Bei dieser Heizanlage wurde auf einen fossilen Spitzenkessel verzichtet, weshalb es die größte, rein mit Holzpellets betriebene Heizanlage Deutschlands ist.

Heizzentrale in Seeg

Eine Heizzentrale mit Nahwärme-Netz entsteht auch in nächster Zeit in Seeg im Allgäu. Das Unternehmen „smart energy“ Kempten will auf einem Grundstück (derzeit ein Parkplatz) an der Hauptstraße ein rund 50 Quadratmeter großes Gebäude errichten, in dem ein Heizkörper mit Pellets betrieben wird. Außerdem soll ein 930 Meter langes Leitungsnetz installiert werden. Angeschlossen werden neben drei öffentlichen Gebäuden das Caritasheim (Neubau inklusive) mit Kindergarten sowie neun private Haushalte. Noch vor dem Winter soll die Anlage in Betrieb gehen. **DK**

chen Heizungen um bis zu 80 Prozent geringer ausfällt.

ThermWin® wird seit Februar 2011 auch im Hochhaus Win-Tower in der Schweiz angewendet, ebenso seit kurzem in der Sporthalle und Jugendeinrichtung Oderstraße, Berlin. Für den Neubau eines Ministeriumsgebäude in Stuttgart (Inbetriebnahme Herbst 2011) wird das Verfahren ebenso eingesetzt wie für das Thermalbad Bürgerbad in der Schweiz. Auch hier ist die Inbetriebnahme für Herbst 2011 vorgesehen.

Wärmerecycling

„In Deutschland könnten zwischen 2 und 4 % des Wärmeenergiebedarfs über die Abwasserwärmenutzung gedeckt werden. Abwasserwärme ist Wärmerecycling. Abwasserwärmenutzung kann in vielen Fällen wirtschaftlich gegenüber der konventionellen oder regenerativen Wärmeerzeugung sein“, bemerkte Steinherr.

Wertschöpfung im Inland

Die Amortisationszeiten liegen nach seinen Angaben meist zwischen 8 und 18 Jahren – deutlich weniger als bei einer nachträglichen Gebäudedämmung. Die Wertschöpfung erfolge im Inland statt die Abhängigkeit von ausländischen Energiemärkten weiter zu zementieren. Mit der Nutzung der Abwasserwärme könnten in den nächsten Jahren wirtschaftlich und verzichtsfrei der Primärenergieverbrauch und der CO₂-Ausstoß gesenkt werden. **DK**

Nur zu Fuß gehen ist umweltfreundlicher!

Im April eröffnete erdgas schwaben in Gersthofen bei Augsburg seine fünfte Erdgastankstelle, die als deutschlandweit erste Tankstelle ausschließlich regional produziertes, CO₂-neutrales Bio-Erdgas aus biogenen Reststoffen anbietet. Parallel wurden auch die erdgas schwaben Tankstellen in Donauwörth, Nördlingen, Kaufbeuren und Landsberg auf 100% BioErdgas umgestellt.

BioErdgas, das ist Bio-Erdgas aus Altenstadt bei Schongau. Es wird vollständig aus biogenen Reststoffen gewonnen, die z. B. aus Molkereiprodukten oder Speiseresten regionaler Unternehmen bestehen. Weder Energiepflanzen noch Ackerland sind nötig, stattdessen werden Abfallstoffe entsorgt, indem man aus ihnen hochwertige Energie gewinnt.

Mit 100% Bio-Erdgas aus biogenen Reststoffen als Kraftstoff setzt erdgas schwaben neue Maßstäbe. Denn das bedeutet schon heute eine fast vollständige Emissionsreduktion (zero emission) im Straßenverkehr. Ein Ziel, das die E-Mobilität erst in ferner Zukunft zu erreichen hofft. Die Deutsche Energie Agentur dena in Berlin bestätigt, „Fahren mit Bio-Erdgas verursacht genauso wenig Emissionen, wie Fahren mit Ökostrom aus Windkraft.“

Erdgasfahrzeuge sind die öko-

logisch und ökonomisch sinnvolle Alternative zu konventionellen Verbrennungsmotoren. Die Modell-Palette serienmäßig erdgas-betriebener Fahrzeuge aller Klassen erweitert sich stetig. Vielfahrer wie Kommunen, Sozialstationen oder Taxiunternehmen und auch immer mehr Privatpersonen setzen inzwischen auf Erdgas (CNG) als Kraftstoff. Und fahren damit konkurrenzlos günstig, denn Sie können bis zu 50% Spritkosten sparen. Das Tanken von (Bio-)Erdgas ist sicher, sauber, unkompliziert und emissionsfrei.

Das Erdgas-Tankstellennetz in Deutschland und dem angrenzenden Ausland wird ständig ausgebaut. Und für den Fall der Fälle verfügen alle Erdgasfahrzeuge über einen Benzintank.

Aktuelle Informationen rund um das Thema unter:
www.erdgas-schwaben.de und www.gibgas.de. **□**

Schlüsselrolle für Städte und Gemeinden bei Energiewende:

Energieberater nehmen Kommunen in die Pflicht

Als im Garchinger Bürgerhaus die Profis der Kommunalpolitik auf die Profis der Energie-Branche trafen, war auch Franz Sedlmeier, Geschäftsführer des Europäischen Verbands der Energie- und Umweltschutzberater, mit von der Partie. Für ihn steht fest: Die eingeläutete Energiewende ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, bei der insbesondere Städte und Gemeinden eine Vorreiterrolle einnehmen müssen.

„Bei der Energieversorgung - ob mit Strom oder Gas - und auch bei der Energieeinsparung haben die Kommunen eine Vorbildfunktion zu leisten. Städten und Gemeinden kommt eine Schlüsselrolle beim Ausbau der dezentralen Energieerzeugung, unter verstärkter Nutzung der Erneuerbaren Energien und Gasturbinenkraftwerken zu“, sagt Franz Sedlmeier. Hierzu gehöre auch der Ausbau dezentraler Leitungsnetze. „Eine dauerhafte Abhängigkeit von Energieimporten aus dem Ausland darf nicht die Lösung des Problems sein“, warnt der EVEU-Geschäftsführer.

Qualifikation ist alles

Ebenso wichtig sei die Energieeinsparung und Steigerung der Energieeffizienz. Denn auch

bei der energetischen Sanierung von kommunalen Liegenschaften sei eine enorme Energieeinsparung möglich. „Die Kommunen müssen qualifizierte Energieberater einsetzen, um die Gebäude auf ihre Schwachstellen untersuchen und einen Energieberatungsbericht erstellen zu lassen“, fordert Franz Sedlmeier.

Produktwahl

Passende Produkte und Dienstleistungen im Bereich der Anlagentechnik und Gebäudesanierung würden Industrie und Handwerk bereits heute zur Verfügung stellen. „Man muss nur wissen, welche Produkte es gibt und welches beim jeweiligen Fall am besten passt“, so Sedlmeier.

Als Beispiele nennt der Energieberatersprecher den Ausbau von Kraft-Wärme-Koppelungsanlagen in öffentlichen Gebäuden wie Schulen, Rathäuser, Sporthallen oder Hallenbädern oder die kontrollierte Wohnraumlüftung mit Wärmerückgewinnung in der Gebäudesanierung. „Dafür müssen Bund und Länder die bestehenden Förderprogramme aufstocken oder neue Fördertöpfe einrichten“, bekräftigt der Energieberater.

Hoffnung auf Agentur

Die Belastungen auf diesem Gebiet seien von den Kommunen alleine nicht zu schultern. „Ich hoffe, dass die neu gegründete Agentur „Energie innovativ“ unter Leitung von Wirtschaftsminister Martin Zeil die bayerischen Städte und Gemeinden tatkräftig dabei unterstützt“, so Franz Sedlmeier. Schließlich sei das Ziel, dass Energie in Bayern auch in Zukunft bezahlbar und ständig verfügbar bleibe. **□**

Fahren mit BioErdgas

bis zu 50 %
weniger Spritkosten

bis zu 95 %
weniger Schadstoffe

100 % Fahrspaß

Telefon 0821 9002-328
www.erdgas-schwaben.de

BioErdgas
Kraftstoff aus
100% biogenen
Reststoffen

100% BioErdgas von erdgas schwaben tanken Sie in Gersthofen, Landsberg, Kaufbeuren, Donauwörth, und in Nördlingen!

100 Jahre Innovation
erdgas schwaben

ERDGAS
Natürlich mobil

Mellon Design

Stadtwerke München GmbH:

Attraktiver Kooperationspartner für Kommunen

GZ im Gespräch mit kaufmännischem Geschäftsführer Dr. Florian Bieberbach

„Power für Bayerns Kommunen!“. So lautete das Motto des 4. Energiefach-Forums im Garching Bürgerhaus, veranstaltet von der Bayerischen Gemeindezeitung. Diese „Power“ zu liefern, das haben sich auch die Stadtwerke München auf ihre Fahnen geschrieben. Seit über 100 Jahren versorgen sie die Bayerische Landeshauptstadt und die Region mit Energie aus den unterschiedlichsten Quellen und das soll auch in Zeiten der Energiewende so bleiben. Die Gemeindezeitung hat den kaufmännischen Geschäftsführer der Stadtwerke München GmbH, Dr. Florian Bieberbach, zum Engagement der SWM in der Region befragt.

GZ: Herr Dr. Bieberbach, vor dem Hintergrund der Energiewende steigt die kommunale Verantwortung für die Energieversorgung. Welche Rolle kann dabei Ihrer Meinung nach die einzelne Kommune spielen?

Bieberbach: Kommunen spielen eine zentrale Rolle, weil die Energieversorgung ein Teil der kommunalen Daseinsvorsorge ist. Die Gemeinden haben eine Steuerungsfunktion, zum Bei-

spiel bei Regionalplänen, Flächennutzungsplänen und sie haben die Hoheit über die Vergabe der Konzessionen für Versorgungsnetze. Die Gemeinde kann die Energiewende zum Anlass nehmen, ihren Gestaltungsspielraum aktiv zu nutzen und davon auch zu profitieren. Aber: Das Thema ist sehr komplex. Da geht es um die technische Sicherheit der Strom- und Gasversorgung, die Erreichbarkeit des Energieunternehmens

vor Ort, die Energiepreise, die Bürger und Betriebe zu zahlen haben, und auch um den Ein-



Dr. Florian Bieberbach.

satz erneuerbarer Energien. Dafür brauchen die Kommunen einen starken, erfahrenen Partner auf Augenhöhe aus der Energiewirtschaft.

GZ: Was können Sie den Städten und Gemeinden in der Region anbieten? Warum sind die Stadtwerke München als Kooperationspartner für Kommunen attraktiv?

Bieberbach: Was die Stadtwerke München so besonders macht ist, dass sie zu 100 % ein kommunales Unternehmen sind. Das heißt, sie ticken so wie andere kommunale Unternehmen auch und nicht wie ein börsennotiertes Unternehmen. Wir handeln wirtschaftlich und zugleich ökologisch und sozial. Unser Ziel ist es, den Nutzen für die Bürger, den Wirtschaftsstandort München und die Region in Summe zu optimieren. Wir sind das einzige Unternehmen in Bayern, das die gesamte Wert-

draht o. ä. möglich. Wie die Wirtschaftlichkeitsrechnung ergab, werden in Mulda somit pro Jahr insgesamt 60 % an Energie gespart.

Einsparpotenzial

Laut Kaiser beträgt das bundesweite Straßenbeleuchtungs-Einsparpotenzial pro Jahr 0,15 Euro/kWh, sprich 400 Mio. Euro. Die Energieeinsparung beläuft sich auf 2,7 Mrd. kWh, die CO₂-Einsparung auf 1,6 Mio. Tonnen.

schöpfungskette Strom, Erdgas, Wasser und Fernwärme, auch den öffentlichen Personennahverkehr und energie-nahe Dienstleistungen bis hin zur Telekommunikation abdecken kann. Wir haben in allen Feldern Kompetenzen, die wir Städten und Gemeinden in der Region zur Verfügung stellen. Mit über 40 Kommunen haben wir Erdgas- und Stromkonzessionsverträge – das belegt unsere erfolgreiche langfristige Partnerschaft mit der Region.

GZ: Wie sehen Sie die zukünftige Entwicklung? Wie reagieren die SWM darauf?

Bieberbach: Schon seit Jahren haben sich die Stadtwerke München klar in Richtung erneuerbare Energien positioniert. Daher verspüren wir in der aktuellen Debatte auch einen besonders starken Rückenwind. Das heißt mit unseren Zukunftsthemen - hier in der Region erneuerbare Energien und Telekommunikation - glauben wir, dass wir Felder besetzt haben, die uns zu attraktiven Partnern für die Kommunen machen.

Ausbauoffensive Erneuerbare Energien

Mit unserer Ausbauoffensive Erneuerbare Energien werden wir konkret bis zum Jahr 2025 rund 7,5 Milliarden Kilowattstunden Ökostrom in eigenen Anlagen produzieren – was in etwa dem Strombedarf der Millionenstadt München entspricht. Damit wird München weltweit die erste Millionenstadt, die dieses Ziel erreicht.

Die Gemeinden können von den Erfahrungen, die wir auf dem Gebiet der Erneuerbaren Energien gesammelt haben, profitieren. Und genauso von unserer Telekommunikationskompetenz. Gemeinsam mit unserer Telekommunikationstochter M-net treiben wir den flächendeckenden Anschluss an ein hochmodernes Glasfasernetz voran.

Eine Förderung energieeffizienter Stadtbeleuchtung ist seit April dieses Jahres möglich durch ein zinsgünstiges Darlehen im KfW Förderprogramm, wie Kaiser hervorhob. Gefördert werden in Kommunen sowie kommunalen Unternehmen (u. a. Stadtwerke): Straßenbeleuchtung, Beleuchtung von Parkplätzen und öffentlichen Freiflächen, Beleuchtung von Parkhäusern und Tiefgaragen, Ladestationen für Elektrofahrzeuge sowie Lichtsignalanlagen. **DK**

Wilfried Helfrich/Helfrich Ingenieure Main-Rhön:

Großbardorf auf dem Weg zum Bio-Energiedorf

Der Bau und Betrieb eines Nahwärmenetzes mit weitestgehend nachwachsenden Rohstoffen ist ein weiterer Schritt für Großbardorf zum Bioenergiedorf. Laut Wilfried Helfrich, Helfrich Ingenieure Main-Rhön, wird eine Biogasanlage entstehen, die von 40 Land- und Nebenerwerbslandwirten betrieben wird. Die Fertigstellung der Anlage ist für Herbst 2011 vorgesehen und wird in ihrer Gesamtleistung 300.000 Liter Heizöl pro Jahr ersetzen.

Die Heizkraftanlage besteht Helfrich zufolge aus den Komponenten 320 kW Hackschnitzelkessel mit 2.500 kW Öl-Spitzenlastkessel im neuen Heizgebäude an der Biogasanlage und der Biogasanlage selbst (Wärmeabnahme durch eine extern gegründete GmbH).

Wärme- und Stromversorgung

Die Biogasproduktion erfolgt durch eine Fahrhilfsanlage und 2 Fermenter mit 1 Nachgärer. Die Wärme- und Stromversorgung bewerkstelligt ein Biogas-BHKW (680 kW thermisch und 625 kW elektrisch). Zudem gibt es im Dorf eine Photovoltaikanlage mit einer Leistung von 50 kWp.

Wärmeabnehmer sind die Grundschule mit Turnhalle, die alte Schule, das Rathaus, der Kindergarten, die Kirche, das alte und neue Pfarrhaus sowie 110 private Haushalte. Die Trassenlänge beträgt ca. 6 Kilometer.

Hohe Einsparung

Die Investitionen belaufen sich auf ca. 3.275.000 Euro brutto, die laufenden Kosten liegen bei etwa 260.000 Euro brutto und der Wärmepreis/kWh macht ca. 10,7 Cent brutto aus.

Aufgrund der Substitution der lokalen Heizkessel durch eine zentrale Heizanlage werden 300.000 Liter Heizöl und 810 Tonnen CO₂ pro Jahr eingespart. Statt etwa 3200 kW Heizleistung pro Jahr aus 115 Kesseln wird nunmehr eine Heizleistung von 3.500 kW/Jahr aus nur drei Heizkesseln erzielt.

Vielfältige Erfahrungen während Planung und Ausführung

Wie Wilfried Helfrich berichtete, hätten er und sein Team vielfältige Erfahrungen während der Planung und Ausführung gemacht. So habe es einen hohen Abstimmungsbedarf mit der Vielzahl von Wärmeab-

nehmern gegeben. Der Zeitaufwand sei groß gewesen, die Terminierung schwierig. Es habe mehrfache Begehungen und Rücksprachen gegeben, durch „Unvorhergesehenes“ (Bestandsleitungen) habe der Trassenverlauf gewechselt. Aufgrund von weiteren Wärmeabnehmern sei es zu mehrfachen Überplanungen gekommen. Zudem sei ein notarieller Großaufwand – siehe Grunddienstbarkeiten, Rangrücktritte etc. - zu leisten gewesen.

Zeitlicher Ablauf

Erste Überlegungen zum Projekt seien bereits 2007 angestellt worden, 2008 gab es eine erste Bürgerbefragung in Großbardorf. Das neue Energiekonzept wurde Anfang 2009 der Gemeinde vorgestellt, im darauffolgenden Sommer gab es erste Überlegungen zum Bau einer Biogasanlage. Im November 2009 wurde die Genossenschaft Nahwärmenetz gegründet und im April 2010 die GmbH Biogasanlage. Im Mai 2010 schließlich wurde mit dem Bau des Nahwärmenetzes begonnen.

Sicherheit für den Bauherren

Die Arbeits- und Planungsweise des Ingenieurbüros Helfrich stellt sich allgemein wie folgt dar:

- Versorgungs- und Elektrotechnik aus einer Hand
- Spezialisierung auf regenerative Energiesysteme (gewerkeübergreifende Projektierung)
- Über 15 Jahre Erfahrung in allen Disziplinen der Technischen Gebäudeausrüstung
- Ständige Weiterbildung aller Mitarbeiter
- Qualitätsmanagement-System „Planer am Bau“
- Mitglied in der Arbeitsgemeinschaft Fernwärme und Kraft-Wärme-Kopplung (AGFW)
- Termintreue und Kostenkontrolle. Somit ist laut Helfrich „Planungssicherheit für den Bauherren“ gegeben. **DK**

Elmar Kaiser/iGuzzini Deutschland GmbH:

Energieeffiziente Stadtbeleuchtung

iGuzzini illuminazione zählt europaweit zu den zehn wichtigsten Unternehmen in der Architekturbeleuchtung. Die Mission des mittlerweile 50 Jahre alten Unternehmens lautet, nicht nur Leuchten von bester Qualität herzustellen, sondern auch das Licht zu untersuchen, es zu verstehen und zu seinem Verständnis beizutragen. Außerdem soll über das Industrial Design ein besseres Zusammenspiel von Licht und Architektur herbeigeführt werden, so der Technische Leiter von iGuzzini Deutschland, Elmar Kaiser.

Mit der LED-Mastleuchte zur Straßenbeleuchtung „Archilede“ hat iGuzzini ein System entwickelt, das dank modernster LED-Technologie und höchst innovativer Elektronik ein revolutionäres Einsparpotential von Energie, (über 60 %), Kosten und CO₂ bietet. Neben einer hohen durchschnittlichen Lebensdauer der LEDs (140.000 Stunden) und laborgeprüfter optimaler Leistungen auch unter extremen Bedingungen ist auch der Insektenschutz ein nicht zu unterschätzender Vorteil. Bis 2011 wurden europaweit 60.000 Lichtpunkte installiert.

Archilede-Leuchtenform

Die Leuchtenform der Archilede bietet eine optimale Anordnung der einzelnen Lichtquellen im Hinblick auf Lichtverteilung und Wärmeableitung. Zudem bieten die LEDs eine optimale

Ausrichtung auf die Straßeneberfläche, einen minimalen Lichtsmog sowie eine maximale Effizienz. Die Form der transparenten Abdeckung wiederum schützt vor Witterungseinflüssen, minimiert Lichtreflexionen im Leuchtenkopf und sorgt für eine geringe Verschmutzung.

Enorme Verbesserung des Beleuchtungsniveaus

In der sächsischen Gemeinde Mulda wurde die alte Beleuchtung durch die Archilede Straßenleuchte 39 LED ersetzt. Dazu wurde diese auf bestehende Peitschenmasten als Ansatzleuchte bzw. auf bestehenden Masten als Aufsatzleuchte montiert. Dadurch ergibt sich eine enorme Verbesserung des Beleuchtungsniveaus. Dank integrierter Elektronik ist eine Nachtabsenkung ohne Steuer-



Zukunft gemeinsam gestalten.

Die SWM sind bereits heute Vorreiter bei den erneuerbaren Energien. Und wir haben uns ein ambitioniertes Ziel gesetzt: Die SWM wollen München bis 2025 zur weltweit ersten Millionenstadt machen, deren gesamter Strombedarf – immerhin 7,5 Milliarden Kilowattstunden – mit grünem Strom gedeckt werden könnte. Mit unserer Ausbauoffensive Erneuerbare Energien investieren wir bis 2025 rund 9 Milliarden Euro in den Ausbau der klimafreundlichen Energieerzeugung. Hierbei setzen wir auf ein breites Spektrum erneuerbarer Energien und engagieren uns regional und auch überregional. Parallel zur Ausbauoffensive bieten wir M-Ökostrom an. M-Ökostrom wird zu 100 % aus Wasserkraft erzeugt. Vertrauen Sie auf die Kraft der Natur – und auf uns. Wir sind Ihr Partner für eine nachhaltige Zukunft bei Energie, Trinkwasser und Mobilität.

M-Wasser | M-Bäder | M-Strom | M-Wärme | M-Erdgas

SW/M

Christian Stettner/Südwärme AG:

Contracting – Baustein für zukunftsfähige Energieversorgung

Die Südwärme AG mit ihren derzeit etwa 2500 Mitarbeitern ist ein mittelständisch geprägter Energiedienstleister, bestehend aus einem Zusammenschluss von derzeit 30 qualifizierten Gebäudetechnikfachbetrieben. Die Grundidee dieses Zusammenschlusses ist die wirtschaftliche Realisierung der Energielieferung (Contracting) durch den Heizungsfachbetrieb, so Südwärme-Mitarbeiter Christian Stettner.

Der Contractor plant, baut, finanziert und betreibt speziell auf das Objekt zugeschnittene Energieerzeugungsanlagen und versorgt zu einem festgelegten Preis auf der Grundlage von Versorgungsverträgen Immobilien aller Art mit Energie in Form von Wärme, Kälte und Strom.

Wärmelieferung bei der Südwärme funktioniert laut Stettner wie folgt: „Wir mieten uns den Heizraum, bauen eine Heizungsanlage ein, finanzieren diese (Ausnahme Betriebsführungs-Contracting), betreiben diese Heizungsanlage vollverantwortlich und liefern Wärme über die gesamte Vertragslaufzeit.“

Vorteile für Kommunen

Vor dem Hintergrund, dass die Wärmeversorgung der kommunalen Liegenschaften mit hohen Kosten verbunden ist, stellt Contracting eine gute Lösungsmöglichkeit dar, wie Stettner hervorhob. Vorteile für die Kommunen seien die Reduzierung des Investitionsstaus, die Einbindung externen Kapitals und externen Know-hows sowie Planungssicherheit, d. h. Kostensicherheit und -transparenz durch die komplette Übernahme der wirtschaftlichen Verantwortung. Zudem sei keine Rücklagenbildung für Instandhaltung, Reparatur und Erneuerung nötig. Durch die Bündelung der Einkaufsmengen könne der Bezug von Brennstoff finanziell günstig gestaltet werden.

Als Verfahrensschritte einer Ausschreibung nannte Stettner die Vorbereitungsphase, die Bekanntmachungphase sowie die Angebots- und Annahmephase. Zunächst wird eine qualifizierte Leistungsbeschreibung erarbeitet. Versorgungsaufgabe und Schnittstellen werden ebenso exakt definiert wie Eignungs- und Wertungskriterien für die eingehenden Angebote.

Mit der Bekanntmachungspha-

se ist die Veröffentlichung mit Aufforderung zur Abgabe von Angeboten verbunden. Eine Berücksichtigungsmöglichkeit muss diskriminierungsfrei gewährleistet werden. Die Frist zwischen der Veröffentlichung und der Angebotsabgabe beträgt 52 Tage. In Phase 3 schließlich werden die eingegangenen Angebote auf Vollständigkeit, Richtigkeit und Plausibilität geprüft. Die nicht berücksichtigten Anbieter werden 15 Tage vor Zuschlag informiert. Nach Ablauf der Frist kann der Vertrag geschlossen werden.

Schlüssel zum Erfolg

Als Schlüssel zum Erfolg bezeichnete Stettner einen ausreichenden Zeithorizont, die VOL-Ausschreibung mit klaren Leistungs- und Liefergrenzen, eindeutigen Preisindizes sowie klar definierte Wertungskriterien, ein Ingenieurbüro mit Erfahrung in VOL-Ausschreibung, Wertung und Vergabeverfahren (eventuell rechtlicher Beistand) sowie die Unterstützung durch Ausschreibungsleitfäden.

Über 1000 Gebäude

An über 250 Standorten versorgt die Südwärme AG über 1.000 Gebäude mit Wärme, Kälte, Strom oder Druckluft. Die Wärmeleistung ihrer Energieerzeugungsanlagen liegt im Bereich zwischen 40 kW und 25 MW. Zu den Südwärme-Referenzen zählen unter anderem Bürgerhaus und Rathaus in Garching, die Nahwärmeversorgung Unterschleißheim-Tiefengeothermie-, die Biomasseheizwerke in Hilpoltstein, Gundelfingen, Ingelheim, Steingaden und Kloster Roggenburg sowie die Nahwärmeversorgung des Schulzentrums Weinstadt, der Stadt Wertingen, des Wohnparks Ottobrunn mit 170 Wohneinheiten sowie des Gewerbegebiets Rudelzhausen. **DK**



Christian Stettner.

Olaf Ernst Tinzmann/Accuramics GmbH:

Energie-Kostenoptimierung im Heizkesselbestand

Energie wirtschaftlich und bestmöglich verwerten, unnötigen Energieverbrauch verhindern helfen und damit zugleich die Umwelt spürbar entlasten: Das ist die Aufgabe der innovativen Technologien aus den Entwicklungs- und Technikwerkstätten der Accuramics GmbH mit Sitz in München, wie Geschäftsführer Olaf Ernst Tinzmann erläuterte. Zunehmend würden die Effekte des Hochleistungs-Keramikspeichers Accuramics 1100 von Trägern öffentlicher Einrichtungen erkannt.

Accuramics 1100 ist laut Tinzmann ein Produkt zur Speicherung von Flamm- bzw. Wärme-Energie. Der Speicher besteht aus Spezialkeramik. 80 % des Materials besteht aus einer speziellen Siliziumverbindung. Das System wurde gemeinsam mit Saint Gobain, dem weltgrößten Hersteller von Hochleistungskeramik entwickelt. Das System kann in jedem Öl- oder Gas-Heizkessel einer Feuerungsanlage mit horizontalem Gebläsebrenner hineingelegt werden, nicht aber z. B. in BHKW oder Holz- und Pelletheizungen.

Weitergabe der gespeicherten Energie

Der Wärmespeicher wird durch die Flamm-Energie während der Brennerlaufzeit auf circa 1100 Grad aufgeheizt. Nach Abschalten des Brenners sinkt normalerweise die Kesseltemperatur unmittelbar und rapide. Mit dem Wärmespeicher hingegen wird nach dem Abschalten des Brenners die gespeicherte Flamm- und Wärmeenergie kontinuierlich weiter an den Heizkessel abgegeben. Dadurch wird das wiederholte Zuschalten des Brenners extrem verzögert und die Stillstandszeiten des Brenners werden erheblich verlängert.

Attraktivere Werte

Eine unmittelbare und andauernde Brennstoffeinsparung, die je nach Wirkungsgrad und Alter der Feuerungsanlage zwischen 5 und 20 % beträgt, ist Tinzmann zufolge realistisch. Der Energiepass hat mit Accuramics 1100 deutlich attraktivere Werte und steigert damit den Immobilienwert. Der Gesamt-Wirkungsgrad der mit Accuramics ausgerüsteten Anlagen verbessert sich erheblich. Die Abgastemperatur sinkt und der CO₂-Ausstoß wird drastisch reduziert.

Verlängerte Lebensdauer

Die Lebensdauer von Brenner- und Kesselinheit der mit dem Wärmespeicher nachgerüsteten Anlage verlängert sich enorm. Der Betrieb ist verschleißfrei, wartungsfrei und ohne zusätzlichen Kontrollaufwand.

Die Kommune bzw. der Landkreis erhält eine 5-jährige Funktionsgarantie. Es besteht eine Produkthaftpflichtversicherung bis zu

5 Mio. Euro pro Schadensfall.

Tinzmann: „Ein neuer Öl- oder Gas-Kessel ist sehr viel teurer als eine Investition in Accuramics 1100. Immer noch gibt es viele Kessel, bei denen es vom Alter her keinen Sinn macht, diese in den nächsten 5 bis 10 Jahren auszutauschen. Hier hilft Accuramics aufgrund der sehr kurzen Amortisationszeiten, vom ersten Tag an über viele Jahre Kosten zu sparen.“

Über viele Jahre Kosten sparen

Beispiel: Eine 500 KW-Feuerungsanlage in einer Kommune für ein Rathaus hat Öl- bzw. Gasverbrauchsdaten von ca. 50.000 Euro pro Jahr. Ein realistisches Einsparpotenzial mit Accuramics 1100 inklusive Optimierung liegt bei 15 %, also ca. 7.500 Euro pro Jahr. Der Investitionsaufwand inklusive Installation beläuft sich hier auf brutto 7.000 Euro, die Amortisationszeit beträgt lediglich 11 Monate.

Technische Machbarkeit

Anhand des letzten Schornsteinfegerberichtes oder eines auszufüllenden Formulars prüfen die Accuramics-Experten im ersten Schritt nach einer sorgfältigen Analyse die prinzipielle technische Machbarkeit von Accuramics 1100. Mit Kenntnis des bisherigen jährlichen Verbrauchs (Öl oder Gas) errechnet das Unternehmen gemeinsam mit den Fachleuten in der Behörde exakt, welches Einsparpotenzial sich bei der Heizung durch eine oder mehrere der Komponenten des Accuramics 1100-Systems realisieren lässt und wann sich die Investition voraussichtlich amortisiert haben wird.

Experte konzipiert das System

Anschließend konzipiert der Experte – abgestimmt mit dem Gebäudemanagement - das System. Accuramics unterbreitet ein verbindliches Angebot, wie und wann die Amortisation erzielt wird. Wenn die Behörde das Angebot annimmt, installiert ein zertifizierter Heizungs-Experte Accuramics 1100 fachgerecht in der Heizungsanlage. Gemeinsam mit den Verantwortlichen der Kommune nimmt er die Anlage in Betrieb.

Viele Behörden haben Ener-

Andreas Marklstorfer/E.ON Bayern AG:

E.ON EnergieSpar-Sanierung

„Der Gebäudebestand bietet Sanierungspotenziale“ führte Andreas Marklstorfer, zertifizierter Energieberater der E.ON Bayern AG, aus. Raumheizung und Warmwasser benötigten rund ein Drittel des Endenergieverbrauchs. Der Energieverbrauch sei Kostenfaktor auch in der öffentlichen Hand, Bausubstanz und Haustechnik seien bei vielen Gebäuden sanierungsbedürftig. Es bestehe ein erhebliches Potenzial zur Steigerung der Energieeffizienz - realistisch seien Einsparungen von 30 bis 50 %. „Die Energieeffizienz hat hohe politische Priorität, wobei öffentliche Gebäude Vorbildfunktion haben“, so Marklstorfer.

80 Prozent des deutschen Gebäudebestandes entsprechen nicht dem Anforderungsniveau der Energieeinsparverordnung EnEV 2009, stellte der Energieberater fest. 25 % der 5,7 Mio. Ölheizungen seien mittlerweile älter als 19 Jahre.

Dynamisierung der Gebäudesanierung

Anhand der Beispiele Europäische Gebäuderichtlinie, EU-Energieeffizienzplan 2011 und dem Bayerischen Energiekonzept: „Energie innovativ denken“ zeigte Marklstorfer auf, dass der politische Rahmen der EU und in Deutschland zu einer Dynamisierung der Gebäudesanierung führt. So wartet das Bayerische Energiekonzept mit folgenden definierten Herausforderungen auf:

1. Erneuerbare Energien deutlich schneller ausbauen - Gebäudebestand mit Solarthermie und Wärmepumpen verdoppeln. Ziel: Bis 2050 mindestens 50 % im Wärmebereich aus Erneuerbaren Energien
2. Reduzierung des Raumwärmebedarfs in öffentlichen, privaten und gewerblichen Gebäuden um 20 % in 10 Jahren
3. Ausstattung KfW für Wohngebäude soll auf jährlich 4 Mrd. Euro aufgestockt werden; falls nur 2 Mrd. Euro, dann ist Bayerisches Programm für energetische Gebäudesanierung selbst genutzter Wohnungen geplant
4. Schaffung steuerlicher Anreize, wenn Sanierung besser ist als EnEV-Standard
5. Staatliche Gebäude: Fortführung „Sonderprogramm zur energetischen Sanierung“ über 2011 hinaus mit jährlich 50 Mio. Euro
6. Kommunale Gebäude: Aufstockung Bayerisches Städtebauförderprogramm um 15 Mio. Euro jährlich
7. Energieagentur „Energie Innovativ“.

Ganzheitliches Betrachten

Wichtig sei es, Gebäude und Anlagentechnik ganzheitlich zu betrachten, erklärte Marklstorfer. Die Gemeinden verfügten

über viele Objekte mit unterschiedlicher Nutzung und unterschiedlicher Dringlichkeit. Für den Erfolg seien konkrete Sanierungsmaßnahmen nötig. Die E.ON EnergieSpar-Sanierung stelle ein Komplettangebot dar, das folgende Leistungen umfasst:

- Kostenloser Kurz-Check für Privatkunden
- Zustandsanalyse vor Ort mit Bewertung von Gebäudesubstanz und Heizungsanlage, Maßnahmenvorschlägen, Kostenschätzung und Wirtschaftlichkeitsbetrachtung
- Konzeptentwicklung zur Sanierung
- Fördermittelberatung
- Professionelle Angebotseinholung für die benötigten Leistungen
- Bau- und Qualitätsüberwachung inklusive Beauftragung, Beaufsichtigung und Abnahme der Baumaßnahmen
- Abrechnung mit den beteiligten Handwerkern.

Untersuchte Objekte

Als Beispiele untersuchter Objekte wurden die Sanierung der Turnhalle Markt Waldthurn, der Schule und des Feuerwehrhauses in Hohenkammer, eines kommunalen Mehrfamilienhauses in Bad Steben, eines Mehrfamilienhauses in München sowie die Sanierung eines Einfamilienhauses in München-Obermenzing angeführt. Die Auswertung von 30 untersuchten Objekten zeigt Marklstorfer zufolge ein hohes Einsparpotenzial.

Enormes Potenzial

Fazit: „Um die Einsparziele zu erreichen sind große Anstrengungen erforderlich.“ Die Energieeffizienz verfüge über ein enormes Potenzial gerade im Gebäudebereich. Dabei seien alle Objekte in der Kommune (öffentliche und private Bauten) zu betrachten. Diese komplexe Aufgabe erfordere die Zusammenarbeit aller Partner. „E.ON Bayern steht hier als kompetenter Partner zur Verfügung.“ **DK**



Andreas Marklstorfer.

gie-Einspar-Budgets und aus diesen in Accuramics 1100 investiert. Das Bayerische Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz sowie die Oberste Baubehörde im Bayeri-

schen Staatsministerium des Innern ließen den Keramikspeicher ebenso installieren wie u. a. der Landkreis Donau-Ries, die Stadt Vilsbiburg und die Erlanger Stadtwerke. **DK**

Wir liefern Ihnen Wärme direkt ins Haus

Mit ihren über 30 Kompetenzzentren vor Ort bietet die Südwärme den **Komplett-Service in der Wärmelieferung**: Bau, Finanzierung und eigenverantwortlicher Betrieb von Heizungsanlagen mit zuverlässigem 24-Stunden-Service.

Mit Wärmelieferung durch unsere kompetenten Gebäudetechnik-Fachbetriebe erhalten Sie bei Südwärme das **„Rund-um-sorglos-Paket“**.

www.suedwaerme.de

SÜDWÄRME
Gesellschaft für Energielieferung AG
Max-Planck-Straße 5
85716 Unterschleißheim

STEAG New Energies:

Fünf Windkraftanlagen in Lothringen geplant

Im lothringischen Woelfling-lès-Sarreguemines sollen fünf Windkraftanlagen entstehen. Michaël Weber, Bürgermeister von Woelfling-lès-Sarreguemines und Conseiller Régional, sowie STEAG New Energies-Projektleiter Bernard A. Tonnelier stellten das Projekt am 1. Juli 2011 Vertretern der Presse und der Gemeinde vor.

Am 27. Juni 2011 hat die STEAG-Tochter STEAG New Energies mit Sitz im saarländischen Saarbrücken die Projektgesellschaft PELCCE Energies S.à.r.l erworben. Die Projektge-

Muttergesellschaft STEAG. Die öffentlichen Genehmigungen liegen bereits vor. Die dazu benötigten Grundstücksflächen werden von der Gemeinde und ansässigen Landwirten langfri-

ersten Bau vorbereitenden Maßnahmen soll am 4. Juli 2011 begonnen werden.

Würdigung

Michaël Weber, Maire de Woelfling-lès-Sarreguemines und Conseiller Régional, würdigte das Projekt mit den Worten: „Wir sind als Gemeinde Woelfling-lès-Sarreguemines froh darüber, dass wir hier gemeinsam mit STEAG New Energies eine moderne Stromerzeugung auf Basis erneuerbarer Energien verwirklichen wollen.“

Aktivitäten ausbauen

STEAG New Energies-Projektleiter und Geschäftsführer der PELCCE Energies S.à.r.l, Bernard A. Tonnelier, sagte anlässlich der offiziellen Vorstellung des Projekts in Sarreguemines: „Wir als STEAG New Energies freuen uns darauf, mit diesem Projekt unsere Aktivitäten auf dem Gebiet der Windenergienutzung auszubauen und damit auch einen Beitrag zur Klima schonenden Energieerzeugung in Frankreich zu leisten.“

Hintergrund STEAG GmbH

Die STEAG GmbH ist bereits seit über 70 Jahren in der Energieerzeugung tätig. 2010 haben rund 4.800 Mitarbeiter – davon 1.600 im Ausland – einen Außenumsatz von 2.809 Millionen Euro und ein EBITDA von 436,8 Millionen Euro erwirtschaftet.

Kernkompetenzen

Zu den Kernkompetenzen der STEAG zählen Planung, Finanzierung, Bau und Betrieb hocheffizienter Kraftwerke. Als fünfgrößter deutscher Stromerzeuger betreibt das Unternehmen Steinkohlekraftwerke, Raffineriekraftwerke sowie zahlreiche Anlagen zur Energieerzeugung aus erneuerbaren Energien. Mit Steinkohlekraftwerken in Kolumbien, auf den Philippinen und in der Türkei ist die STEAG auch international vertreten. Die installierte Leistung beträgt weltweit etwa 9.400 Megawatt (MW), davon rund 7.700 MW in Deutschland.

Industrie und Kommune stellt der Wärme-/Abwärmeverbund Rain am Lech dar. Ausgangsbasis ist die Umstellung der Erzeugung von ca. 82.000 MWh Prozessdampf für die Firma Aviko von einer Gasturbinenanlage auf ein innovatives Biomasseheizwerk.

Ziel des neuen Energieversorgungskonzeptes ist eine nachhaltige, wirtschaftliche und umweltfreundliche Energieversorgung für den Industriekunden Aviko und die Stadt Rain inklusive der dortigen Großabnehmer.

Versorgungsstrategie

Die Versorgungsstrategie sieht Maidl zufolge die maximale Nutzung sämtlicher Synergien vor bei Einsatz innovativer, smarter Technologien. Die Trassenlänge und -führung des Fernwärmenetzes richtet sich nach den Hauptabnehmern und -Einspeisern sowie den Vorgaben der Stadt Rain am Lech. Die Inbetriebnahme der Biomasseanlage Aviko ist für Januar 2012 geplant, die des Netzes für September 2012. DK



Michaël Weber (links), Bürgermeister von Woelfling-lès-Sarreguemines und Conseiller Régional, und STEAG New Energies-Projektleiter Bernard A. Tonnelier stellten das Projekt vor.

sellschaft plant im französischen Woelfling-lès-Sarreguemines, nahe der Grenze zum Saarland, fünf Windkraftanlagen mit einer Nennleistung von jeweils 2,05 MW zu errichten. Das Bauvorhaben steht noch unter Gremienvorbehalt der

stig gepachtet. Die Windanlagen mit einer Nabenhöhe von 78,50 m werden von der Firma REpower SAS geliefert und installiert. Die Anbindung an das öffentliche Stromnetz wird vom französischen Netzbetreiber ERDF durchgeführt. Mit den

Dr. Undine Maidl/BEW:

Nachhaltige regionale Energieversorgung ...

... am Beispiel des Projektes Rain am Lech

Die Bayerische Elektrizitätswerke GmbH, ein 100-prozentiges Tochterunternehmen der Augsburger Lechwerke AG, wartet mit einem breiten Angebotsspektrum an Energiedienstleistungen auf. „Sämtliche Technologien und Brennstoffe werden abgedeckt“, erklärte Dr. Undine Maidl, Leiterin Energiedienstleistung BEW.

Dazu zählen Hackschnitzel/Energiepflanzen/Altholz/Pellets/Produktionsreste/Biogas (zeitgemäßer Einsatz regenerativer Energieträger, optimale Verwendung anfallender Reststoffe, Kooperation mit regionalen Lieferanten), oberflächennahe Geothermie/Großwärmepumpen (Hauptenergiequelle Grundwasser, Einsatzbereich derzeit bis 65 °C, Vorlauftemperatur bis 80 °C, höhere Vorlauftemperaturen durch Zuschaltung von Spitzenlastkesseln), Gas/Öl (technisch ausgereifte Kesseltechnologie, effizienter Einsatz fossiler Energieträger, Betrieb von KWK-Anlagen), industrielle Abwärme (Nutzung industrieller Abwärme für kommunale und gewerbliche Wärmeversorgungsleistungen, breites Know-how technischer Konzepte zur Abwärmefassung, z. B. aus Rauchgas), Wärmenetze (Planung, Bau und Betrieb von Wärmenetzen zur Verbindung von Wärmesenken und -quellen, Management multiplexer Netze, Gewährleistung von Redundanz) sowie kommunales Energiemanagement.

Regelmäßiges Controlling

Der Einbau eines elektronischen Energiemanagementsystems mit automatischer Datenerfassung ermöglicht regelmäßiges Controlling und Optimierung der Betriebsmittelverbräuche und ein schnelles Ein-

greifen bei möglichen Fehlfunktionen der Energieversorgungsanlage.

Partnernetzwerk

Die BEW nutze hierzu ein internes und externes Partnernetzwerk: die Kärntner Elektrizitätsbetriebe – KELAG, RWE Innogy Cogen/RWE Technology, KEVAG, EZA sowie ein Netzwerk externer Ingenieurbüros, Lieferanten/Hersteller und kommunaler Kompetenzträger. Ziel sei eine langfristige, sichere und umweltfreundliche Energieversorgung zu wettbewerbsfähigen Preisen, meist durch Vernetzung von Wärmequellen und Wärmesenken.

Flexibler Brennstoffmix

Voraussetzung für nachhaltige regionale Energieversorgungskonzepte sind nach Maidls Worten günstige Wärmeerzeugungskosten. Die günstigste Energie sei primär zu berücksichtigen, meist handle es sich dabei um Abwärme. Die Anlagenauslegung sollte einen flexiblen Brennstoffmix zulassen (z. B. Mix aus Gas und Biomasse). Auch sei der optimale Brennstoffmix in der Betriebsführung durch professionelles Lastmanagement sicherzustellen. Primärenergie müsse z. B. durch Portfoliomanagement professionell beschafft werden. Eine Win-Win Situation für

Große Marktpräsenz

Die STEAG GmbH ist Vorreiter bei modernen Technologien zur Steinkohleverstromung, die sich durch Ressourcenschonung und hohen Wirkungsgrad auszeichnen. In Deutschland besitzt das Unternehmen eine führende Stellung bei der Erzeugung von Strom und Wärme aus Grubengas sowie Biomasse und ist Marktführer beim Aufbau von Fernwärmeversorgungsanlagen auf Basis von Geothermie. Europaweit verfügt die STEAG GmbH über eine Marktpräsenz in 20 Ländern und ist mit über 200 Anlagen in den Bereichen Erneuerbarer Energien und Contracting aktiv. In der Verwertung von Reststoffen aus Steinkohlekraftwerken ist die STEAG GmbH europäischer Kompetenzführer.

Schwerpunkte Wind- und Bio-Energie

Die STEAG plant ein verstärktes Engagement auf dem Markt der erneuerbaren Energien. Schwerpunkte sind dabei Wind- und Bio-Energie. Gleichzeitig will STEAG auch ihre internationalen Aktivitäten auf diesen Gebieten deutlich ausbauen. Auf der höchsten Halde im Ruhrgebiet – auf Oberscholven in Gelsenkirchen sind zum Beispiel seit September 2010 zwei rund 100 m hohe Windenergieanlagen mit einer Leistung von je 2,3 Megawatt am Netz. Damit gelang STEAG der Eintritt in diesen Markt. Über bereits bestehende internationale Präsenz sollen weitere Windenergieprojekte auch im Ausland realisiert werden.

Informationen ab sofort unter www.steag.com

Heizomat GmbH:

Energie im Kreislauf der Natur

Die Firma Heizomat Gerätebau-Energiesysteme GmbH beschäftigt sich mit der Entwicklung und der Fertigung von Energiesystemen. Dank der innovativen Ideen des Unternehmens und den daraus resultierenden Patenten sind unzählige Firmen, Landwirte und Privathaushalte heute in der Lage, mit nachwachsenden Rohstoffen ihren Energiebedarf zu decken. Und dies so einfach und effizient wie mit üblichen fossilen Energieträgern.

Hackschnitzel bzw. Biomasse-Heizanlagen und Hackschnitzel-Hackmaschinen von Heizomat werden heute in ganz Europa eingesetzt. Firmen-Vertretungen befinden sich in über 26 Ländern.

Innovative Energiegewinnung

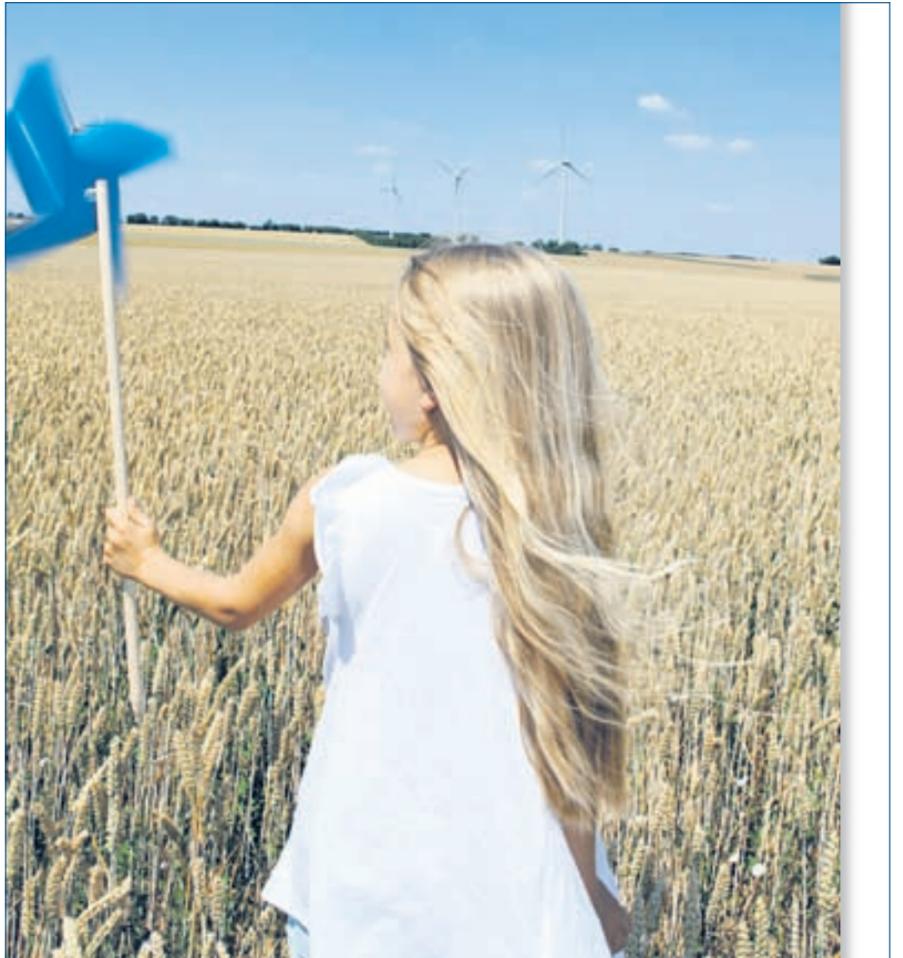
Heizomat fertigt jährlich automatische Hackschnitzel-Feuerungsanlagen mit einer Gesamtwärmeleistung von etwa 140.000 kW. Allein dadurch werden der Umwelt jährlich 82.000 Tonnen CO₂ erspart. Die Heizomat Feuerungsanlagen stehen für eine sichere, ausgereifte, innovative und saubere Energiegewinnung. Durch einen hohen Wirkungsgrad im Teil- und Vollastbetrieb von bis zu 93 %, durch Brennstoffvielfalt, wenig Brennstoffverbrauch sowie einem hohen Bedienkomfort und Sicherheit sind sie immer einen Schritt voraus.

„Energie im Kreislauf der Natur“ ist seit der Firmengründung 1982 durch Robert Bloos der Leitsatz von Heizomat. Extrem hohe und stark schwankende Rohstoffpreise sprechen für die von Heizomat entwickelten hocheffizienten Biomasse- und Hackgutkessel in

einem Leistungsbereich von 15 bis 990 kW.

Mit seinen Produkten deckt das Unternehmen das gesamte Spektrum von der Biomasse Gewinnung über die thermische Nutzung bis hin zur Biomasse Verwertung ab. Ob mit der von Heizomat entwickelten Greifzange Heizogreif, mit der Stamm- und Wipfelholz transportiert, über Hackmaschinen Heizohack, mit denen Stamm- und Strauchholz bis zu einem Durchmesser von 80 cm zu hochwertigen Holzhackgut gehackt werden kann, Biomassezerkleinerer Heizostroh bzw. dem Transport- und Fördersystem Heizotrans und Heizoschnecke, die die Biomasse bzw. das Hackgut optimal dosiert in die Hackgut- bzw. Biomassekessel fördern bis hin zu Heizocoat, einem mobilen Heizungssystem sowie Komplettlösungen, die individuell auf Kundenbedürfnisse angepasst werden: Heizomat hat für jede Anforderung eine geeignete Lösung.

Heizomat fertigt in seinen beiden Produktionsstandorten in Gunzenhausen/Maicha und Heidenheim. Damit sind Produkte auf höchstem technischem Niveau durch sehr gut qualifizierte Facharbeiter garantiert. DK



Frischer Wind für Ihre Energieerzeugung:

Biogas, Biomasse, Geothermie, Wind, Grubengas, Fernwärme, Contracting

STEAG New Energies GmbH
info-newenergies@steag.com, www.steag-newenergies.com

steag

Wasserwerk „Am Forsthaus“ in Betrieb genommen

„Wasser marsch!“ Mit diesem Ausruf nahm der Vorsitzende des Vorstands der N-ERGIE Aktiengesellschaft, Herbert Dombrowsky, das Wasserwerk „Am Forsthaus“ in Betrieb. 3,8 Mio. Euro investierte der Nürnberger Wasserversorger in den zwischen Leinburg und Brunn im Nürnberger Land gelegenen zweistöckigen Neubau und weitere 1,1 Mio. Euro in die Sanierung des Pumpwerks Ursprung.

Ab sofort bereitet das neue Wasserwerk das Grundwasser aus dem rund drei Kilometer entfernten Pumpwerk Ursprung ganz ohne Chemie auf.

Im Grundwasser aus Ursprung kommt natürlicherweise Kohlenstoffdioxid vor. Eine Anhebung des pH-Wertes verbessert die Wasserqualität und wirkt der Korrosion im Nürnberger Leitungsnetz entgegen. Bisher wurde das Ursprungswasser durch die Zugabe einer Natronlauge behandelt und anschließend zum Hochbehälter am Schmausenbuck weitergeleitet.

Das neue Wasserwerk „Am Forsthaus“ bildet nun eine Zwischenstation, in der durch Belüftung entsäuert wird. Hierzu wird das Ursprungswasser über zwei jeweils 9 mal 2 Meter große Flachbettbelüfter-Strassen geführt. Dort werden stündlich 5.600 Kubikmeter gefilterte Umgebungsluft fein verteilt in das Wasser eingeblasen. Die Luft löst das CO₂ aus dem Wasser und leitet es in die Umgebung ab.

Bis zu 20 Gramm des Gases werden pro Kubikmeter Wasser auf diese Weise herausgespru-

delt. „Mit dem Einsatz dieser ökologisch hochwertigen, betrieblich bewährten und sicheren Technik stellt die N-ERGIE einmal mehr ihre nachhaltige Wasserpolitik unter Beweis“, erläuterte Herbert Dombrowsky bei der Inbetriebnahme.

Nach der Belüftung fließt das Wasser in den Reinwasserbehälter und wird von dort in den ca. zehn Kilometer entfernten Hochbehälter Schmausenbuck in der Nähe des Nürnberger Tiergartens gepumpt. Pro Sekunde bewegt je der drei Pumpen bis zu 110 Liter Wasser. Je nach Jahreszeit und Bedarf sind bis zu zwei Pumpen gleichzeitig im Einsatz, die täglich zwischen 3.500 und 15.000 Kubikmeter Wasser auf den Weg zum Hochbehälter bringen.

Generalsanierung des historischen Wasserwerks Ursprung

Voraussichtlich im Herbst 2011 wird die Sanierung des Pumpwasserwerks Ursprung mit einer Investition von 1,1 Mio. Euro abgeschlossen sein.

Das Wasserwerk Ursprung ist ein Meilenstein in der Geschichte der Wasserversorgung von Nürnberg. Nachdem sich das erste kommunale Wasserwerk der Stadt, die 1856 erbaute Schwabmühle, als unzureichend erwies, ließen die Stadtväter 1885 rund 13 Kilometer vor den Toren Nürnbergs das Wasserwerk Ursprung errichten. Gleichzeitig entstand die erste Fernleitung, die die Wassergewinnung mit dem ebenfalls 1885 fertiggestellten Hochbehälter Schmausenbuck bis heute verbindet.

Verbesserte Qualität

Damit verbesserte sich die Qualität des Nürnberger Trinkwassers und die zur Verfügung stehende Menge verdreifachte sich annähernd von 54 auf 140 Liter pro Sekunde.

Seitdem wurde Ursprung mehrmals saniert und umgebaut. Im Rahmen der derzeitigen Generalsanierung trennt die N-ERGIE die Elektro- und Maschinentechnik räumlich und

Die (de-)zentrale Frage:

Wer sichert sich die kommunalen Energie-Potentiale?

Das Erneuerbare Energien Gesetz 2012 hat die letzte Hürde genommen: Anfang Juli stimmte der Bundesrat dem Gesetzespaket zu. Der verabschiedete Entwurf sieht insbesondere eine stärkere Förderung von Mammut-Projekten wie Offshore-Windkraft vor, doch auch dezentrale, kleinere Energieprojekte profitieren von der stabilen Unterstützung durch das EEG für die Umsetzung lokaler Klimaschutzkonzepte. An dem Eigenengagement der Kommunen wird sich nun zeigen, ob der Atomausstieg zu einem nachhaltigen Wandel der deutschen Energielandschaft führen wird.

Mit der kürzlich von der Bundesregierung beschlossenen Energiewende ist der Wettbewerb um die richtige Umsetzung nun voll im Gange: zentral oder dezentral, lokale Initiative oder über die großen Energieversorger. Aus kommunaler Sicht stellt sich dabei noch eine ganz andere Frage: Wie können Städte und Gemeinden effizient von der neuentdeckten, bundesweiten Begeisterung für die Erneuerbaren Energien profitieren und dabei die von EU und der Bundesregierung auferlegten Klimaschutzziele erfüllen? Denn auch wenn die zentrale Steuerung der Versorgung über wenige große Versorger bundespolitisch präferiert wird, bergen insbesondere die vor Ort in den Kommunen verwirklichten Projekte enormes regionales Wirtschaftswachstumspotential. Nur eine lokal verankerte Energiewende bietet Kommunen und Landkreisen die echte Möglichkeit, die Bevölkerung durch Bürgerbeteiligungsmodelle von Anfang an an einer zukunftsfähigen und klimafreundlichen Energieversorgung vor Ort teilhaben zu lassen.

Energieprojekte vor Großinvestoren sichern

Soll die Energiewende also zu einem nachhaltigen Wandel der Energielandschaft hin zu einem bürgernahen und dezentralen Modell führen, so ist es höchste Zeit für Kommunen ihr Potential für eine eigenständige Energieversorgung aktiv zu nutzen. „Die Kapazitäten der erneuerbaren Energien liegen vor allem in der dezentralen Implementierung. Statt ihre Flächen an große Energieversorger zu verpachten und dabei für den Spatz

sorgt damit für einen besseren Schutz der elektrischen Komponenten und der Steuerung. Zudem lässt sie den Sammel-schacht komplett überbauen.

Für die Arbeiten am Sammel-schacht nahm die N-ERGIE von Januar bis März 2011 das Pumpwerk außer Betrieb. Die übrigen Bauarbeiten können bei laufendem Betrieb vorgenommen werden.

Aus Ursprung stammen etwa 10 Prozent der durchschnittlich 90.000 Kubikmeter Wasser, die pro Tag in Nürnberg abgegeben werden.

Kinder singen das schönste Wasserlied

Den musikalischen Rahmen der Inbetriebnahme des Wasserwerks gestaltete die Klasse 4f der Nürnberger Wiesenschule. Die Schülerinnen und Schüler waren mit ihrem selbst komponierten und getexteten Beitrag „Unser Wasser ist kostbar“ die Gewinner des Wettbewerbs um das schönste Wasserlied, den die N-ERGIE Schulinformation ausgeschrieben hatte. Die fünf besten Lieder wurden am Weltwassertag prämiert.

Eine Aufnahme des Liedes ist im Internet zu hören: <http://www.n-ergie.de/N-ERGIE/internationaler-tag-des-wassers-2011-6404.html>.



Knopfdruck mit dem Kommando „Wasser marsch“. Von links: Pfarrerin Christiane Schlenk und Pfarrer Hermann Plank, Dr. Andreas Greving, Geschäftsführer AquaOpta GmbH, Kilian Sendner, Vertreter des Oberbürgermeisters der Stadt Nürnberg, Herbert Dombrowsky, Vorsitzender des Vorstands, N-ERGIE Aktiengesellschaft, Jiri Pavlik, Bereichsleiter Wasser, N-ERGIE. □

Stephan Auracher/SE Scherbeck Energy GmbH und Ernst Weindorfer/Baudirektor Regierung von Niederbayern:

Energiebeschaffung unter dem Aspekt der Energiereformen

Die SE Scherbeck Energy GmbH wurde 1998 gegründet und berät Energieunternehmen und Energieverbraucher in vielen Bereichen der Energiewirtschaft. Neben der Beratung bietet SE auch professionelle Dienstleistungen sowie Weiterbildung an. Neben dem Firmensitz in Hürth bei Köln besitzt die SE Scherbeck Energy GmbH auch Niederlassungen in München und Leipzig.

Gemeinsam mit der Fichtner GmbH & Co. KG hat SE im Herbst 2001 die FSE Portfolio Management GmbH gegründet. Dieses Unternehmen bietet professionelle Dienstleistungen im Bereich Energie- und Emissionshandel, Risikomanagement, Portfoliomanagement und Analysen an.

Das SE Team besteht aus Experten der Energiewirtschaft, des Energiehandels, der Energietechnik sowie der Informationstechnologie. Die Beratung wird unterstützt durch eigene Analysekompetenzen und professionelle, teils selbst entwickelte Tools. Beratungsfelder sind: Energieerzeugung, Energiehandel, Energiebeschaffung, Energievertrieb, Strategie-, Management-, Organisations- und Fachberatung.

Im Herbst 2010 hat der Freistaat Bayern eine öffentliche Erdgas-ausschreibung für alle seine ca. 400 Liegenschaften mit Erdgaskosten größer als 12.500 Euro für die Jahre 2011 und 2012 durchgeführt. Insgesamt wurden 1.300 GWh für die beiden Jahre ausgeschrieben. Federführend war die Oberste Baubehörde im Freistaat Bayern. Die Durchführung wurde fachlich von der SE Scherbeck Energy GmbH begleitet.

Aufgrund neuer Ansätze im Ausschreibungsverfahren verlief die Ausschreibung sehr erfolgreich. Der Freistaat Bayern konnte Kosteneinsparungen von ca. 25 % bzw. 20 Mio. Euro für zwei Jahre erzielen, nachdem bereits die Effekte durch die allgemeinen Preisentwicklungen berücksichtigt wurden.

Das Projekt umfasste neben der Ausschreibung auch ein umfangreiches Kündigungs- und Energiedatenmanagement der Liegenschaften, die bei ca. 65 Versorgungsunternehmen unter Vertrag standen.

Sämtliche relevanten Mengen- und Leistungsdaten für die Gasbelieferung sowie alle netzrelevanten Daten zur Überprüfung der angebotenen Netzentgelte wurden neu erhoben. Der Berater erstellte in Zusammenarbeit mit dem Auftraggeber außerdem ein Leistungsverzeichnis, einen Vertragsentwurf sowie Preisblätter, die für die Anbieter vorgegeben wurden. Diese Unterlagen wurden zuvor mit allen zuständigen Bezirksregierungen abgestimmt. Bei der Ausschreibung stand auch die mittelstandsfreundliche Gestaltung im Vordergrund. Deshalb wurden 20 Lose gebildet, für die insgesamt 21 Anbieter, in unterschiedlichen Kombinationen, angeboten haben.

Nach Auswertung, Veröffentlichung und Verstreichen der Einspruchsfrist ohne Vergabeentscheidungen bekamen 8 Versorger (3 Regionalversorger und 5 Stadtwerke) den Zuschlag. Um hohe Preisaufschläge für die sonst übliche 6 Wochen Bindefrist zu umgehen wurde in der Ausschreibung der Angebotspreis entsprechend einer vorgegebenen Formel angefragt, die sich mit den tagesaktuellen Marktpreisen aktualisiert.

Für das Frühjahr 2012 ist eine erneute Erdgasausschreibung für die Jahre 2013 und 2014 geplant. **DK**



Stephan Auracher. □

solarpark initiiert und umgesetzt, an dem sich die Bürger finanziell beteiligen konnten. „Das Interesse der Bevölkerung an dem Projekt war von Anfang an sehr groß. Bis auf ein paar sehr wenige, war die Resonanz auf den kommunalen Bürgersolarpark durchweg positiv. Die Erfolgsgeschichte spricht für

sich: Innerhalb von nur fünf Wochen waren alle Anteile am Solarpark Garching gezeichnet“, so Gabor. Das Projekt wurde sogar von der Stiftung Deutscher Nachhaltigkeitspreis unter die besten Drei in der Kategorie „Deutschlands nachhaltigste Initiativen“ gewählt.

Mareike Lenzen

StWN, N-ERGIE und VAG:

Wechsel im Vorsitz der Geschäftsführung bzw. des Vorstands

Zum 1. August 2011 geht Herbert Dombrowsky mit 61 Jahren nach über 14 Jahren an der Spitze der Unternehmen und über 22-jähriger erfolgreicher Vorstands- bzw. Geschäftsführertätigkeit für StWN, N-ERGIE und VAG in den Ruhestand. Ihm folgt als Vorsitzender der Geschäftsführung bzw. des Vorstands der 47-jährige Diplom-Betriebswirt Josef Hasler nach, der dem Vorstand bzw. der Geschäftsführung der Unternehmen bereits seit 2007 angehört.

Während der Amtszeit von Herbert Dombrowsky trieb der studierte Verwaltungswissenschaftler die Fusion von EWAG Energie und Wasserversorgung Aktiengesellschaft, Fränkisches Überlandwerk AG (FÜW) und MEG Mittelfränkische Erdgas GmbH zur N-ERGIE Aktiengesellschaft maßgeblich und erfolgreich voran und wurde Vorstand der neuen Gesellschaft.

2007 wurde Herbert Dombrowsky zum Vorsitzenden des Vorstands der N-ERGIE Aktiengesellschaft bestellt, die heute zu den 10 größten Energieversorgungsunternehmen in Deutschland zählt. Im vergangenen Jahr koordinierte Herbert Dombrowsky maßgeblich den Kauf der Thüga AG durch die Integra und KOM9 Konsortien von der E.ON AG. Mit einem Kaufpreis von 2,9 Mrd. Euro zählte dieser Unternehmenskauf bundesweit zu den größten Transaktionen im abgelaufenen Jahr.

Innerhalb der VAG hat er mit einem umfassenden Restrukturierungsprogramm die wirtschaftliche Konsolidierung des Unternehmens und die Entwicklung zu einem modernen Dienstleistungsunternehmen vorangetrieben. Seit 1997 hat er sich massiv für das Projekt der automatischen U-Bahn in Nürnberg eingesetzt.

Dombrowskys Nachfolger als Vorsitzender der Vorstände und der Geschäftsführung, Diplom-Betriebswirt Josef Hasler, ist seit dem Jahr 2007 bereits Mitglied der Geschäftsführung und Vorstand und wurde 2010 zum stellvertretenden Vorsitzenden des Vorstands bzw. der Geschäftsführung in allen drei Gesellschaften ernannt.

Josef Hasler ist mit dem Unternehmen nicht erst seit seiner Berufung in den Vorstand vertraut. Bereits von 1999 bis 2006 leitete er das Konzerncontrolling der Städtische Werke Nürnberg GmbH. Von 2002 bis 2006 war er zudem für den Zentralbereich Controlling der N-ERGIE Aktiengesellschaft verantwortlich.

Seit 1. Januar 2007 leitete er als Mitglied der Geschäftsführung der Städtische Werke Nürnberg GmbH und als Vorstand der VAG Verkehrs-Aktiengesellschaft Nürnberg das Finanzressort. □

Gebäudetechnische Projektierung



Helfrich Ingenieure Main-Rhön

Heizungs-, Klima- und Sanitärtechnik • Energieberatung
Regenerative Energiesysteme • Elektro- und EDV-Technik
Gebäudeautomation • Aufzugsanlagen • Technischer Brandschutz

Bad Kissingen Schweinfurt Bad Neustadt
Arnshäuser Str. 41 Niederwerner Str. 49 Berliner Straße 19
Tel. 0971/78 54 88-0 Tel. 09721/74 30-0 Tel. 09771/63 54 813

www.ing-helfrich.de • info@ing-helfrich.de

Bayerngas-Bilanzpressekonferenz 2010:

Weitere Investitionen dank erfreulichem Jahresergebnis

„Wir sind im Plan, sowohl mit den Investitionen in den Aufbau des Gasfördergeschäfts als auch mit der Entwicklung neuer Märkte sowie der Umsetzung der neuen Gasbeschaffungsstrategie“, stellte Marc Hall, Geschäftsführer der Bayerngas bei der Bilanzpressekonferenz in München zum Geschäftsjahr 2010 fest. Hall zufolge „ist unsere Bereitschaft zu weiteren Investitionen ungebrochen“. Die politische Energiewende in Deutschland zeige, „dass wir das Richtige vorweggenommen haben.“

Erneuerbare Energien, so Hall, benötigten einen starken Partner, den sie mit Erdgas haben. Im laufenden und kommenden Jahr werde die kommunale Gasbeschaffungsplattform Bayerngas weiter in den Erdgashandel und in das Gasfördergeschäft investiert. Die Gesellschafter der Bayerngas trügen das Wachstum mit und hätten sich auf eine Kapitalerhöhung von 60 Mio. Euro geeinigt.

Verschärfter Wettbewerb

Bayerngas beliefert Stadtwerke, regionale Weiterverteiler und große Industriekunden. Der Wettbewerb hat sich für Bayerngas bei allen Kundengruppen erheblich verschärft. Dennoch hat das Unternehmen mit 69 Mrd. kWh nur geringfügig weniger Gas verkauft als im Vorjahr (2009: 70 Mrd. kWh). Im bestehenden Markt musste Bayerngas vor allem bei den regionalen Weiterverteilern Absatzverluste hinnehmen. Positiv verlief dagegen das deutschlandweite Industriekundengeschäft.

Im vergangenen Jahr ist Bayerngas weiter den Marktanforderungen ihrer Gesellschafterkunden gefolgt. Mit den Kunden wurde ein Beschaffungssystem auf Basis eines gemeinsamen Tranchen-Modells entwickelt. Die Stadtwerke minimieren damit Risiken und erhöhen ihre Re-

aktionsfähigkeit auf Marktveränderungen.

Bereits 2006 hatte Bayerngas die Bayerngas Norge AS in Oslo gegründet, um sich und ihren Gesellschaftern Zugang zu eigenen Gasquellen zu sichern. Bereits kurz nach der Gründung hatte sich das Unternehmen an der Lizenz PL090C mit dem Gasfund Vega South mit 25 % beteiligt. Im Dezember 2010 ist Vega South in Betrieb gegangen. Damit fördern kommunale Unternehmen erstmals eigenes Gas.

Bohrung Assing R1

Bei der Suche nach Erdgas in Bayern haben die österreichische Rohöl-Aufsuchungs Aktiengesellschaft (RAG) und die Bayerngas GmbH einen ersten Erfolg erzielt. Die Partner haben mit dem in der Bohrung Assing R1 angeordneten Gas wirtschaftlich förderbare Reserven nachgewiesen. Assing liegt nordöstlich vom Chiemsee in der Salzach-Inn-Region in Bayern. Bayerngas hält 30 % an der entsprechenden Lizenz.

Planungen

Geplant ist, voraussichtlich 13 Mio. Kubikmeter Gas ab 2012 zu produzieren und zu vermarkten. Die Aufsuchungsbohrung wird als Produktionsbohrung genutzt. Das Gas könnte über eine Anschlussleitung an das nur 500

Meter entfernte Pipelinennetz der Energienetze Bayern GmbH abtransportiert werden. Assing wäre die erste reine Gasförderung in Bayern seit 1996.

Im Geschäftsjahr 2010 ist der Konzern-Umsatz wegen nicht mehr zu berücksichtigender Umsatzerlöse aus dem Teilkonzern Bayerngas Norge AS, Oslo, und der Preisentwicklungen unter Einfluss der Handelsmärkte auf 1,74 Mrd. Euro gesunken (Vorjahr 2,01 Mrd. Euro). Bayerngas Norge wird aufgrund einer Anteilsreduzierung im Geschäftsjahr 2010 auf 31,5 Prozent nicht mehr im Wege der Vollkonsolidierung berücksichtigt (zuvor 53,7 Prozent). Korrespondierend dazu minderte sich der Materialaufwand auf 1,67 Mrd. Euro (Vorjahr 1,84 Mrd. Euro). Der Konzernjahresüberschuss beträgt 55,9 Mio. Euro (Vorjahr 24,5 Mio. Euro).

Neue regionale Märkte

Die Bayerngas GmbH hat im vergangenen Geschäftsjahr 68,8 Mrd. kWh verkauft und einen Jahresüberschuss von 58,9 Mio. Euro erzielt. Der Gasabsatz liegt damit leicht unterhalb der Rekordabsatzmarke von rund 70 Mrd. kWh vom Vorjahr. Die 2009 eingeleitete Positionierung der Bayerngas in neuen regionalen Märkten wurde konsequent weitergeführt.

An die städtischen Gesellschafterkunden lieferte Bayerngas 28,1 Mrd. kWh. Das sind 6,6 % weniger als im Vorjahr (30,1 Mrd. kWh). Der Absatz an die regionalen Weiterverteiler (einschließlich TIGAS – Erdgas Tirol GmbH) ging deutlich auf 19,8 Mrd. kWh in 2009 auf 14,4 Mrd. kWh zurück (minus 27,6 %).

Sowohl die Umsatzerlöse des Mutterunternehmens als auch die Aufwendungen für die Gasbeschaffung sind 2010 gegenüber dem Vorjahr gesunken, von 1,89 Mrd. Euro auf 1,68 Mrd. Euro bzw. 1,73 auf 1,56 Mrd. Euro. Der Jahresüberschuss der Bayerngas GmbH von 58,9 Mio. Euro (2009: 77,8 Mio. Euro) lässt neben einer Ausschüttung von erneut 18 % auf das gezeichnete Kapital (2009: 18 % zuzüglich 5 Prozent Bonus) eine Zuführung zu den Gewinnrücklagen von 44,7 Mio. Euro zu.

Die Perspektiven von Gas in Bayern stark aufgewertet hat die Bayerische Staatsregierung mit der Verabschiedung ihres Energiekonzeptes. Bis 2021 will der Freistaat einen Ausstieg aus der Kernenergie realisiert haben. 50 Prozent des Stromverbrauchs sollen bis dahin von erneuerbaren Energien gedeckt sein (2009: rund 23 Prozent). Erdgas wird als Systempartner diesen Ausbau ermöglichen und als Energiepartner seinen Anteil am Stromverbrauch ebenfalls auf 50 Prozent steigern (2009: 10,3 Prozent).

Kraftwärmekopplung als ambitioniertes Ziel

Positiv bewertet Bayerngas den Schwerpunkt auf die Kraftwärmekopplung, die sowohl zentral als auch dezentral mit Gas erfolgen kann. Das Ziel ist ambitioniert, aus Sicht der Bayerngas aber zu schaffen. Bis 2021 lässt sich die Pipeline- und Speicherstruktur für Süddeutschland ausbauen.

Bayerngas plant die Investition in eine neue Hochdruckleitung namens „Monáco“ von der österreichischen Grenze (Burghausen) nach Finsing bei München. Der Weiter- und Ausbau der Leitung als süddeutsche Trasse Richtung Westen wird nunmehr forciert. Das Raumordnungsverfahren für die erste Phase ist abgeschlossen, das Planfeststellungsverfahren ist in Vorbereitung. **DK**



Anregende Gespräche zwischen den Vorträgen. □

Genossenschaftsverband Bayern:

Energiewende braucht Taten

Die Energieversorgung in Deutschland steht vor einem Strukturwandel. Dieser wird allerdings nur gelingen, wenn von politischer Seite alle zur Verfügung stehenden Instrumente konsequent genutzt werden. Davon ist Stephan Götzl, Präsident des Genossenschaftsverbands Bayern, überzeugt: „Bereits heute könnte durch einfache steuerrechtliche Maßnahmen die dezentrale Erzeugung von Wärme und Strom deutlich vorangetrieben werden.“

Götzl fordert, die Nutzung von land- und forstwirtschaftlichen Flächen oder Betriebsvorrichtungen sowie die Verarbeitung von land- und forstwirtschaftlichen Erzeugnissen im Rahmen der Energieerzeugung (Wärme und Strom) als land- und forstwirtschaftliche Betätigung anzuerkennen. Götzl: „Wir brauchen Taten, die unterstreichen, dass es die Politik ernst meint mit der Energiewende.“

Rechtssicherheit schaffen

Dazu sei es notwendig, dass die Finanzverwaltung von der Politik angewiesen werde, strittige Auslegungen des Körperschaftsteuergesetzes zurückzunehmen und von der Gewerblichkeit der Energieerzeugung abzurücken. Zudem könne eine leicht zu realisierende

Klarstellung im Körperschaftsteuergesetz Rechtssicherheit schaffen. Das alles würde ermöglichen, dass Genossenschaften steuerbefreit Wärme und Strom produzieren könnten.

Feste Verankerung

Götzl: „Die Rechtsform ist prädestiniert, um die regionale Erzeugung erneuerbarer Energien zu bewerkstelligen. Gerade mit den Landwirten würde dabei auf eine Bevölkerungsgruppe gesetzt, die bereits in den letzten Jahren erfolgreich die regenerative Energieerzeugung vorangetrieben hat.“ Hinzu komme, dass Genossenschaften seit jeher in der deutschen Landwirtschaft verankert sind. Jeder deutsche Landwirtschaftsbetrieb ist durchschnittlich in zwei Genossenschaften Mitglied. □

Dezentrale Energieversorgung braucht intelligente Verteilung

RENEXPO® zeigt Lösungsansätze für ein zukunftsfähiges Stromnetz auf

Die Stromnetze der Zukunft und die damit verbundene Integration erneuerbarer Energien stellt Energiewirtschaft, Wissenschaft und Politik vor eine der größten Herausforderungen und ist Garant für eine erfolgreiche Energiewende. Dieses zukunftsweisende Thema ist das Leitthema der diesjährigen RENEXPO®, der 12. internationalen Energiefachmesse vom 22. bis 25. September in Augsburg. Neben dem 1. Fachkongress „Zukunftsfähige Stromnetze - Netzintegration erneuerbarer Energien, Stromnetz- und Ausbau“ bildet der Gemeinschaftsstand „intelligent energy“ die zentrale Kommunikationsplattform für Experten und Aussteller auf der RENEXPO®.

„Das Thema Netzintegration und deren intelligenter Ausbau ist das Schlüsselthema einer erfolgreichen Energiezukunft“, unterstreicht der Geschäftsführer des Veranstalters der RENEXPO®, Johann Georg Röhm von der REECO GmbH, „es ist essentiell für eine erfolgreiche Energiewende und Zukunftsgarantie für eine dezentrale Energieversorgung.“

Neue Technologien der Stromerzeugung stellen neue Anforderungen an die zukünftige Verteilung und Speicherung von Energie. Wenn in Norddeutschland zunehmend Strom aus Windkraftanlagen produziert wird, und in Süd- und Westdeutschland Kernkraftwerke abgeschaltet werden, erfordert dies völlig neue Anforderungen an den zukünftigen Netzausbau und das Strommanagement in Deutschland. Diese Problematik wird auf dem 1. Fachkongress „Zukunftsfähige Stromnetze - Netzintegration erneuerbarer Energien, Stromnetz- und Ausbau“ diskutiert. Referenten aus Politik, Wissenschaft, Energiewirtschaft und Produzenten zeigen Lösungsansätze auf.

Diskutiert werden neben den energiepolitischen Anforderungen an das Stromnetz von morgen auch die Probleme der Verteilung. Smart Grids sollen die Vernetzung von Erzeugern, Verbrauchern und Speichern optimal steuern. Virtuelle Stromversorgungssysteme wie Smart Metering und Smart Home werden dabei eine wichtige Rolle spielen. Intelligente Lösungen können den dezentralen Ausbau erneuerbarer Energien beschleunigen. Somit leisten sie einen wichtigen Beitrag zum Erreichen der EU-Emissionsziele und sind notwendige Voraussetzungen zur weiteren Integration Erneuerbarer Energien.

Fundamentaler Umbau

Der Verband der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft e.V. (VBEW) ist Partner des Kongresses. Derzeit werden nach Angaben des Verbandes 28 Prozent des bayerischen Stromverbrauchs aus erneuerbaren Energien gedeckt. Die stärksten Zuwächse kamen 2010 aus der Photovoltaiknutzung. Während die Stromerzeugung aus Wasserkraft und

Biomasse rund um die Uhr zuverlässig einen Beitrag zur Energieversorgung leistet, wird der Photovoltaikstrom nur an den sonnigeren Tagen in das Netz eingespeist. Erst wenn es kostengünstige Speichertechnologien gibt, ist dieses entscheidende Manko zu beheben. „Der Umbau der Energieversorgung ist fundamental“, unterstreicht Detlef Fischer, Geschäftsführer des VBEW. „Es gelte, die erneuerbaren Energien noch viel stärker in die vorhandene Energieinfrastruktur zu integrieren und das Energiesparen voranzutreiben.“ Nur so könne man den bayerischen Energieverbrauch (Strom, Mobilität, Gebäudewärmebedarf etc.) verstärkt aus erneuerbaren Energien decken.

Neben dem Kongress bildet der Gemeinschaftsstand „Intelligent Energy“ eine wichtige Kommunikationsplattform zum Informationsaustausch und Networking. Hier präsentieren Aussteller Lösungsansätze und Beispiele aus der Praxis. Damit hat die Messe einen idealen Branchentreffpunkt für Experten, Fachbesucher und potentielle Auftraggeber aus den Bereichen Smart Grids, Smart Metering und Smart Home.

Die 12. RENEXPO® bildet die gesamte Bandbreite der regenerativen und dezentralen Energieerzeugung, der intelligenten Energieverteilung sowie der effizienten Energieverwendung ab. Aufgrund ihrer einzigartigen Themenvielfalt ist sie der Branchentreffpunkt Nummer 1.

Infos: www.renexpo.de. □

LEW

Lechwerke



WASSER. KRAFT. LEW.

„Wir bohren und schweißen unter Wasser. Und kontrollieren regelmäßig die Turbinen, Wehre und Dämme. So kann die Lechwerke-Gruppe sauberen Ökostrom in sicheren Wasserkraftwerken an Lech, Wertach, Iller, Günz und Donau produzieren.“

Wilhelm Reitsam, Kraftwerkstaucher der Bayerischen Elektrizitätswerke

VORWEG GEHEN

www.lew.de

Maximilian Faltlhauser/E-Auto Infrastruktur GmbH:

Potenziale und Grenzen der Stromerzeugung

...mit erneuerbaren Energien in Deutschland

Wie der Geschäftsführer der E-Auto Infrastruktur GmbH, Maximilian Faltlhauser, darlegte, gibt es in Deutschland vier verschiedene Formen der Stromerzeugung durch erneuerbare Energien: Windenergie, Photovoltaik, Wasserkraft und Biomasse (KWK-Anlagen (Kraft-Wärme-Kopplung)). Neben diesen Techniken existieren noch weitere Erzeugungsformen, z. B. solarthermisch und geothermisch. Jedoch seien diese Techniken in Deutschland nicht sinnvoll einsetzbar oder von nur marginaler Bedeutung.

Betrug die Brutto-Stromerzeugung hierzulande im Jahr 2009 noch 593,2 Mrd. kWh, waren es 2010 bereits 621 Mrd. kWh. Laut Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) waren die Anteile bei der Stromerzeugung im vergangenen Jahr wie folgt gestaffelt: Braunkohle: 24 %, Kernenergie 22 %, Steinkohle 19 %, Erneuerbare 16 %, Erdgas 14 %, Heizöl, Pumpspeicher und Sonstige 5 %. Innerhalb der Erneuerbaren Energien ergab sich folgendes Bild: Windkraft 6 %, Biomasse 5 %, Wasserkraft 3 %, Photovoltaik 2 % und Siedlungsabfälle 1 %.

Als Anforderungen an die Stromerzeugung in Deutschland nannte Faltlhauser den Umweltschutz (Klimaschutz CO₂, Förderung erneuerbarer Energien, Energiemix), die Wirtschaftlichkeit (günstiger Strom, Wettbewerb/Strommarkt, Steuern/Umlagen, Förderung) und die Versorgungssicherheit (Stromnetze, smart grid).

Mit dem EEG erhielten Anlagebetreiber garantiert 20 Jahre

lang eine festgelegte Vergütung für ihren erzeugten Strom und Netzbetreiber würden zu dessen vorrangiger Abnahme verpflichtet. Die Vergütungssätze sind nach Technologien und Standorten differenziert und sollen einen wirtschaftlichen Betrieb der Anlagen ermöglichen. Der für neu installierte Anlagen festgelegte Satz sinkt jährlich um einen bestimmten Prozentsatz. Durch diese stetige Degression wird ein Kostendruck im Sinne einer gewollten Anreizregulierung erzeugt: Anlagen sollen effizienter und kostengünstiger hergestellt werden, um langfristig auch ohne Hilfen am Markt bestehen zu können.

Zukünftige Herausforderungen der Stromerzeugung in Deutschland sind nach den Worten Faltlhausers die Speicherung von erneuerbarer Energie und von Strom, das Stromsparen, die CO₂-Einsparung (elektrisch versus thermisch) und die Technologieentwicklung (Erzeugungstechnik versus Speichertechnik). **DK**

Wolfgang Tauber / E.ON Bayern AG:

Solidargemeinschaft Stromnetz

Erzeugung und Verbrauch müssen für eine sichere Stromversorgung zu jedem Zeitpunkt im Gleichgewicht sein. Abweichungen hiervon können an der Netzfrequenz abgelesen werden. „So wie das EKG beim Menschen spiegelt die Netzfrequenz den ‚Gesundheitszustand‘ des Stromversorgungssystems wider“, erläuterte Wolfgang Tauber, Leiter der BE Netzführung, E.ON Bayern AG.

Der Übertragungsnetzbetreiber (ÜNB) hat die Aufgabe, die Differenz zwischen Erzeugung und Verbrauch mittels des Einsatzes von Regelenergie in seiner Regelzone (insgesamt gibt es bundesweit vier Zonen) auszugleichen. Dies war Tauber zufolge in Zeiten vor dem Unbundling für den ÜNB eine vergleichsweise einfache Aufgabe. Der Verbrauch in der Regelzone war dem zuständigen ÜNB auf Grund von Erfahrungswerten und mit Unterstützung von Prognosesystemen bekannt.

Die Kraftwerkseinsatzplanung des ÜNB übernahm den Einsatz der erforderlichen Kraftwerksleistung, den Einsatz von Regelenergie und die Koordination des Leistungsaustausches mit benachbarten Netzbetreibern. Nach der Einführung des Unbundling und des freien Wettbewerbs für Erzeugung und Vertrieb war dies mit der bisherigen Vorgehensweise nicht mehr zu bewältigen. Bilanzkreise helfen jetzt die Aufgabe zu lösen.

Die sog. Bilanzkreisverantwortlichen (BKV) haben dafür zu sorgen, dass innerhalb jeder Viertelstunde die Leistungsbilanz ihrer Bilanzkreise ausgeglichen ist. Sie melden dies mittels Fahrplänen bis 14:30 Uhr des Vortages an den ÜNB. Der ÜNB hat nach wie vor die Aufgabe, die Differenz zwischen dem angemeldeten Fahrplänen und dem tatsächlichen Verbrauch bzw. der Einspeisung mittels des Einsatzes von Bilanzkreis Regelenergie auszugleichen.

Versorgungssicherheit, so Tauber, umfasse alle Stufen der Wertschöpfungskette, also die Erzeugung, den Transport und die Ver-

teilung. Dem Transportnetz falle wegen seiner gesetzlich zugewiesenen Verantwortung für das Gesamtsystem eine besondere Bedeutung zu. Netze seien im allgemeinen nur einmal vorhanden. Auf deren Auslegung und Betrieb sei deshalb im Hinblick auf die Versorgungssicherheit besonders zu achten – auch bei der Nutzung als Einspeisernetz. Tauber: „Die Versorgungssicherheit kann nicht losgelöst betrachtet werden. Sie ist immer in Verbindung mit Wirtschaftlichkeit und Umweltverträglichkeit auf allen Wertschöpfungsstufen zu sehen.“

Photovoltaik mit hohen Zuwächsen

2010 wurden allein im Netzbereich von E.ON Bayern 50.000 neue Photovoltaikanlagen ange-schlossen - insgesamt waren es dort im vergangenen Jahr 152.000 mit einer installierten Anlagenleistung von 3200 MW. Wie Tauber hervorhob, sei die Anlagenrentabilität stark geprägt von den regionalen Gegebenheiten. Die hohen Zuwachsraten von Photovoltaik im bayerischen Raum erklärten sich mit der bundesweit höchsten Zahl von Sonnenscheinstunden (bis zu 1.250 Stunden) und einer 30 % höheren Globalstrahlung, 40 % der bundesweit installierten Photovoltaik-Leistung befinde sich in Bayern.

Als neue Herausforderungen der Stromversorgung nannte Tauber den Bau von „Intelligenten Netzen“, die Entwicklung von Stromspeichern und Spannungsreglern für Ortsnetzstationen sowie die



In einem von Maximilian Faltlhauser (siehe Bild) organisierten Grundlagenseminar wurden wichtige Basisinformationen vermittelt. **DK**

Arno Pöhlmann/LEW, ÜWK:

Mit alten und neuen Wärmequellen effizient heizen

Wärmepumpen nutzen die Energie der Sonne, gespeichert im Erdreich, im Grundwasser, in der Luft sowie aus Abwärme. Laut Arno Pöhlmann (Bundesvorstand Wärmepumpe, Lechwerke AG, Überlandwerk Krumbach) werden Wärmepumpen erfolgreich zum Beheizen oder Kühlen von Wohngebäuden, Schwimmbädern oder Gewerbebetrieben eingesetzt. Die Nutzung der Wärmeenergie spare nicht nur Heizkosten, sondern sei durch die deutlich geringere CO₂ Belastung wesentlich umweltfreundlicher als zum Beispiel eine Ölheizung.

Bei der Erdreich-Wärmepumpe wird die Wärmequelle durch Sonden oder Kollektoren erschlossen. Erdsonden werden bis zu 100 Meter tief in den Boden eingelassen. Sie bestehen aus zwei U-förmigen Kunststoffrohren, in denen Wasser, das mit Frostschutzmittel versetzt ist, fließt. Der Durchmesser einer Erdsonde ist nicht größer als eine gängige Musik-CD. Erdkollektoren wiederum sind ein waagrechtes Rohrschlangensystem, das etwa 20 cm unter der Frostgrenze verlegt wird und durch das Wasser, das mit Frostschutzmittel versetzt ist, fließt.

Ist Grundwasser vorhanden, eignet dieses sich ideal als Wärmequelle. Denn seine Temperatur bleibt während des ganzen Jahres relativ konstant. Benötigt werden lediglich zwei Brunnen: ein Förderbrunnen, der das Wasser holt, und ein Schluckbrunnen, der es zurückleitet.

Luft gibt es als Wärmequelle überall. Ein weiterer Vorteil: Sie lässt sich ohne großen baulichen Aufwand erschließen. Ventilatoren führen die Außenluft am Verdampfer der Wärmepumpe vorbei, der ihr Wärme entzieht. Da mit fallender Außentemperatur die Leistung der Wärmepumpe nachlässt, unterstützt sie ein Elektro-Heizstab an den wenigen extrem kalten Tagen des Jahres mit durchschnittlichen Temperaturen unter minus 5 °C. Der Heizstab übernimmt weniger als 10 % der Jahresarbeit.

Spezielle Wärmepumpen sind die direktverdampfende Wärmepumpe (das umweltfreundliche Arbeitsmittel strömt ohne zusätzliche Antriebsenergie und ohne zusätzlichen Wärmetauscher durch die Erdkollektorrohre) sowie die CO₂-Erdsonde. Flüssiges CO₂ sinkt in einer Erdsonde nach unten, nimmt Wärme auf, verdampft und steigt ohne Hilfsantriebe wieder nach oben. Beide Maßnahmen tragen zur Effizienzsteigerung der Wärmepumpe bei.

Neue Wärmepumpen können auch kühlen, so Pöhlmann. Die aktive Kühlung erfolgt durch einen reversiblen Betrieb. Die Wärmepumpe wird zum Kühlschrankschrank. Die passive Kühlung erfolgt durch einen zusätzlichen Wärmetauscher. Die niedrige Erdreichtemperatur wird über einen Wärmetauscher an die Fußbodenheizung weitergegeben.

Die Wärmepumpe nutzt Sonnenenergie, aber sie benötigt Strom zum Antrieb des Verdichters. Wärmepumpen benötigen nur 20 bis 40 % Stromanteil – die restliche Energie kommt aus der Wärmequelle. Das Cineplex-Center in Memmingen wird beispielsweise mit einer Wärmepumpe geheizt und mit Grundwasser gekühlt. Die jährliche Ersparnis liegt bei 55 % der Heizkosten und 95 % der Kühlkosten. Die 2009 eröffnete Impuls-Arena Augsburg wiederum wird mit zwei Grundwasser-Wärmepumpen und einem Spitzenlast-Bio-Erdgaskessel beheizt und gekühlt. Der Strom wird aus Wasserkraft erzeugt. Es handelt sich hierbei um die erste CO₂-neutrale Fußballarena der Welt.

Wie Pöhlmann darlegte, ist die weitere Entwicklung der Wärmepumpe abhängig von der Entwicklung der Öl- und Gaspreise, der Kosten für die Errichtung einer Wärmepumpenanlage, von Vorschriften und Auflagen sowie der Unterstützung durch die Politik. **DK**

Maximilian Faltlhauser/E-Auto Infrastruktur GmbH:

Deutsche Energiepolitik als Vorbild für die Welt?

Deutschland als Vorbild für die globale Stromerzeugung? Folgende Ansatzpunkte bieten sich laut Maximilian Faltlhauser an: Umweltschutz, Wirtschaftlichkeit und Versorgungssicherheit. In punkto Stromausfälle sei Deutschland im internationalen Vergleich bereits Vorbild. So sei 2008 der Strom lediglich zwischen 21 und 37 Minuten ausgefallen.

Prognosen bis 2020 besagten, dass der Strom und Energieverbrauch weltweit ansteigen wird. Der weltweite Strombedarf werde voraussichtlich von 15.400 Mrd. kWh im Jahr 2000 auf 28.000 Mrd. kWh im Jahr 2020 zunehmen.

Lösungsansätze biete zunächst die technische Entwicklung der Windenergie. Hier sei in den letzten 30 Jahren ein enormer technologischer Fortschritt zu verzeichnen. 2 MW-Anlagen seien heute Standard. Auch in der technischen Entwicklung der Photovoltaik habe sich einiges getan: So seien Solarstromanlagen seit 2006 mehr als 50 % billiger.

„Atomusstieg in Deutschland versus Kernenergie weltweit“ sei ein weiteres zu beobachtendes Phänomen, so Faltlhauser. Vor Fukushima waren weltweit 439 Kernreaktoren in Betrieb, 36 im Bau und 81 in Planung. Nach der Katastrophe

sind 441 Kernreaktoren in Betrieb, 60 im Bau und 153 in Planung. Dagegen wurden in Deutschland nach Fukushima bereits einige Reaktoren stillgelegt, so dass es derzeit hierzulande nur noch 17 Kernreaktoren gebe.

Faltlhauser wies bilanzierend darauf hin, dass Deutschland die technische Entwicklung der Windenergie maßgeblich initiiert und vorangetrieben habe. Zudem sei auch die technische Entwicklung der Photovoltaik maßgeblich forciert worden. Aus Deutschland kämen zukunftssträchtige Initiativen wie DESERTEC, jedoch sei die Elektromobilität als Trend verschlafen worden. Hier bestehe deutlicher Nachholbedarf. Darüber hinaus sei kaum ein politischer Wille beim technischen Problem Speicherung von Energie, die durch erneuerbare Energien erzeugt wurde, erkennbar. **DK**

Christine Naglatzki/Uhrig-Kanaltechnik GmbH:

Abwasser-Wärmerückgewinnung ...

... aus dem öffentlichen Kanalnetz

Die Firma Uhrig mit Sitz in Geisingen gehört zu den innovativen Bauunternehmungen in Deutschland, mit Spezialisierung auf Kanalbau, Rohrtechnik und städtische Kanalnetzbewirtschaftung. Das Unternehmen unterteilt sich in die Uhrig Strafen- und Tiefbau GmbH - mit Anlagenbau und Netzbewirtschaftung - sowie in die Uhrig Kanaltechnik GmbH mit den Produktpartnern Quick-Lock für eine ökonomische Kanalsanierung und Therm-Liner für die ökologische Nutzung von Energie aus Abwasser, wie Dipl.-Ing. Christine Naglatzki berichtete.

Uhrig macht mit ihrem Therm-Liner System das Wärmepotential des Abwassers über Wärmetauscher zum Heizen von Gebäuden nutzbar. So kompletieren laufend neue Ideen das breite Spektrum an Service-Angeboten rund um den Kanal.

Abwasser fließt täglich in großen Mengen als „Abfall“-Produkt durch die städtischen Kanalisationsnetze. In diesem Abwasser steckt eine enorme Energiemenge, die zur Beheizung oder Kühlung von Gebäuden genutzt werden kann. Das Abwasser überströmt das am Boden des Kanals montierte Therm-Liner-System. Die so gewonnene Energie wird zur Heizzentrale weitergeleitet und mittels Wärmepumpentechnik auf dem gewünschten Niveau verwertet.

Selbst bei geringen Wassermengen bietet Therm-Liner in der Form A eine hohe Entzugsleistung an Energie aus dem Kanal. Der Einbau kann in bestehenden Kanälen wie auch in neuen Kanälen erfolgen. Mit integriertem Wärmetauscher ist der Therm-Liner in der Form B besonders für größere Wassermengen ausgelegt. Er kann modular in bestehenden wie auch in neuen Kanälen sofort eingebaut werden.

Von dieser innovativen Idee profitierten letztlich alle, machte Christine Naglatzki deutlich. Industrie und Gewerbe sparten Investitionen in Kühltechnik und Einleitungsgebühren, um die bezahlte Energie wieder teuer zu entsorgen. Für die Städte werde eine regenerative, wirtschaftliche Energiequelle erschlossen und man sei unabhängig von Energieexporten. Zudem garantierten geringere Einleitertemperaturen in Gewässer und Atmosphäre einen nachhaltigen Natur- und Umweltschutz. **DK**

„Nutzen Sie das ‚Rohöl‘ unserer Städte“, so Naglatzki Appell. Anhand folgender Beispiele zeigte sie den sinnvollen Einsatz von Therm-Liner zur Energiegewinnung aus Abwasser auf.

Beispiel 1: Der direkt vor der Tür, in 8 Meter Tiefe verlaufende Abwasserkanal liefert fast die gesamte Heizenergie des energetisch sanierten Rathauses in Fürth. Mit dieser Maßnahme legt die Stadt Fürth als erste fränkische Kommune bei einer energetischen Gebäudesanierung die ökologische Messlatte sehr hoch.

Beispiel 2: Die Randbedingungen für die Gewinnung von Wärme aus Abwasser waren in Pinneberg nahezu ideal. Deshalb entschloss sich der azv Südholstein-Klärwerk Hetlingen im Zuge der Sanierung eines Sammlerabschnittes diese günstigen Voraussetzungen zu nutzen, um das nahe gelegene Schul- und Gemeindezentrum mit Sporthalle sowie das Feuerwehrgerätehaus mit Wärme aus dem Abwasserkanal zu versorgen.

Beispiel 3: Das Nordwestbad in Bochum erhält aus dem Marbachkanal eine Entzugsleistung von 150 kW über 46 Meter Wärmetauscher. Die Einsparung bei Energie beträgt ca. 48 %, bei CO₂ sogar 60 %. Die Amortisation erfolgt voraussichtlich innerhalb von 10 Jahren.

Beispiel 4: Getreu dem Motto „Tübingen macht blau“ wurde die Uhrig Kanaltechnik GmbH durch Oberbürgermeister Boris Palmer mit dem Einbau des patentierten Wärmetauschersystems in der württembergischen Universitätsstadt beauftragt. So versorgt Tübingen als erste deutsche Stadt ein Schulzentrum mit Wärme aus dem Abwasserkanal, wodurch die Aischbachschule eine Energieeinsparung von ca. 46 % verzeichnen konnte. **DK**